



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll

der 30. Sitzung

- Endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 15. Januar 2015, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Herr H., Telekom (Beweisbeschluss Z-68)	4
- Herr A., Telekom (Beweisbeschluss Z-69)	61
- Reinhardt Breutfelder, BND, ehem. AL 2 (Beweisbeschluss Z-54)	-
- K. L., BND, Verfasserin des Schwachstellenberichts (Beweisbeschluss Z-65)	-

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herrn Wolfgang Alster (Anlage 1) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Kiesewetter, Roderich Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick	Mayer (Altötting), Stephan Ostermann, Dr. Tim Warken, Nina Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian	Lischka, Burkhard Mittag, Susanne
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian Haun, Fabian Kühnau, Dan Sporrer, Dr. Tim
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Diers, Torben Hanke, Christian Diego Leuxner, Alexander
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung	
Bundeskanzleramt	Brennecke, Holger Heinemann, Martin Pferr, Dr. Ulrich Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Darge, Tobias Fremke, Eva Gierth, Sonja Hauer, Florian Weiss, Jochen
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger Theis, Björn Voigt, Björn
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Linden, Stephan
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat	
LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Steinbach, Arvid
LV NRW	Rohlfing, Heinrich



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.32 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 30. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Pressevertreter darf ich an dieser Stelle - wie fast jedes Mal - herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie da sind und dass Sie in gewohnter Weise aus diesem Untersuchungsausschuss Bericht erstatten.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir - auch wie fast jedes Mal - einige Vorbemerkungen: Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- Herr H., Telekom
(Beweisbeschluss Z-68)
- Herr A., Telekom
(Beweisbeschluss Z-69)
- Reinhardt Breiffelder, BND, ehem. AL 2
(Beweisbeschluss Z-54)
- K. L., BND, Verfasserin des
Schwachstellenberichts
(Beweisbeschluss Z-65)

Die Beweisbeschlüsse Z-68 und Z-69 stammen vom 18. Dezember 2014; der Beweisbeschluss Z-54 ist vom 9. Oktober 2014, der Beweisbeschluss Z-65 vom 27. November 2014.

Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag Bundestagsdrucksache 18/843 durch Vernehmung von Herrn Helfrich, Herrn Alster, Herrn Breiffelder und Frau K. L. jeweils als Zeugen.

Die Zeugen Helfrich und Alster werden zunächst öffentlich und im Anschluss nichtöffentlich vernommen. Die Zeugen Breiffelder und K. L. sind bereits in der letzten Sitzung öffentlich vernommen worden; heute werden sie ausschließlich nichtöffentlich vernommen. Die Obleute werden nach der öffentlichen Vernehmung der Zeugen der Presse für Statements zur Verfügung stehen. So haben wir es vereinbart.

Vernehmung des Zeugen Harald Helfrich

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Helfrich. Ich bedanke mich, dass Sie zu uns gekommen sind.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Helfrich, Sie haben die aktuelle Ladung am 5. Januar 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für die Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, ich habe keine Fragen dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Ich darf den Rechtsbeistand nun bitten, sich kurz vorzustellen. Frau Rechtsanwältin, bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RAn Dr. Gina Greeve: Vielen Dank. - Guten Tag! Mein Name ist Greeve. Ich bin Rechtsanwältin und Zeugenbeistand von Herrn Helfrich und möchte gerne vorab Folgendes - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir das gleich machen?

RAn Dr. Gina Greeve: Können wir gleich machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich mache kurz die Einführung. Dann würde ich Ihnen gleich das Wort geben.

RAn Dr. Gina Greeve: Ja, gut. Können wir auch gleich machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Rechtsanwältin, ich muss Sie nämlich zuerst darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rederecht oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben; denn Sie kennen den Sachverhalt nicht, den kennt nur Ihr Mandant.

Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen, sodass Sie dann gemeinsam auch über das eine oder andere Thema nachdenken können.

Herr Helfrich, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also dann diesen Teil in eingestufte oder nichtöffentliche Sitzung weiter fortzuführen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf darstellen: Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also, ohne durch Fragen unterbrochen zu werden, Ihre Sicht auf den Untersuchungsgegenstand darzustellen. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion dann nach der anderen. Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf den Zeugen kurz - dann würde ich Ihnen, Frau Rechtsanwältin, kurz das Wort geben - zur Person befragen. Ich bitte Sie, Ausführungen gegenüber dem Ausschuss zu machen bezüglich Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift, dass Sie sich bitte einmal uns kurz vorstellen. Herr Helfrich, bitte.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Harald Helfrich: Schönen guten Tag! Mein Name ist Helfrich. Geboren bin ich am [REDACTED] 1958 und bin als Technischer Fernmeldeoberamtsrat zurzeit bei der Deutschen Telekom beschäftigt. Die ladungsfähige Anschrift ist in [REDACTED]

Die Postleitzahl ist die [REDACTED].

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt frage ich nur noch einmal nach, aber ich glaube, ich habe es richtig verstanden. Sie sind verbeamtet, richtig?

Zeuge Harald Helfrich: Jawohl, ich bin verbeamtet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt hatte Ihr Zeugenbeistand gebeten, kurz zu rechtlichen Ausführungen etwas sagen zu dürfen. Das genehmigen wir. Das haben wir bei bisherigen Befragungen, zum Beispiel von Drake und Binney, auch so gehandhabt, dass Sie zu der rechtlichen Situation Ihres Mandanten etwas sagen können, natürlich nicht zum zugrunde liegenden Sachverhalt.

(RAn Dr. Gina Greeve:
Selbstverständlich!

Da sind Sie ja nicht die Zeugin.

(RAn Dr. Gina Greeve:
Richtig!)

Aber das ist, glaube ich, logisch. Ich darf Ihnen das Wort geben.

RAn Dr. Gina Greeve: Vielen Dank. - Ich möchte zur rechtlichen Situation insoweit zunächst kundtun, dass der Zeuge Beamter ist und der Verschwiegenheitspflicht grundsätzlich unterliegt, insbesondere auch was hier Inhalte anbetrifft, und zwar in zweierlei Hinsicht. Insbesondere mit Blick auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, da hat er keine Befugnis zur Aussage in öffentlicher Sitzung. Das bitte ich schon mal vorab zu berücksichtigen - darauf würde ich sicherlich auch immer mit hinweisen -, genauso eine beschränkte Aussagegenehmigung nur mit Blick auf Verschlussachen selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Ich würde der Praktikabilität halber darum bitten, dass, wenn solche Fälle eintreten, Sie sich kurz mit Ihrem Mandanten beraten und er dann uns sagt, warum und aus welchen Gründen halt dort keine Aussage in öffentlicher Sitzung getroffen werden kann, vor dem Hintergrund, dass wir nicht jetzt dann ein Gespräch mit Ihnen führen, -

RAn Dr. Gina Greeve: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - sondern dass natürlich Ihr Mandant, der den Sachverhalt mit Ihrer rechtlichen Beratung beurteilen kann, uns dann den Hinweis gibt. Das wäre sicherlich zielführender. - Dazu Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur um Klarheit in der Sache zu bekommen: Uns liegt keine schriftliche Aussagegenehmigung vor.

RAn Dr. Gina Greeve: Ich habe eine dabei, in der Tat.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist schön. Das wäre für uns - -

RAn Dr. Gina Greeve: Insoweit gilt sowieso die Aussagegenehmigung, wie sie über die Bundesregierung letzten Endes bzw. über den BND natürlich letzten Endes erteilt werden muss. Aber es gibt selbstverständlich noch mal von Arbeitgeberseite insoweit auch eine beschränkte Aussagegenehmigung in Bezug auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Ja, das ist die Differenzierung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gebe jetzt erst mal das Wort weiter in die Runde, und dann kommt noch meine Bitte. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Frau Kollegin Dr. Greeve, ich habe jetzt gehört, es liegt eine Aussagegenehmigung der Bundesregierung oder des BND zugrunde.

RAn Dr. Gina Greeve: Das ist das eine, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Würden Sie das bitte mal erläutern?

RAn Dr. Gina Greeve: Ich habe insoweit eine Musteraussagegenehmigung erhalten, die gleichfalls für diese beiden Zeugen gelten soll.

Christian Flisek (SPD): Nach Ihrem rechtlichen Sachverstand halten Sie das für üblich, dass ein Mitarbeiter der Telekom eine Aussagegenehmigung der Bundesregierung oder des Bundesnachrichtendienstes oder wessen auch immer braucht?

RAn Dr. Gina Greeve: Das ist in der Tat so, aber das wäre schon eine inhaltliche Ausführung. Dazu kann ich jetzt weiter auch nichts sagen.

Christian Flisek (SPD): Sollten Sie aber.

RAn Dr. Gina Greeve: Nein, ganz sicher nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Kollege von Notz hat einen Geschäftsordnungsantrag. Ich würde den jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne, bevor wir diese merkwürdige Diskussion fortführen, diese Aussagegenehmigung sehen, damit wir wissen, worüber wir reden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre auch mein Hinweis, dass wir diese Aussagegenehmigung jetzt bekommen können.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Beide!)

Wir können die auch relativ schnell mit dem Sekretariat vervielfältigen, dass wir beide Aussagegenehmigungen auch bei allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung haben. Das ist hier technisch kein Problem.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Vorsitzender, wollen wir so lange kurz unterbrechen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich glaube, das wird auch der Antrag von Kollege Kiesewetter sein. Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe einen Geschäftsordnungsantrag und bitte um Sitzungsunterbrechung dafür. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich könnte mir vorstellen, dass das auf Einstimmigkeit bei den Ausschussmitgliedern stößt. Dann würden wir die Sitzung für - ich glaube, zehn Minuten brauchen wir, um die Aussagegenehmigung auch lesen zu können; kopieren können wir sie schnell - zehn Minuten unterbrechen. Wir setzen die Sitzung um 11.55 Uhr fort. Die Sitzung ist damit unterbrochen.

(Unterbrechung von
11.42 bis 12.01 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde, wenn kein anderes Zeichen an mich herangetragen wird, die Sitzung jetzt wieder fortführen. Die Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses ist damit wieder eröffnet.

Wir haben die Unterlagen bekommen, einmal, was den aktuellen Zeugen betrifft, die Aussagegenehmigung der Deutschen Telekom - für den zweiten Zeugen haben wir sie auch; das ist aber jetzt gerade hier nicht relevant -, und wir haben die Kommunikation des BND und eine Musteraussagegenehmigung - als Anlage - des BND bekommen, wenn ich das richtig sehe. Ich würde jetzt gerne, bevor wir in die Diskussion vielleicht noch mal eintreten - dann müssen wir schauen, ob das dann eher Richtung einer Beratungssitzung geht oder nicht, aber vielleicht kriegen wir das doch relativ zügig geklärt -, erst noch mal Frau Anwältin das Wort geben, Herrn Wolff, und dann gibt es vielleicht die eine oder andere Nachfrage - könnte ich mir vorstellen - noch mal zu klären, weil ich sehe jetzt hier eigentlich nur eine Aussagegenehmigung und ein Muster. Aber vielleicht, Frau Anwältin, noch mal dazu.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RAn Dr. Gina Greeve: Okay. - Zur Präzisierung: Das eine betrifft die Aussagegenehmigung der Telekom, die die zuständige Stelle ist für Beamte. Das Recht zur Erteilung der Aussagegenehmigung ist insoweit delegiert von der zuständigen Stelle Bundesfinanzministerium, soweit ich weiß, und die andere Frage sind natürlich Verschlusssachen bzw. die als solche eingestuft sind. Auch dort gilt natürlich nur eine eingeschränkte Aussagemöglichkeit auf dieser Basis. Das ist die Unterscheidung. Insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, dort gilt die Aussagegenehmigung so, wie sie von der Telekom zuständigerweise - - also delegiert an die Telekom als Arbeitgeber auch für Beamte, und wir haben es eben mit Beamten zu tun. Das ist der simple Hintergrund.

Die Zeugen werden selbstverständlich, soweit es ihnen möglich ist, umfassend Angaben machen, soweit sie es auch können, aber eben nicht alles in öffentlicher Sitzung. Das ist die einzige Unterscheidung. Darum bitte ich um Verständnis. Das betrifft einmal - das ist die Differenzierung - die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse. Da liegt die Aussagegenehmigung insoweit vor. Analog dazu bzw. anders eingestuft - - Alles, was als Verschlusssache eingestuft ist - - dürfen die Zeugen natürlich auch nur im begrenzten Rahmen, wenn überhaupt, öffentlich Angaben machen. Und in nichtöffentlicher Sitzung sieht es dann natürlich anders aus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich verstehe das jetzt so - deswegen gebe ich Herrn Wolff noch einmal das Wort -: Einmal: Die Aussagegenehmigung bezüglich der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der Telekom erteilt die Telekom, -

RAn Dr. Gina Greeve: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und bezüglich der von anderen Behörden eingestuften Dokumente muss immer der Einstufer erteilen, und deswegen diese Freigabe plus dieser Anhang. Aber das, Herr Wolff, können Sie uns vielleicht noch mal genau erklären, weil das kommt von Ihnen.

RD Philipp Wolff (BK): Es bedarf zur Weitergabe von VS anderer Stellen - in dem Fall war das der BND - der Einwilligung der zuständigen Stelle, und die haben wir erteilt. Das ist die Mail, die Ihnen, glaube ich, auch vorliegt, damit nicht in der Vernehmung die Situation auftaucht, dass es das Missverständnis gibt: „Hier gibt es doch gar keine Einwilligung vom BND zur Weitergabe der VS“, und dass wir das dann ad hoc irgendwie erklären müssten. Das haben wir auch in Absprache mit dem Sekretariat im Vorfeld alles geklärt. Und in dieser Mail wurde vom BND meines Erachtens auch zu Recht rein vorsorglich darauf hingewiesen, dass sie natürlich nicht das weitergehend erteilen können, als sie es auch ihren eigenen Zeugen erteilen. Und der Hinweis auf die Aussagegenehmigung der BND-Zeugen, die lediglich beispielhaft beigefügt wurde, bezieht sich dann insbesondere auf Staatswohl, Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, die üblichen Gründe, wegen derer ein Zeuge auch die Aussage verweigern kann.

Das war Inhalt der Mail, und die Mail diente tatsächlich - das will ich betonen - der Ermöglichung der Aussage hier, dass es keine Probleme gibt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im Grunde finde ich den ersten Teil gut, dass hier die Freigabe erteilt wird bezüglich VS-Dokumenten, dass wir eigentlich nicht in die Diskussion kommen, in der wir jetzt sind. Das war wohl so beabsichtigt.

Bezüglich der anderen Anmerkungen: Es ist ein privates Unternehmen, und von daher sehe ich da eigentlich jetzt nicht die großen Berührungspunkte. Vielleicht war das mehr Sorge als Tatsächlichkeit; aber ich denke, da wird der Kollege von Notz jetzt drauf eingehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also erst mal würde mich interessieren, ob, wenn es sich bei dem Zeugen um einen nicht verbeamteten Telekom-Mitarbeiter handeln würde, Sie das anders rechtlich einschätzen würden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und was ich wirklich spannend finde, ist die insinuierte Meinung oder Auffassung, dass der Zeuge hier Wissen über den Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung der Bundesrepublik Deutschland hat. Das wäre fröhlich, und ich kann nur feststellen, dass sozusagen, selbst wenn wir jetzt hier nicht BND-Mitarbeiter einvernehmen wollen, hier dieselben Mauern aufgebaut werden sollen, die wir an anderer Stelle auch schon konfrontieren [sic!]. Das finde ich nicht gut.

Ich meine unterm Strich: Wir werden es jetzt einfach mal ausprobieren, wie es läuft, und dann wird man es ja sehen. Aber ich gebe schon mal zu Protokoll, dass ich die hier geäußerten Rechtsauffassungen allesamt nicht teile und da ein Fragezeichen dahinter setze, ob das so sein kann, wie Sie das hier beschrieben haben, mit diesem Konstrukt und dem Handbuch der deutschen Wirtschaft und so. Ich habe starke Zweifel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich habe jetzt Frau Kollegin Renner, Herrn Kollegen Ströbele, und dann, denke ich mir, sollten wir schauen, dass wir wieder in die Zeugenvernehmung kommen, weil ich glaube, beide Zeugen möchten aussagen, und das sollten wir auch nutzen. Aber ich kann gut verstehen, dass hier dieser rechtliche Punkt auch Nachfragen hervorgerufen hat. Als ich auch eben gehört habe: „zwei Aussagegenehmigungen“, habe ich auch erst einmal einen Schreck gekriegt. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht ja um die weitestgehende öffentliche Aussage.

Ich will noch mal zwei Probleme umreißen, und da schließe ich mich an den Kollegen von Notz an. Die Auslegung, wo zum Beispiel der Kernbereich exekutiven Handelns dann tangiert wäre, wird ja in der Regel - wir kennen das ja aus den letzten Vernehmungen - durch die Regierungsbank getroffen durch Handaufheben. Und damit binden Sie dann einen Mitarbeiter eines freien Unternehmens hinsichtlich Ihrer Auffassung als Ministerium, in welchen Fällen der Kernbereich tangiert ist. Dass Sie das gegenüber einem BND-Mitarbeiter können, das ist mir klar aus dem Binnenverhältnis des BND als unterstellte Behörde

des Bundeskanzleramts. Wie Sie das gegenüber einem Mitarbeiter eines Unternehmens können, den Kernbereich interpretieren und den Zeugen binden, das ist mit total unklar.

So, das zweite Problem, was ich habe, ist tatsächlich - Herr von Notz hat es etwas spaßig gesagt -: Hier wird auf das Handbuch für den Geheimschutz in der Wirtschaft abgestellt. Das liegt mir jetzt nicht vor. Das ist misslich. Aber ich frage mich, in welchem Rechtsverhältnis dieses Handbuch zu dem PUAG steht, dem Gesetz, das die Rechte des Untersuchungsausschusses irgendwie definiert. Das wäre für mich die nächste Frage: Ist das eine Gesetzessammlung, oder was ist denn das? Hier kann doch nicht irgendwie ein Handbuch hingelegt werden, und das schränkt sozusagen die Rechte des Untersuchungsausschusses ein.

Da bin ich sozusagen auf diese Fragen rechtlich überhaupt nicht vorbereitet. Es könnten sich dann auch weitere Fragen von uns anschließen, wenn wir uns das dann mal genau angucken können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich will nur zum Ergebnis der Überlegung mal sagen: Es kann ja schlechterdings nicht sein, dass ein Zeuge, auch wenn er jetzt formal noch Beamter ist, aus der Privatwirtschaft mehr wissen darf als die Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages. Das heißt, wenn die Bundesregierung es für richtig und notwendig gehalten hätte, diesem Zeugen - vielleicht auch dem anderen - im Zusammenhang mit der Tätigkeit für den Bundesnachrichtendienst Informationen aus dem Kernbereich der Regierungstätigkeit oder auch von anderen Nachrichtendiensten zu geben, dann mag das sein, und die Bundesregierung mag dafür Gründe haben, aber solche Informationen muss dann auch jeder Abgeordnete des Deutschen Bundestages bekommen dürfen. Sonst wird die Sache ja ganz absurd.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es kann nicht sein, dass ein Privatmensch von einer privaten Firma mehr über das Handeln und mögliche Vorgänge innerhalb der Bundesregierung wissen darf als ich.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wenn ich die Texte richtig lese, geht es ja nicht um das Nicht-Wissen und Den-Mitgliedern-des Untersuchungsausschusses-nicht-zur-Kenntnis-Bringen, sondern in welcher Sitzung, ob in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist ja gut!)

Deswegen wird extra darauf hingewiesen: „ausschließlich in nichtöffentlicher Sitzung“, soweit es um Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse geht, und in dem Mailverkehr mit dem BND wird auch genau hierauf abgestellt.

Deswegen zur Klarstellung: Es geht nicht darum, dass man es uns nicht sagen darf, nur in der Frage, ob man es uns in versammelter öffentlicher Sitzung sagt oder eben in nichtöffentlicher Sitzung. So habe ich es verstanden.

Jetzt aber noch einmal zu den Fragen der VS-Weitergabe. Das ist angesprochen worden. Herr Wolff, vielleicht einmal zur Klarstellung: Ich würde gerne auch etwas dazu hören, wer Akten einstuft und wer dann auch, egal ob Zivilwirtschaft oder eine andere Behörde, dann die Freigabe erteilen muss, dass diese Akten dementsprechend auch zur Kenntnis gebracht werden können. Ich glaube, da liegt so ein Knackpunkt hier. - Herr Wolff.

(Christian Flisek (SPD): Der Geschäftsordnungsantrag zielt darauf ab, dass wir einsteigen in die Vernehmung und dann sehen, wie weit wir kommen! Und sollten dann Schwierigkeiten bestehen, dann können wir immer noch eine

Beratungssitzung machen! -
Zuruf: Mikro!)

- Ich höre gerade, ein Geschäftsordnungsantrag käme dann direkt danach vor allen weiteren Anträgen. Wir lassen Herrn Wolff jetzt antworten, dann müsste er kurz gehen, und dann können wir gucken, ob der Geschäftsordnungsantrag noch notwendig ist. - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte a) noch mal klarstellen, Kernbereich war von mir meines Erachtens auch ein durchaus nicht geschickt gewähltes Beispiel. Es war ein Beispiel.

Der zweite Punkt: Um was geht es? Es geht darum, dass der BND Unterlagen eingestuft hat. Es bedarf einer Freigabe, einer Ermächtigung zur Weitergabe dieser VS. Es geht also mitnichten darum - insofern hat der Vorsitzende völlig recht -, dass wir das hier einschränken wollen. Nein, wir wollten letzte Woche auch in Absprache mit dem Sekretariat zügig die Vernehmung ermöglichen, und dafür haben wir vom Bundesnachrichtendienst als Herausgeber dieser Unterlagen die Ermächtigung zur Weitergabe von VS erteilt. Das ist alles, um das es geht. Es geht um nichts Schwierigeres, um nichts Einfacheres. Es sollte diese Vernehmung unproblematisch ermöglicht werden und nicht, dass jemand sagt: Das steht aber im Widerspruch zum Handbuch der deutschen Wirtschaft, und da berufe ich mich drauf, und ich darf jetzt hier nichts sagen. - Es geht darum, dass das hier vorangeht, und dazu hat der BND die Ermächtigung erteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, dann machen wir das doch so, und dann kommen wir auch dem wahrscheinlich nach, was der Kollege Flisek beantragen wollte, dass wir nämlich jetzt auch in die Zeugenbefragung einsteigen und dann mal hören, was wir denn für Informationen kriegen.

Gut, dann kommen wir nach den rechtlichen Ausführungen, die uns doch eine intensivere Debatte gebracht haben, zu der Möglichkeit, dass Sie ein Eingangsstatement halten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zunächst möchte ich Ihnen - ich hatte das ja erwähnt -, wenn Sie es wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern, sodass Sie ohne Unterbrechung, ohne Fragen Ihre Sichtweise der Dinge darlegen können. Möchten Sie dies?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das möchten Sie nicht. Das ist genauso akzeptabel. Das steht jedem Zeugen frei.

Dann würden wir direkt in die Zeugenbefragung eintreten, und ich erlaube mir, an dieser Stelle zu beginnen noch mit einigen ergänzenden Fragen zur Person, zu Ihrem beruflichen Werdegang, dass wir uns einfach ein Bild machen können, welchen fachlichen Hintergrund Sie haben. Das geht nicht um die Ausforschung, wer Sie so sind, sondern eher um die Frage hinterher, wenn es um zum Beispiel technische Fragen und andere Fragen geht, wie kompetent Sie sind.

Deswegen würde ich Sie einmal bitten, ob Sie uns etwas mehr über Ihre Ausbildung sagen können. Was haben Sie gelernt? Was haben Sie gegebenenfalls studiert? Wie haben Sie sich spezialisiert? Was ist da Ihr Background?

Zeuge Harald Helfrich: Also, ich habe studiert und habe einen Abschluss als Diplom-Ingenieur der Elektrotechnik, Fachrichtung Nachrichtentechnik und bin seit dem Abschluss des Studiums bei der Deutschen Bundespost bzw. jetzt bei der Deutschen Telekom AG im Bereich Sicherheit tätig und da speziell in dem Bereich Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, das heißt Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizeien usw.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann haben Sie bei der Post dann angefangen?

Zeuge Harald Helfrich: 1983.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 1983. Direkt als Beamter im höheren Dienst?

Zeuge Harald Helfrich: Als Inspektoranwärter, wie es üblich war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also Inspektoranwärter. Sie mussten dann quasi trotz Hochschulstudiums noch einmal diese interne Laufbahn machen?

Zeuge Harald Helfrich: Ich musste noch einmal die Laufbahnprüfung machen von einem Jahr, und danach wurde ich als Oberinspektor eingestellt oder verbeamtet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja dann gehobener Dienst, richtig?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind Sie in den höheren Dienst noch gewechselt dann?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, ich bin Technischer Fernmeldeoberamtsrat, das heißt die Endstufe des gehobenen Dienstes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie haben gesagt, Sie haben unmittelbaren Kontakt in Ihrem Bereich mit Behörden, Polizei, Staatsanwaltschaften. Haben Sie da noch eine rechtliche Weiterbildung gehabt, oder ist das quasi Learning by Doing gewesen?

Zeuge Harald Helfrich: Nein. Eine rechtliche Weiterbildung nein, weil es im Prinzip bei uns nur um Technik geht. Für juristische Fragen haben wir halt Juristen zur Seite.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also da könnten Sie dann im Zweifel detailliert nichts sagen und würden uns auf Juristen verweisen.

Zeuge Harald Helfrich: Genau so ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Es hätte ja sein können, wenn man sich so lange - im Grunde viele Jahre, man muss ja fast sagen: Jahrzehnte - mit einem Bereich beschäftigt, dass man dann mal ein Fernstudium Jura macht oder sonst irgendwas.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Harald Helfrich: Nein, das hätten wir gerne gemacht, aber das ist nicht erlaubt worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann würde mich interessieren der Zeitpunkt. Wann sind Sie übergegangen - kann man ja fast sagen - von der Post, als sie sich in gelbe Post und Telekom trennte, zur Telekom? Wann sind Sie Telekom-Beamter geworden?

Zeuge Harald Helfrich: Ich würde sagen, das war mit der ersten Poststrukturreform, wie die Deutsche Bundespost zerschlagen wurde in die drei Post, Postbank und Deutsche Telekom AG dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, dann sind Sie direkt zur Telekom rüber, also nicht eine Zeit lang noch bei der Post, -

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - sondern Sie sind direkt dann - -

Zeuge Harald Helfrich: Nein, es war ja Deutsche Bundespost, Fachrichtung sozusagen Telefonie, und die Kollegen, die dort gearbeitet haben, sind automatisch zur Telekom versetzt worden oder verliehen worden dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt muss ich einmal fragen, beamtenrechtlich, Status. Sie sind - weil Sie gerade das Wort „verliehen“ sagten - aber Beamter der Telekom? Die Telekom ist Ihr Dienstherr. Oder wer ist Ihr Dienstherr?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, die Telekom ist mein Dienstherr zurzeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Waren Sie irgendwann mal abgeordnet zu anderen Behörden, -

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - also nicht mal zum BND abgeordnet oder so was?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut zu wissen. Nicht, dass nach fünf Stunden auftaucht, dass Sie einmal zwei Jahre zum BND abgeordnet waren.

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja eine Information, die uns interessieren könnte. Okay.

An welchen Standorten der Telekom - es geht mir jetzt nur um den Zeitraum, nicht mehr der Post-Zeitraum - waren Sie denn eingesetzt? An verschiedenen oder immer an einem?

Zeuge Harald Helfrich: Eigentlich immer nur in Frankfurt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Immer nur in Frankfurt, genau. Okay. - Wie würden Sie Ihren Aufgabenbereich - Sie haben es ja schon angeschnitten - beschreiben? Es gibt sicherlich eine Stellenbeschreibung dafür. Das ist ja anders als bei manch anderen Organisationen, wo man das vergeblich fragt. Aber bei Ihnen wird es ja eine Stellenbeschreibung für Ihren Tätigkeitsbereich geben.

Zeuge Harald Helfrich: Ja. Zur Stellenbeschreibung: Es ist ein Kunstwort, das heißt ReSA, Regionalbüro für staatliche Sonderauflagen. Das heißt, alles - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagen Sie das noch mal langsam?

Zeuge Harald Helfrich: ReSA, Regionalbüro für staatliche Sonderauflagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auflagen oder Aufgaben?

Zeuge Harald Helfrich: Auflagen, weil es staatliche Sonderauflagen gibt, die sozusagen die privaten Netzbetreiber verpflichten, halt gesetzliche Dinge zu tun. Das heißt, alles, was aus dem Rahmen der Strafprozessordnung ... (akustisch unverständlich), müssen wir füllen als Netzbetreiber. Und diese Stelle gibt es halt bei uns mehrmals, und davon ist eine in Frankfurt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also wenn ich mir das so vorstelle, dann sind Sie für die polizeilichen, repressiven, staatsanwaltschaftlichen Bereiche, vielleicht auch für die präventiven und für die nachrichtendienstlichen Sachen zuständig. TKÜ wäre dann auch in Ihrem Bereich?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht nur Nachrichtendienst. Sie decken quasi den ganzen Bereich ab. Nicht, dass ich Sie da weiterhin fragen will, ich will nur gucken, wie groß Ihr Spektrum so ist.

Zeuge Harald Helfrich: Alles, was aus dem gesetzlichen Rahmen hervorgeht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. So weit hätte ich es zur Person. - Da waren Sie auch kontinuierlich auf diesem Aufgabenbereich, auf dieser Stelle, nicht mal gewechselt?

Zeuge Harald Helfrich: Kontinuierlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können Sie das Mikro ein bisschen mehr zu sich hinziehen? Dann ist das besser.

Zeuge Harald Helfrich: Okay. - Kontinuierlich beschäftigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Sie können es noch ein bisschen drehen. - Genau, perfekt, super. - Dann hätte ich da, was die Person betrifft, eigentlich keine weiteren Fragen. Das ist ja ziemlich klar.

Ich möchte Sie zu einem Themenkomplex fragen, der mit der Überschrift „Eikonol“ beschrieben werden kann. Die *Süddeutsche* berichtet am 4. Oktober 2014, dass der BND in Kooperation mit der NSA im Rahmen der Operation „Eikonol“ Daten vom Internetknotenpunkt Frankfurt, also Ihrem Standort - - diese Daten abgegriffen worden sind; die Deutsche Telekom AG soll sich vertraglich verpflichtet haben, einen Zugang zu ihren Servern zur Verfügung zu stellen; hierfür soll sie eine monetäre Gegenleistung erhalten haben.

Jetzt frage ich einfach mal: Ist das normal, dass es dafür monetäre Gegenleistungen gibt?

RAn Dr. Gina Greeve: Also, das wären sicherlich schon mal Fragen genereller Art, die dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnis unterliegen und von daher nichtöffentlich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war ja eher noch keine konkrete Frage.

RAn Dr. Gina Greeve: Ja, trotzdem. Daraus kann man aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe es verstanden.

RAn Dr. Gina Greeve: Es ist auch abstrakt schwierig zu beantworten, weil immer Rückschlüsse gezogen werden können, und das unterliegt den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann warte ich da auf die nichtöffentliche Sitzung. Gucken wir mal. - Ich frage jetzt mal: Sagt Ihnen das Wort „Eikonol“ was? Kennen Sie den Begriff?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, den Begriff kenne ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nie gehört?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch keine Zeitung gelesen?

Zeuge Harald Helfrich: Vielleicht mal aus der Presse gehört, aber ansonsten nicht. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber wenn Sie ja in Frankfurt waren, mit diesem Tätigkeitsbereich beschäftigt sind, wäre diese Thematik nicht bei Ihnen zugeordnet gewesen? Vielleicht sind Sie der falsche Zeuge, weil vielleicht ist das der falsche Aufgabenbereich. Aber ist das nicht eine Thematik, wo Sie für zuständig wären? Wenn an einem Internetknotenpunkt Daten für den BND oder wen auch immer abgegriffen werden sollen, ist das nicht Ihr Bereich? Ich will jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

erst mal nur gucken, ob Sie der Richtige sind. Wenn Sie jetzt sagen: „Das ist alles gar nicht mein Bereich, ich mache was ganz anderes“, dann können wir uns hier die Zeit verkürzen.

Zeuge Harald Helfrich: Schon. Das schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also Sie wären der Richtige. Wenn es „Eikonal“ gäbe, wären Sie der Richtige?

Zeuge Harald Helfrich: Wenn es die Deutsche Telekom betreffen würde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Also wir haben so noch den Eindruck, dass die Deutsche Telekom da involviert ist bis jetzt. Aber Sie wissen darüber nichts?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Nein, kann ich nichts dazu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht, dass wir jetzt ein Missverständnis haben. Wenn das Dinge sind, die aus Ihrer Sicht einzustufen sind, dann sagen Sie: Das ist einzustufen. Ich kann in öffentlicher Sitzung nichts sagen. - Wenn Sie aber in öffentlicher Sitzung sagen, da haben Sie keine Berührung mit gehabt, und das stellt sich anders raus, dann haben wir ein kleines Problem.

RAn Dr. Gina Greeve: Gut. Vielleicht muss man noch mal differenzieren. Wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie ihn zum Schluss gefragt, ob er unter dem Stichwort „Eikonal“ was versteht. Das hat er beantwortet, und das kann er nicht. Und in diesem Zusammenhang ist, glaube ich, seine Antwort auch zu verstehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In diesem Zusammenhang ist seine - - Bitte was?

RAn Dr. Gina Greeve: Unter dem Stichwort „Eikonal“. Oder? So habe ich es verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die erste Frage von mir war, ob der Name „Eikonal“ dem

Zeugen bekannt ist, ob er da etwas mit verbinden kann. Da habe ich die Antwort verstanden: Nein.

RAn Dr. Gina Greeve: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann habe ich gefragt: Bei „Eikonal“ geht es nach unserer Erkenntnis um das Abgreifen von Daten am Internetknotenpunkt in Frankfurt. Und dann habe ich gefragt: Das wäre doch eine Thematik, die möglicherweise oder nach meinem Eindruck bisher in den Aufgabenbereich des Zeugen gefallen sein müsste. - Das haben Sie mit Ja beantwortet. Und dann habe ich meiner Verwunderung Ausdruck gegeben, dass dann „Eikonal“ dem Zeugen gar nicht bekannt ist. Dann hatte ich noch einmal nachgefragt, ob das wirklich so ist. - Sie können sich kurz beraten.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Für Ihre Beratung vielleicht noch die Information: Vielleicht ist Ihnen das unter dem Begriff „Transit“ bekannt. Wenn Sie sich vielleicht da noch einmal beraten. Vielleicht haben wir eine begriffliche Schwierigkeit hier.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Also, einmal möchte ich dazu sagen, dass es in Frankfurt nicht nur einen Internetknoten der Deutschen Telekom AG gibt, sondern auch mehrere - in der Beziehung. Und „Transit“: Der Name ist mir ein Begriff, aber, wie gesagt, dazu dann halt nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich frage jetzt noch mal nach, ob das jetzt DE-CIX ist oder wie auch immer. Ist Ihnen diese Begrifflichkeit „Eikonal“ denn vielleicht doch bekannt, aber Sie benutzen „Transit“? Ich will nur jetzt, dass nicht der Eindruck erweckt wird, „Eikonal“ - - Wenn es Ihnen nicht bekannt ist, sagen Sie, es ist Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Harald Helfrich: Ja. Also „Eikonal“, der Name, sagt mir nichts in dieser Beziehung, außer



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem, was man jetzt gehört hat in der Presse, aber ansonsten nicht. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - „Transit“ sagt Ihnen was. Können Sie in öffentlicher Sitzung vielleicht schildern, was „Transit“ ist?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

RAn Dr. Gina Greeve: Also, Sie meinen abstrakt, was „Transit“ ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar, also nicht, was der Begriff „Transit“ bedeutet. Da kann ich googeln.

(Heiterkeit - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre interessant!)

RAn Dr. Gina Greeve: Ja, ist schon klar. Nicht lachen. Es ist in der Tat - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was die Operation „Transit“ dann bedeutet.

RAn Dr. Gina Greeve: Also, er soll jetzt nicht erläutern, was „Transit“ ist. Ich würde aber nach wie vor sagen, das in nichtöffentlicher Sitzung, weil daraus natürlich auch Rückschlüsse auf Konkretes - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was sagt denn der Zeuge dazu?

RAn Dr. Gina Greeve: Was ist denn die konkrete Frage? Machen wir es andersrum. Was ist die konkrete Frage?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dass ich gerne wissen möchte, was der Zeuge unter „Transit“ versteht, weil, wenn das was ganz anderes ist, als ich unter „Eikonale“ verstehe, dann machen wir uns hier einen Riesenaufwand, sind gleich in nichtöffentlicher Sitzung, und dann erzählt er: „Transit“ ist für mich eine Visa-Angelegenheit von weiß nicht was. - Und dann haben wir hier viel Zeit verschwendet.

Also ich möchte wissen: Geht es hier um einen Bereich, den wir gleich in nichtöffentlicher Sitzung auch vernünftig besprechen können? Deswegen möchte ich gerne wissen, was der Zeuge denn unter „Transit“ versteht. Nicht, dass wir gleich irgendetwas anderes verstehen. Jetzt frage ich mal eben: Ist das eine Wortmeldung oder ein Geschäftsordnungsantrag?

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ein Hinweis an den Vorsitzenden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Immer gerne.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben hier einen Zeugen des BND, Herrn Brigadegeneral Breitfelder, intensiv in öffentlicher Sitzung zu „Eikonale“, DE-CIX, „Transit“ und allem, was damit zu tun hat, gehört. Also, wir machen uns doch hier gerade katholisch, was hier stattfindet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich war ja dabei - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und ich finde zum Zweiten, dass an einigen Stellen die Intervention seitens des Zeugenbeistandes derart ist, dass man das Gefühl hat, es ist nicht der Beistand des Zeugen, sondern der Beistand der Telekom oder des BND. Ich bitte da, sehr streng wirklich als Zeugenbeistand zu agieren. Das Ganze wird, glaube ich, wird sonst hier unserem Ansinnen gerade nicht gerecht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank für die Wortmeldung.

RAn Dr. Gina Greeve: Darf ich kurz darauf erwidern?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, weil Sie Zeugenbeistand sind. - Liebe Frau Kollegin Renner, verstehe ich, aber lassen wir mal gewähren. Jeder Zeuge ist ja ein bisschen anders und geht anders an die Sachverhalte ran. Und Herrn Breitfelder hören wir heute auch noch mal. Also ich denke, wir kommen hier doch miteinander weiter. Und wenn wir jetzt klären, was er unter „Transit“ versteht -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Christian Flisek (SPD): Ich würde nur darum bitten, dass es einen Dialog gibt!)

- genau -, dann kommen wir vielleicht an dem Punkt weiter, und ich wäre hoffnungsvoll, dass wir im nichtöffentlichen Teil dann zu „Transit“ und „Eikonal“, wie es auch bezeichnet worden ist, dann was hören können. - Herr Zeuge.

Zeuge Harald Helfrich: Also, unter „Transit“ verstehe ich Verkehr, der aus dem Ausland kommt, durch Deutschland durchgeleitet wird und wieder ins benachbarte Ausland weitergeleitet wird. Das heißt also, die Deutsche Telekom - oder wer auch immer - hat nur einen Übertragungsweg zur Verfügung gestellt, um diesen ausländischen Verkehr durch Deutschland durch zu führen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das verstehen Sie unter Transitverkehren, wenn ich das richtig verstehe. Eine Operation „Transit“, sagt Ihnen das auch was?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagt Ihnen gar nichts. Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt sind Sie ja kein Jurist, aber vielleicht haben Sie damit ja auch mal Kontakt gehabt. In § 27 Abs. 2 TKÜV, also der Telekommunikations-Überwachungsverordnung, ist formuliert, dass der Verpflichtete dem BND - Sie hatten ja eben gesagt, das sind diese Sonderaufgaben - „an einem Übergabepunkt im Inland eine vollständige Kopie der Telekommunikation bereitzustellen“ hat, „die über die in der Anordnung bezeichneten Übertragungswege übertragen wird“. Das ist also, wenn so eine Behörde, wie Sie es eben in Ihrem Aufgabenbereich geschildert haben, an Sie herantritt, dann stützt man sich da auf die TKÜV, und dann heißt es da eben: „eine vollständige Kopie“ zur Verfügung gestellt werden muss.

Wie gestaltet sich denn nach Ihrer Erfahrung diese Datenherausgabe an eine Stelle wie den BND? Oder nehmen wir mal konkret auch den BND. Also die Doppelung des Datenstroms, ist

das so der Fall? Wird der gesamte Datenstrom, der bei Ihnen eingeht, bei der Telekom, dann kopiert, gedoppelt, auf einen Datenträger oder in ein anderes Glasfaserkabel eingespeist? Können Sie uns mal technisch erklären, wie das funktioniert? Das ist übrigens unzweifelhaft nicht ein Betriebsgeheimnis oder von irgendwas nicht gedeckt, sondern es beschreibt Ihre technischen Kompetenzen, wenn Sie auf dieser Stelle sitzen.

Zeuge Harald Helfrich: Also, wenn der Verkehr dupliziert werden sollte, wird genau eine Leitung identifiziert, die es betrifft. Dort wird dann mittels technischer Einrichtung ein sogenanntes T-Glied gesetzt, egal, welcher Form. Der Verkehr wird dupliziert und zugeführt, ohne dass wir inhaltliche Kenntnis bekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagen Sie mir noch mal dieses Gerät. T-Link haben Sie gesagt?

Zeuge Harald Helfrich: Ein T-Glied.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach, T-Glied.

Zeuge Harald Helfrich: Also ein T-Stück wird eingebaut, einfach ein Abzweig, der dann den Verkehr dupliziert und dann zuführt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mal: Kann man dann irgendwie kontrollieren? Eigentlich nicht, oder? Dann wird es einfach dupliziert. Dann weiß man nicht genau, was da jetzt durchfließt, sondern das ist eine reine Duplizierung.

Zeuge Harald Helfrich: Wir dürfen als Netzbetreiber keine inhaltliche Kenntnis davon haben, was wir duplizieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Harald Helfrich: Wir haben auch keine Möglichkeiten, das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie schaut das jetzt technisch aus? Vielleicht noch etwas konkreter: Wählen Sie dann Strecken aus? Sind das einzelne Glasfasern? Oder dass man es noch mal für einen Laien vielleicht beschreibt: Wie



Nur zur dienstlichen Verwendung

geht das technisch? Dass das nicht Kernaufgabe und Betrieb der Telekom ist - - Es geht mir jetzt nur um Verständnis, wie solche Daten - - Weil man hört mal davon: Glasfaserkabel werden gebogen usw. Dass man das mal versteht.

Zeuge Harald Helfrich: Ja, es werden dann halt gewisse Strecken - - Durch Analysen werden dann gewisse Strecken ausgesucht, die dann dupliziert werden sollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Analyse macht aber der BND, nicht die Telekom, oder?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Nein, andere, nicht wir. Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Die geben Ihnen die Strecken vor -

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und sagen: „Da bitte so einen T-Link“ - oder wie auch immer - „einsetzen, die Strecke möchten wir haben“? Das wird dann gestützt dementsprechend auf die gesetzliche Grundlage, und dann machen Sie das.

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer prüft die gesetzliche Grundlage? Weil es könnte ja jetzt sein, dass irgendjemand ankommt und sagt: Ich möchte hier alles Mögliche haben. - Bevor Sie das technisch umsetzen, wird das im Haus noch mal rechtlich überprüft?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, dafür haben wir die Juristen. Das geht ja beim Geheimschutzbeauftragten ein. Der ist Jurist, und auch unser direkter Vorgesetzter ist Jurist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann kriegen Sie quasi nach der juristischen Prüfung das Go?

Zeuge Harald Helfrich: Genauso ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sagt Ihnen der Begriff „G-10-Verkehre“ etwas?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht dann um?

Zeuge Harald Helfrich: Diesen Verkehr, der da dupliziert wird. Da wird von G-10-Verkehr gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung. Ich habe es akustisch nicht verstanden. Tut mir leid.

Zeuge Harald Helfrich: G-10-Verkehr. Das ist dieser duplizierte Verkehr, der aufgrund des Gesetzes, Artikel 10, dupliziert wird. Das ist bei uns der Begriff „G-10-Verkehr“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Sagen wir mal so: Es geht bei G-10-Verkehren um Verkehre deutscher Staatsbürger, der Kommunikation. Es geht nicht zum Beispiel um Verkehre von Syrien in den Irak, Türkei, Syrien, sondern es geht dann um deutsche Grundrechtsträger, wenn G-10-Verkehre betroffen sind. Richtig? Wenn Sie juristisch da die Expertise nicht haben, dann - -

Zeuge Harald Helfrich: Kann ich nicht beantworten. Tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich will Sie da auch in Fragen - - Geht mir natürlich dann im Weiteren um die Frage: Ist da mal diskutiert worden bei den Strecken, dass das Strecken sein könnten, wo Telekommunikation deutscher Grundrechtsträger betroffen ist? Weil wenn man eine Strecke rausnimmt - - Wenn ich mir als Laie mal vorstelle, wir haben einen Internetknotenpunkt in Frankfurt - einer von vielen -, da möchte eine deutsche Behörde jetzt eine Strecke haben, dann würde ich erst mal sagen: Oh, da telefonieren doch Deutsche, da ist doch deutsche Telefonie drüber.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das könnte man ja anders bewerten juristisch, als wenn es um Kommunikation im Ausland geht. Ist das mal irgendwie bedacht worden? War das Diskussion?

Zeuge Harald Helfrich: Also bei mir nicht. Wie gesagt, ich bin kein Jurist. Das ist nicht mein Zuständigkeits- - oder Aufgabentätigkeit gewesen, das zu prüfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ihre Aufgabe war mehr die technische Umsetzung dann?

Zeuge Harald Helfrich: Meine Aufgabe war im Prinzip die technische Umsetzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur um es mal konkret zu fragen: Sind Sie dann der, der den T-Link da einbaut?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was machen Sie dann genau?

Zeuge Harald Helfrich: Ich bin sozusagen die Schnittstelle zwischen der Behörde und unserem eigentlichen Betrieb, damit das Ganze kontrolliert über die Bühne geht -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann könnte man sagen, das ist so - -

Zeuge Harald Helfrich: - dass der Behörde ein Ansprechpartner zur Verfügung steht, der das Ganze dann macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So ein bisschen projektkoordinatormäßig.

Zeuge Harald Helfrich: Genau, und auch Kontrolle halt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, also Behörde kommt ran, hat eine Anordnung, möchte gerne eine bestimmte Strecke haben. Sie kommunizieren das dann sowohl mit der Behörde als auch dann intern in die Telekom, dass dann Ihre Mitarbeiter, die Techniker vor Ort, die technischen Voraussetzungen schaffen, -

Zeuge Harald Helfrich: Genau so ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - den T-Link einbauen und dann die Daten dupliziert in einen Datenstrang ausgeleitet werden, der dann an den BND in diesem Fall geht.

Zeuge Harald Helfrich: Ja, unter anderem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Macht mir die eine oder andere Frage leider etwas schwerer. - Aber mal eine andere Frage: Wenn Sie gerade sagen, Sie sind so ein bisschen die Koordinationsstelle zu den Anfragern und dann in die Telekom hinein, dass die technischen Voraussetzungen passen: Da war einmal der BND Ansprechpartner. Waren auch ausländische Stellen Ansprechpartner mit Ihnen?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur nationale?

Zeuge Harald Helfrich: Nur nationale.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also es hat keinen Kontakt zu ausländischen Stellen gegeben, um es einmal konkret zu sagen, der NSA, der CIA, GCHQ usw.?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie sich mal Gedanken gemacht, wenn Sie an einem solchen T-Link, wie Sie es sagen, Daten ausleiten an die beantragende Stelle, ob da Dritte drauf zugreifen können, dass das alles auch sicher ist? Das wäre ja eine Gefahr. Sie tun wahrscheinlich im Haus, in der Telekom, alles für Sicherheit. Das ist ja auch sicherlich wichtig als marktrelevantes Verhalten, dass Sie Sicherheit gewährleisten wollen. Haben Sie sich dann auch Gedanken über die Sicherheit gemacht, wenn Sie durch so einen T-Link Daten weiterleiten, wie es dann weitergeht, dass auch diese Strecke, die dann ausgeleitet wird, nur an denjenigen auch wirklich geraten kann, der die dementsprechende Anordnung vorzeigen kann und an den dann auszuleiten ist? Ist da irgendwie was



Nur zur dienstlichen Verwendung

berücksichtigt worden, drüber nachgedacht worden?

Zeuge Harald Helfrich: Also, ich bin davon ausgegangen, dass der richtige Empfänger die Strecke zugeleitet hat. Das war ja die Aufgabe. Auch die Strecke der Zuführung wurde ja dann von uns beauftragt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind da ab dem T-Link bis zum Empfänger BND Router dazwischengeschaltet?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Weiß ich jetzt auch nicht genau. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich bin kein Techniker.

Zeuge Harald Helfrich: Wie es jetzt ganz genau technisch durchgeführt worden ist, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie mal nachgefragt, wofür die jeweils empfangende Stelle - in unserem Fall ja in der Regel hier der BND - die Daten braucht und ob die an Dritte weitergegeben werden? Ist das ein Kriterium gewesen, was auch geprüft wird?

Zeuge Harald Helfrich: Also, von meiner Seite aus wurde das nicht geprüft. Ich habe den Auftrag bekommen, das zu realisieren, und ich gehe davon aus, dass der BND mit den Daten ordnungsgemäß umgegangen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut, ich würde es an der Stelle erst einmal mit Fragen bewenden lassen und den Fraktionen die Gelegenheit geben, Fragen zu stellen.

Die Fraktionen haben die Gelegenheit, ihre Fragen im Rahmen der sogenannten Berliner Stunde zu stellen. Das bedeutet, dass jeder Fraktion bestimmte feste Zeitkontingente zustehen. Für die CDU/CSU besteht ein Zeitkontingent von 27 Mi-

nuten, für die SPD ein Zeitkontingent von 17 Minuten, und die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen haben jeweils 8 Minuten die Gelegenheit, Ihnen Fragen zu stellen. Der Ablauf ist im Sinne von Rede und Gegenrede. Es beginnt eine Fraktion, dann kommt die nächste und kann Ihnen Fragen stellen. In der ersten Fragerunde beginnt die Fraktion Die Linke, danach die Fraktion der SPD, dann Bündnis 90/Die Grünen und dann CDU/CSU. In der zweiten Fragerunde beginnt wieder die Fraktion Die Linke, dann aber - und auch in den weiteren, folgenden Fragerunden - die Fraktion der Union, Bündnis 90/Die Grünen und dann die SPD. - So wäre der Ablauf jetzt.

Ich darf dann für die ersten Fragen der Fraktion Die Linke das Wort geben, und ich nehme an Frau Kollegin Renner. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Helfrich, ich würde gerne noch mal fragen: „Eikonol“ kennen Sie nicht als Begriff. Sagen Ihnen die Begriffe „Granat“ oder „Rubin“ etwas?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, die sagen mir nichts in dem Zusammenhang.

Martina Renner (DIE LINKE): Ganz dezidiert noch mal die Nachfrage: „Rubin“ als Begriff im Zusammenhang mit Transitverkehren kennen Sie nicht?

Zeuge Harald Helfrich: Wir haben ein Betriebssystem, das heißt „Rubin“. Das ist ein Leitungssystem, aber - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Martina Renner (DIE LINKE): Das Leitungssystem in der Telekom heißt „Rubin“?

Zeuge Harald Helfrich: Meiner Kenntnis nach ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und darunter ist was zu verstehen? Dass man dort die Strecken identifiziert, von welchem Land in welches Land



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese gehen? Oder was ist genau dieses Leitungsverwaltungssystem?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Das, würde ich sagen, ist jetzt nichtöffentlicher Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann frage ich mal andersrum. Transitverkehre, sagen Sie, ist Ausland-Ausland-Kommunikation. Können Sie anhand der Strecken sehen, von welchem Land in welches Land die Kommunikation geht?

Zeuge Harald Helfrich: Das, würde ich auch sagen, ist im nichtöffentlichen Teil zu beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Auf welcher Grundlage sagen Sie, dass das im nichtöffentlichen Teil nur verhandelt werden kann?

Zeuge Harald Helfrich: Das ist Geschäftsgeheimnis, wie wir das realisieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist doch allgemeine Praxis von Telekommunikationsanbietern. Ob das jetzt die Telekom ist oder Vodafone oder sonstige: Die Frage, ob man an den Strecken erkennen kann, von welchem Land in welches Land die Transitverkehre gehen, hat doch nichts Spezielles mit der Telekom zu tun.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Kann ich Ihnen nicht abstrakt sagen, weil, wie gesagt, das ist nicht mein Aufgabengebiet, wie das genau realisiert worden ist oder wie das gemacht wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie Streckenpläne, aus denen hervorgeht, von welchem Land in welches Land die Kommunikation läuft auf den einzelnen Strecken?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Nein, ich weiß es nicht genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht?

Zeuge Harald Helfrich: Also, ich bin nicht in diesem Bereich tätig.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Harald Helfrich: Kann ich Ihnen nicht sagen. Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann man bei den Transitverkehren erkennen, welche Daten von welchem Telefonanbieter oder Telekommunikationsanbieter - wir reden ja auch von Internetverkehr - auf einer Strecke laufen?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also andersrum: Durch Deutschland läuft Kommunikation Ausland-Ausland. Das sind ja nicht alles Daten der Telekom, sondern da laufen ja auch Daten anderer Telefonanbieter aus dem europäischen und weiteren Ausland durch die Bundesrepublik Deutschland auch auf Strecken der Telekom. Ist das richtig?

(Der Zeuge nickt mit dem Kopf)

- Gut. - Kann man anhand der Streckenpläne erkennen, von welchem Telefon- oder Telekommunikationsanbieter die Daten sind, die auf diesen Strecken im Transitverkehr durchgeleitet werden?

Zeuge Harald Helfrich: Die Frage kann ich nicht beantworten. Das weiß ich nicht. Entzieht sich meiner Kenntnis, ob man das kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie unterliegen hier auch der Wahrheitspflicht.

Zeuge Harald Helfrich: Ja. Ich weiß es nicht. Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Weil wir ja gegebenenfalls auch über Unterlagen verfügen - das sage ich jetzt mal ganz deutlich -, die in Ihrem Zuständigkeitsbereich bearbeitet wurden,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und darunter könnten ja Informationen enthalten sein zu Streckenplänen, die nahelegen, dass wir wissen und Sie wussten, von welchem Land in welches Land an welcher Strecke von welchem Telefon- oder Telekommunikationsanbieter die Daten gesendet werden. Deswegen weise ich Sie jetzt noch mal darauf hin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, der Zeuge kennt seine Wahrheitspflicht, ist mit einer -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, es ist aber auch -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - Rechtsanwältin vertreten.

Martina Renner (DIE LINKE): - die Möglichkeit des Untersuchungsausschusses - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin, der Zeuge kennt seine Wahrheitspflicht. Er ist von einer Rechtsanwältin vertreten, und ich halte es nicht für gut, dass wir ihm jetzt drohen -

Zeuge Harald Helfrich: Aber Sie haben doch gar nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und mit Dingen vorlegen - - Von daher würde ich mit der Befragung gerne weitermachen, aber ihm nicht drohen, dass wir Akten haben und möglicherweise seine Aussage nicht stimmt. Das müssten wir dann im Konkreten widerlegen, Frau Kollegin Renner.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht so nicht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses hat natürlich das Recht, den Zeugen auch darauf hinzuweisen,

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Allerdings!)

und zum Zweiten haben wir gerade in einer der letzten Sitzungen vereinbart, dass wir vor dem

Hintergrund der Problematik eingestufte Akten uns hier darauf verständigt haben, dass man natürlich sozusagen ohne Zitierung aus Akten, aber in ganz allgemeiner Form natürlich auch auf Akteninhalte abstellen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir könnten dann die Akte sogar dem Zeugen vorhalten, -

Zeuge Harald Helfrich: Ich möchte hier noch was klarstellen dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - übrigens eine Praxis, die wir als Untersuchungsausschuss als Erstes vorgemacht haben. Die Kollegen aus Österreich praktizieren es jetzt genauso wie wir.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist toll.

(RAn Dr. Gina Greeve: Aber vielleicht noch mal ganz kurz zur Erläuterung! Vielleicht gibt es ja auch Missverständnisse, und im Übrigen - -)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Rechtsanwältin, nein. Sie haben beratende Funktion.

(RAn Dr. Gina Greeve: Ja, aber der Zeuge wollte - -)

Es ist schön, dass Sie da sind, aber darauf beschränkt sich Ihre Funktion, und ich würde gerne die Fragen von Frau Kollegin Renner hören.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich versuche ja nur, rauszubekommen, welche Informationen Sie in Ihrer Funktion in der Telekom hatten, wenn Sie sich mit Transitverkehren beschäftigt haben, und da gehört natürlich die Frage, von welchem Land in welches Land und von welchem Anbieter die Daten -

Zeuge Harald Helfrich: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): - möglicherweise stammen, für - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Harald Helfrich: Genau. Das möchte ich klarstellen. Ich weiß von Land zu Land, aber nicht, welche Anbieter.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen von Land zu Land?

Zeuge Harald Helfrich: Von Land zu Land. Erst hatten Sie ja gefragt von Anbietern, und da habe ich gesagt: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber zuerst haben Sie auch gesagt: kein Land. - Aber jetzt sind wir ja weiter. Sie können also anhand der Streckenpläne erkennen, von welchem Land in welches Land die Kommunikation läuft?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und diese Streckenpläne, wo man sehen kann, von welchem Land in welches Land die Kommunikation läuft, heißen „Rubin“ - oder das System, in dem diese erfasst sind?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Diese Streckenpläne sind allgemein zugänglich oder nur in Ihrer Abteilung?

Zeuge Harald Helfrich: Die sind noch nicht mal in unserer Abteilung zuständig [sic!], sondern das ist eine betriebsinterne für die Kollegen, die das Netz planen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie diese Pläne auch zur Verfügung, wenn Sie Ihre Aufgaben erfüllt haben, für Behörden Abgriffe an Strecken zu organisieren? Konnten Sie diese Streckenpläne dazu verwenden?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ich würde dazu sagen, das im nichtöffentlichen Teil zu beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ja auch mit Mitarbeitern des BND zusammengearbeitet. Ist das richtig?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Treffen fanden bei Ihnen statt, in den Dienstgebäuden der Telekom?

(RAn Dr. Gina Greeve:
Nichtöffentlich!)

Zeuge Harald Helfrich: Ja, nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Dazu haben übrigens andere Zeugen hier auch ausgesagt. Also, das will ich noch mal ausführen. Da ging es sogar darum, unter sozusagen welcher Legende man sich Zutritt zur Telekom verschafft hat und Ähnliches. Das haben wir hier in öffentlicher Sitzung behandelt. Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich teile das, Frau Kollegin Renner, aber ich weiß ja nicht, was er sagen möchte, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - ob er jetzt vielleicht darüber, was andere Zeugen sagen konnten, hinaus was sagen möchte. Deswegen kann ich es nicht beurteilen, und der Zeuge muss es beurteilen. Ich teile aber das, was Sie gesagt haben, Frau Renner. Nur, vielleicht sagt er ja viel mehr darüber hinaus, und das wissen wir ja noch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesen Kontakten per E-Mail oder persönlich mit den Mitarbeitern des BND konnte der BND Einblick in die Streckenpläne bekommen, oder hat er diese Streckenpläne selbst erhalten?

Zeuge Harald Helfrich: Auch im nichtöffentlichen Teil, würde ich sagen, zu beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu wie vielen Mitarbeitern des BND hatten Sie Kontakt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Das ist eine Zahl. Ich frage jetzt nicht nach den Namen, der Funktion.

Zeuge Harald Helfrich: Die Zahl - - Ich könnte es auch gar nicht beantworten, wie viele es waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Auf welchem Weg hatten Sie Kontakt?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlich das Ganze, bitte. Ich bin gerne bereit, die Fragen zu beantworten, aber im nichtöffentlichen Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie viele Mitarbeiter bei Ihnen waren mit diesen Aufgaben betraut außer Ihnen?

Zeuge Harald Helfrich: Auch im nichtöffentlichen Teil, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer ist Ihr konkreter Dienstvorgesetzter in der Telekom?

Zeuge Harald Helfrich: Das ist zurzeit der Herr Dr. Ennulat, mein Chef in Bonn.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer, bitte? Ich habe - -

Zeuge Harald Helfrich: Dr. Ennulat.

Martina Renner (DIE LINKE): Ingoland?

Zeuge Harald Helfrich: Ennulat.

Martina Renner (DIE LINKE): Ennulat?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu dem Zeitpunkt der für uns in Rede stehenden, wir nennen es: Operation „Eikonol“ -, wer war - -

Zeuge Harald Helfrich: Da war es der Dr. Köbele.

Martina Renner (DIE LINKE): Dr. Köbele war Ihr direkter Vorgesetzter?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Heißt das, dass Sie auch alle Fragen bezüglich Ihrer Tätigkeit mit Dr. Köbele oder auch noch mit weiteren Mitarbeitern der Telekom abgestimmt haben?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Er war ja mein Vorgesetzter, und er war auch der Jurist. Ja, sicherlich habe ich mit ihm darüber gesprochen, ansonsten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ansonsten mit niemandem. - Haben Sie eine spezielle Sicherheitsüberprüfung?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie die Ü 3?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben die Ü2?

Zeuge Harald Helfrich: Ü2, genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie wurden im Rahmen Ihres Einstiegs in das Unternehmen sicherheitsüberprüft oder erst, als Sie diese Tätigkeit übernommen haben?

Zeuge Harald Helfrich: Ich wurde schon 1983 als Einstieg überprüft. Da war es gang und gäbe bei der Deutschen Bundespost, dass der gehobene Dienst schon überprüft wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Vor dem Hintergrund - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ihre Zeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Ich kann dann gerne in der nächsten Runde weiterfragen. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kommen wir zur Fraktion der SPD mit ihren Fragen. Vielleicht nur meine Verwunderung zum Ausdruck bringend - dann gebe ich Kollegen Flisek sofort das Wort -, dass Sie auf die Frage, wer im Untersuchungszeitraum „Eikonol“ zuständig war, ohne zu überlegen, „Herr Köbele“ sagten, wenn Sie doch aber von „Eikonol“ bisher gar nichts gehört hatten. Das wunderte mich nur etwas. Vielleicht wunderte das andere auch. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich möchte mich auch hier nicht jetzt direkt an Zeugen, sondern vielleicht über den Zeugenbeistand oder die Frau Kollegin als Zeugenbeistand an die Telekom mal wenden. Wir hatten ja den Vorstandsvorsitzenden hier gehabt, und vielleicht sollte die Telekom durchaus mal überlegen, wie sie hier auch in dem öffentlichen Teil des Untersuchungsausschusses auftritt. Ich teile die Einschätzung, dass hier wesentliche Zeugen des BND weit aussagekräftiger waren, als es bisher bei den Zeugen der Telekom der Fall ist, und auch unter dem Gesichtspunkt - - Mir liegt es jetzt fern, die Geschäftsentscheidung der Telekom in irgendeiner Weise zu kommentieren oder zu beeinflussen. Aber auch unter dem Aspekt, wie man hier auftritt und welche Performance man hier macht, wäre das vielleicht mal ein Gedanke, den man überlegen könnte.

Ich komme zu meinen Fragen. Herr Zeuge, Sie haben ja mit der - -

(RAn Dr. Gina Greeve: Entschuldigung! Darf ich einmal kurz? Ich bin nicht der Vertreter der Telekom! Ich bin der Zeugenbeistand der individuellen Person!)

- Das ist mir klar. Ich gebe das nur mal so weiter, und Sie werden ja auch durchaus mit der Telekom, denke ich, kommunizieren, weil der Zeuge

bezahlt ja auch, denke ich mal, Ihre Tätigkeit hier nicht, sondern das macht die Telekom.

(RAn Dr. Gina Greeve:
Unglaublich!)

- Ja, gut, in dem Fall lassen wir es mal im Raum stehen. Ich denke mal, der Punkt ist der, dass man überlegen sollte, welchen Eindruck man hier hinterlässt.

Herr Zeuge, zu den Fragen: Sie haben mit dem Bundesnachrichtendienst kommuniziert, mit Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes kommuniziert während Ihrer Tätigkeit. Wie lief diese Kommunikation ab? Haben Sie telefoniert? Haben Sie E-Mails geschrieben, persönliche Treffen gehabt?

Zeuge Harald Helfrich: Es hat Telekommunikation mittels E-Mail, per Telefonat, auch im persönlichen Gespräch stattgefunden.

Christian Flisek (SPD): Wie war das Verhältnis? Waren das mehr persönliche Kontakte, oder war das mehr E-Mail, mehr Telefonate?

Zeuge Harald Helfrich: Mehr E-Mail und Telefonate.

Christian Flisek (SPD): Mehr E-Mail und Telefonate. Das heißt, wenn irgendwelche - ich sage es jetzt mal - Aufträge kamen, dann kamen E-Mails rein, und man hat dann vor allen Dingen dieses operative Geschäft auf E-Mail-Basis erledigt?

Zeuge Harald Helfrich: Nicht nur rein. Also wie gesagt, das waren im Mehrfall Gespräche vor Ort, Telefonate und auch E-Mail-Verkehr.

Christian Flisek (SPD): War diese Kommunikation in irgendeiner Weise geschützt?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Christian Flisek (SPD): Inwiefern?

Zeuge Harald Helfrich: Bei Telefonie ist über LineCrypt-Gerät gesprochen worden, und die E-Mail wurde verschlüsselt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Es wurden alle E-Mails verschlüsselt?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aha. - Und war das ein Bedürfnis der Telekom oder des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge Harald Helfrich: Kann ich gar nicht mehr sagen, von welcher Seite aus das ging.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie können auf jeden Fall sagen, im Rahmen der operativen Abarbeitung des Projektes ist die gesamte Kommunikation verschlüsselt gewesen?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ohne Wenn und Aber?

Zeuge Harald Helfrich: Nach meinem Kenntnisstand, ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich würde Sie mal ganz gerne fragen: Wissen Sie, was sogenannte Sachdaten sind?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, kann ich nicht sagen, was darunter verstanden wird, Sachdaten.

Christian Flisek (SPD): Dann versuche ich, Ihnen das mal zu erläutern. Also, Sachdaten sind nach dem, was wir bisher so herausgearbeitet haben, Daten, die anlässlich beispielsweise einer Übermittlung von Kommunikationsverkehren entstehen und Informationen darüber geben, wie die technische Ausstattung des jeweiligen Anbieters ausgestattet ist. Es sind also keine Metadaten über Kommunikation, es sind keine Inhaltsdaten, sondern es sind zum Beispiel Daten über die Kapazitäten und Ähnliches. Können Sie das nachvollziehen?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, könnte ich nachvollziehen.

Christian Flisek (SPD): Ich frage deswegen, weil im Raum steht, dass gegebenenfalls - oder es ist ja

auch schon darüber berichtet worden - bei diesem Projekt auch Sachdaten der Telekom an andere Dienste übermittelt worden sind, die ja dann im Zweifel auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse darstellen könnten. Ist diese Problematik in Ihrer Tätigkeit jemals aufgetaucht?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, also in meinem Tätigkeitsbereich nicht. Nein, kann ich nichts dazu sagen.

Christian Flisek (SPD): Ist vonseiten Ihrer Vorgesetzten bei der Telekom jemals die Frage aufgetaucht: „Wie kann sich denn die Telekom in diesem Projekt sichern und schützen?“?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, kann ich leider nichts dazu sagen.

Christian Flisek (SPD): Ich habe Sie nicht verstanden.

Zeuge Harald Helfrich: Kann ich nichts dazu sagen. Tut mir leid.

Christian Flisek (SPD): Weswegen können Sie jetzt nichts - - Weil Sie es nicht wissen?

Zeuge Harald Helfrich: Weil ich es nicht weiß, ja, weil es nicht in meinem Aufgabenbereich lag. Ich war im Prinzip für die technische Durchführung zuständig.

Christian Flisek (SPD): Bei wem wäre der Fragenkomplex, den ich angesprochen habe, denn im Aufgabenbereich gewesen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ja, bei den Juristen eigentlich meiner Meinung nach.

Christian Flisek (SPD): Weil wir haben Sie ja hier als Techniker in diesem Projekt, ja? Und ich habe so nach dem, was wir bisher immer auch an Zeugen hatten - - Wir haben Juristen, und wir hatten Techniker hier. Und die Techniker waren eigentlich eher diejenigen, die für den Bereich der IT-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sicherung, Kommunikationssicherheit, Ähnliches zuständig waren, weniger die Juristen. Also, ich gebe das jetzt nur mal wieder. Wie hat sich denn die Telekom in diesem Projekt gesichert und geschützt? Wissen Sie da gar nichts?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ich weiß nicht, wie sich die Telekom da besonders geschützt hat, sondern wir haben das einfach technisch durchgeführt. Das ist nicht meine Aufgabe, für die IT-Sicherheit zu sorgen bei der Telekom.

Christian Flisek (SPD): Gut, dann müssen wir noch mal organisatorisch ran. Also, Sie haben nach Auftrag - so habe ich es verstanden - Strecken aufgeschaltet -

Zeuge Harald Helfrich: Es beauftragt. Ja.

Christian Flisek (SPD): - und die Verkehre dann gedoppelt weitergeleitet. Ja?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wer war sozusagen - - Oder ich frage jetzt noch mal: Wie oft waren Sie dann in Ihrer Arbeit - - Hatten Sie daneben noch andere Funktionen, die Sie wahrgenommen haben? Hat das Ihre Arbeit ausgefüllt, diese Tätigkeit?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Es war ein ganz kleiner Teil meiner Tätigkeit.

Christian Flisek (SPD): Ein ganz kleiner Teil. Sie haben daneben noch andere Dinge gemacht. Können Sie uns sagen, welche anderen Dinge Sie noch gemacht haben neben diesem kleinen Teil?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, die ganze Zusammenarbeit mit der Polizei, wie ich vorhin gesagt habe, mit den Sicherheitsbehörden.

Christian Flisek (SPD): Okay. Gut. Das heißt, im Wesentlichen - - Wenn man jetzt Polizeizusammenarbeit und andere Sicherheitsbehörden zusammennimmt neben diesem Projekt, über das wir hier reden, dann waren Sie aber damit vollends ausgelastet?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, mit allem.

Christian Flisek (SPD): Mit allem, genau. So war ja die Frage. Gut. - Aber die Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten war nur ein ganz kleiner Teil. Können Sie das irgendwie quantifizieren? Wie viel Prozent?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, kann ich nichts zu sagen, aber ganz, ganz minimaler Teil.

Christian Flisek (SPD): Ganz kleiner, minimaler Teil. Okay. - Und im Rahmen dessen hatten Sie dann noch Kolleginnen und Kollegen neben sich oder unter sich in der Hierarchie?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ja, nur noch den Kollegen Alster. Wir zwei haben sozusagen die ganze Sache betreut.

Christian Flisek (SPD): Sie und der Kollege Alster. Sie beide haben das betreut.

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Christian Flisek (SPD): Noch mal jetzt zur Sicherheit: Wer war dann noch mal für Sie und Herrn Alster der direkte Vorgesetzte?

Zeuge Harald Helfrich: In den letzten zehn Jahren war es der Dr. Köbele dann in dem Rahmen, wo wir - -

Christian Flisek (SPD): In dem Fall ein Jurist.

Zeuge Harald Helfrich: Ja, genau.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und in dem Bereich gab es irgendwelche Leute - weil Sie hier



Nur zur dienstlichen Verwendung

gesagt haben, Sie waren für das Thema Sicherung, IT-Sicherheit und Ähnliches nicht zuständig -, irgendwelche Personen in diesem Stab, die Sie kennen, identifiziert haben, die für diesen Themenbereich IT-Sicherheit zuständig gewesen wären?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Nein, wer die einzelne Person war, kann ich Ihnen nicht benennen. Ich weiß aber, dass wir eine IT-Sicherheit haben in unserem Konzern, die für die Sicherheit des Netzes zuständig ist. Aber wer das jetzt genau ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Nein.

Christian Flisek (SPD): Können Sie uns denn sagen, wer in dieser Zeit Geheimschutzbeauftragter - -

Zeuge Harald Helfrich: Nach meinen Kenntnissen - kann ich das sagen? - war das noch der Dr. Königshofen.

Christian Flisek (SPD): Doktor?

Zeuge Harald Helfrich: Dr. Königshofen -

Christian Flisek (SPD): Dr. Königshofen.

Zeuge Harald Helfrich: - muss es gewesen sein.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Harald Helfrich: Aber ob er es heute ist - -

Christian Flisek (SPD): Wenn diese Doppelung der Verkehre stattgefunden hat und man das dann ausgeleitet hat, hat die Telekom dort irgendwelche Prozesse zwischengeschaltet, um beispielsweise sich einen Überblick zu verschaffen, wie viel G-10-Anteil dabei ist?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, die Frage kann ich leider nicht beantworten. Nein.

Christian Flisek (SPD): Ich muss immer nachfragen, wenn Sie diese Antwort so formulieren. Können Sie sie deswegen nicht beantworten,

weil wir in der öffentlichen Sitzung sind oder weil wir Sie es nicht wissen?

Zeuge Harald Helfrich: Tut mir leid. Das weiß ich nicht. Nein.

Christian Flisek (SPD): Das heißt aber auch: Wenn Sie es nicht wissen, dann ist Ihnen nichts bekannt, dass bei der Ausleitung dieser Verkehre irgendein Prozess der Telekom dazwischengeschaltet war, der in irgendeiner Weise eine Prüfungsfunktion hätte oder eine Kontrollfunktion.

Zeuge Harald Helfrich: Nein, ist mir nichts darüber bekannt, dass es da eine Kontrollfunktion noch gab. Nein, ich weiß es nicht.

Christian Flisek (SPD): Wurde denn Ihre Tätigkeit oder die von Herrn Alster während der gesamten Zeit mal irgendwann - - War das mal ein Gegenstand einer Überprüfung, sei es unter Datenschutz- oder Sicherheitsgesichtspunkten oder aufgrund des Geheimschutzbeauftragten? Kam da mal jemand und hat sich das angeschaut, hat gesagt: „Was machen Sie da? Wie machen Sie das?“?

(RAn Dr. Gina Greeve: Ich sehe jetzt nicht den Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand hier!)

- Den sehe ich sehr wohl.

(RAn Dr. Gina Greeve: Aha! Ich sehe ihn nicht!)

- Das heißt, Sie raten dem Zeugen, das nicht zu beantworten? Auch in nichtöffentlicher Sitzung?

(RAn Dr. Gina Greeve: Zumindest erst mal nicht in öffentlicher, und dann können wir uns - -)

- Machen Sie bitte das Mikrofon mal an, weil sonst verstehe ich Sie nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RAn Dr. Gina Greeve:
Also, jedenfalls nicht in
öffentlicher Sitzung!)

- Na ja, ich hätte schon deutlichere Aussagen hierzu gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht, Herr Kollege Flisek, wenn Sie es präzisieren. Weil dann könnte ich wahrscheinlich schon den Bezug zum Untersuchungsgegenstand sehen. Vielleicht kann man die Frage präzisieren und beidseitig das klären.

Christian Flisek (SPD): Richtig. Also noch mal: Wenn ich über die Frage gerade - - und die ist in dem Sinne beantwortet worden -, ob es hier irgendwelche IT-Sicherheitsvorgaben gab oder Strukturen gab - - Meine Frage ist, ob die Tätigkeit des Zeugen oder die des Herrn Alster in diesem Projekt irgendwann einmal Gegenstand - von welcher Art auch immer - von Kontrollen seitens der Telekom war, ob das der Fall war, sei es vonseiten des Datenschutzes oder der IT-Sicherheit oder des Geheimnisschutzes.

Zeuge Harald Helfrich: Also, vom Geheimschutz waren Prüfungen da, und auch vom Datenschutz. Selbst der Bundesdatenschutzbeauftragte war schon bei uns in der Dienststelle.

Christian Flisek (SPD): Also konkret: Bei Ihnen war der Bundesdatenschutzbeauftragte gewesen?

Zeuge Harald Helfrich: Aber schon längere Zeit her.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das - Sie müssen jetzt kein exaktes Datum nennen - in etwa zeitlich verorten?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, tut mir leid. Kann ich nicht mehr. Also wie gesagt, Prüfungen von dem Bundesdaten- - also von unserem Sicherheitsbeauftragten finden regelmäßig statt.

Christian Flisek (SPD): Wie regelmäßig?

(RAn Dr. Gina Greeve:
Also, das können wir in

nichtöffentlicher Sitzung
machen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das können wir. Wir können es aber auch im öffentlichen, weil wir haben ja morgen den Bundesdatenschutzbeauftragten da. Der wird uns das ganz freimütig erzählen, wann er immer zur Telekom kommt. Das ist ja nichts Geheimes, aber vielleicht überlegen Sie sich noch mal, ob wir diesen doch relativ trivialen Punkt nicht auch hier klären können.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Also, dann mache ich eine allgemeine Aussage. Bei uns kommt der Vertreter des Sicherheitsbeauftragten im Prinzip alle Vierteljahre und prüft.

Christian Flisek (SPD): Jedes Vierteljahr und prüft. Ich frage jetzt noch mal nach, weil - - Ich habe Sicherheitsbeauftragter verstanden, nicht?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, vom Sicherheitsbeauftragten. Ja.

Christian Flisek (SPD): Der Sicherheitsbeauftragte. - Und Sie haben gesagt, der Datenschutzbeauftragte war einmal bei Ihnen in dieser Zeit.

Zeuge Harald Helfrich: Ja, soweit ich weiß. Ja.

Christian Flisek (SPD): Können Sie uns noch sagen, was das für eine Prüfung war? Waren Sie dabei?

Zeuge Harald Helfrich: Im Vorgespräch ja, aber ansonsten nein.

Christian Flisek (SPD): Im Vorgespräch - -

Zeuge Harald Helfrich: Also bei der Runde, wo das stattgefunden hat.

Christian Flisek (SPD): Was ist da thematisiert worden im Vorgespräch?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand -



Nur zur dienstlichen Verwendung

RA n Dr. Gina Greeve:
Entschuldigung, ich sehe
nach wie vor nicht den
Untersuchungsgegenstand
hier!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht erklären Sie es noch mal, Kollege Flisek, dass es - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wie bitte? Was gibt es da zu erklären?)

Christian Flisek (SPD): Also, wir unterhalten uns hier über ein Projekt, das - - Aber das würde ich dann von der Zeit auch bitte berücksichtigt sehen wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist schon gestoppt.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wir unterhalten uns hier über ein zentrales Projekt, nämlich „Eikon“, wo der Zeuge bzw. das Unternehmen des Zeugen einen zentralen Part spielt. Und die Frage, inwieweit hier die Integrität der Strukturen sichergestellt werden kann und gegebenenfalls auch ausgeschlossen werden kann, dass beispielsweise andere Dienste einen direkten Zugriff auf diese Daten hatten, ist ein zentraler Bestandteil unseres Untersuchungsgegenstandes. Und deswegen ist die Frage, inwieweit sich der Partner unserer Nachrichtendienste - in dem Fall die Telekom - überhaupt in der Lage sah bzw. das Erfordernis gesehen hat, sich hier zu schützen, ein zentraler Punkt, den wir aufzuklären haben.

Zeuge Harald Helfrich: Aber zu diesem zentralen Punkt kann ich leider nichts sagen. Weil ich weiß es nicht.

Christian Flisek (SPD): Weil Sie damit nicht befasst sind oder waren?

Zeuge Harald Helfrich: Ganz genau. Das ist nicht mein Tätigkeitsbereich.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wer war denn Sicherheitsbeauftragter in dieser Zeit?

Zeuge Harald Helfrich: Sagte ich ja schon: der Dr. Königshofen.

Christian Flisek (SPD): Also Geheimschutzbeauftragter und Sicherheitsbeauftragter -

Zeuge Harald Helfrich: Geheimschutzbeauftragter und Sicherheitsbeauftragter.

Christian Flisek (SPD): - gleichermaßen?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, nach meinem Kenntnisstand.

Christian Flisek (SPD): Er hat diese Funktion gehabt. Ja, gut, das ist ja für uns auch wichtig, das zu wissen, dass das Hand in Hand ging.

Würden Sie uns noch mal erläutern, was der Unterschied ist bei den Transitverkehren, wenn es sich dabei um Telefonie, leitungsgebunden, und paketvermittelte Dienste handelt, als Techniker, damit wir das noch mal von Ihnen gesagt bekommen?

Zeuge Harald Helfrich: Leitungsvermittelt ist die ganze Telefonie mit Fax eventuell, und paketvermittelt ist Internetverkehr, IP-Verkehr, ganz abstrakt gesagt.

Christian Flisek (SPD): Ja, das habe ich auch schon in der Fragestellung - - Aber gibt es sonst irgendwelche Unterschiede, zum Beispiel bei der Frage „Wie bestimme ich den G-10-Anteil?“, also den Anteil von Daten deutscher Grundrechtsträger? Ist das Herausfiltern in dem einen Bereich einfacher oder schwerer als in dem anderen?

Zeuge Harald Helfrich: Dazu kann ich nichts sagen, weil wir nur den Verkehr duplizieren über die Auswertetechnik. Entzieht sich meiner Kenntnis.

Christian Flisek (SPD): Und da hat man sich in den Gesprächen, die Sie mit Ihren Vorgesetzten führen, auch nie darüber unterhalten? Ist Ihnen da nichts bekannt?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, darüber haben wir uns nicht unterhalten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich habe jetzt erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich denke, Herr Kollege von Notz fängt an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Helfrich, ich will noch mal versuchen, das sozusagen chronologisch mit Ihnen zu besprechen.

Wenn ich es richtig verstehe, gab es Kooperationen oder Verträge zwischen dem BND und der Deutschen Telekom schon - - Frau Rechtsanwältin?

RAn Dr. Gina Greeve: Ich warte - - Nein, ich habe nur - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben dieses Mikro angeschaltet.

RAn Dr. Gina Greeve: Ich habe aber noch nichts gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber jetzt sagen Sie gerade was, und Sie haben das ja schon eingeschaltet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kriegen alle keinen Schreck vor eingeschalteten Mikros.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf, ohne dass meine Zeit läuft, mal sagen, dass ich das ein bisschen merkwürdig finde, wie das läuft.

Also, es gab vor und nach dieser Aktion, von der Sie nicht genau wissen, wie sie heißt - das versuche ich jetzt gleich noch mal zu ergründen -, ja Kooperationen zwischen dem BND und der Telekom. Richtig, oder war das das erste Projekt?

Zeuge Harald Helfrich: Möchte ich im nicht-öffentlichen Bereich beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Wissen Sie, worüber wir hier überhaupt reden?

Zeuge Harald Helfrich: Ich habe mir es durchgelesen, worum es geht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, Sie haben sich vorbereitet heute, nicht? Sie haben unseren Beschluss. So. Wie hieß denn das, worüber wir hier nicht reden können? Wir haben ja vorhin Namen abgefragt. Wie haben Sie denn dieses Projekt genannt?

Zeuge Harald Helfrich: Auch im nichtöffentlichen Teil, bitte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten einen Namen für dieses Projekt?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Teil bitte beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage, ob dieses Projekt bei der Deutschen Telekom einen Namen hatte, wollen Sie im nichtöffentlichen Teil beantworten?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Also, ich wüsste nicht, dass wir eine spezielle Bezeichnung für dieses Projekt hatten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber worüber reden wir hier eigentlich? Wenn ich Ihnen Fragen stelle und Sie beantworten die, worüber rede ich eigentlich und worauf antworten Sie mir? Deswegen stelle ich die Frage, ob es vorher und nachher Projekte gab. Weil wir reden ja hier über ein spezielles Projekt - so habe ich es zumindest bisher verstanden -, und Sie antworten auch auf Fragen irgendwie. Deswegen ist ja die Frage: Worüber reden wir? Können Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

einen zeitlichen Rahmen für dieses Projekt benennen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Also okay. Wir haben ja über den ... (akustisch unverständlich), dass es um die letzten zehn Jahre geht. Da gibt es verschiedene Projekte, aber über die ich wirklich nicht im öffentlichen Teil sprechen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die letzten zehn Jahre gab es wahrscheinlich eine ganze Reihe von Projekten, und ich hätte Fragen zu ganz vielen. Aber wir wollen jetzt über eins reden, das wir „Eikonat“ oder „Granat“ nennen, wofür es bei der Deutschen Telekom einen Vertrag gab. Da stand „Transit“ drüber; der Name ist auch schon gefallen. Und dazu würde ich Sie jetzt gerne befragen. Dafür müssen wir uns aber einig sein, dass wir über denselben Gegenstand reden. Sonst können Sie auch gar nicht antworten logischerweise. Deswegen müssen wir schon miteinander vereinbaren, worüber wir reden.

Zeuge Harald Helfrich: Ja, wenn Sie den „Transit“-Vertrag meinen, dann können wir aber im nichtöffentlichen Teil darüber reden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Wenn ich ganz kurz vielleicht noch sozusagen außerhalb des Records hier sagen darf: Wissen Sie, wir haben einen Öffentlichkeitsgrundsatz, weil nämlich die Deutsche Telekom als Telekommunikationskonzern eine große Verantwortung auch trägt und die Bevölkerung - deswegen haben wir einen Untersuchungsauftrag - soll - - Wir versuchen, hier rauszufinden, was damals gelaufen ist. Es gibt eingeschränkt Bedürfnisse, das geheim zu verhandeln. Das ist aber eigentlich nicht gewollt. Wir wollen so viel wie möglich öffentlich machen. Deswegen versuchen wir jetzt noch mal - Sie haben ja schon ein paar Fragen zu diesem Projekt „Transit“ beantwortet -, der Sache ein bisschen auf den Grund zu kommen.

Deswegen frage ich Sie mal: Um welche Verkehre ging es bei diesem Projekt „Transit“, und war das etwas Neues, oder war das einfach ein Projekt wie viele andere auch?

Zeuge Harald Helfrich: Bitte im nichtöffentlichen Teil.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das Kabel, was da gedoppelt wurde, die Leitung, die gedoppelt wurde, die wurde ja in Frankfurt praktisch gedoppelt. Wo kam denn diese Leitung her? Welche Verkehre waren das denn?

Zeuge Harald Helfrich: Alles bitte im nichtöffentlichen Teil.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Räume innerhalb der Liegenschaften der Deutschen Telekom hatte der BND gemietet?

Zeuge Harald Helfrich: Auch nichtöffentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es irgendwas, was Sie von diesem Projekt erinnern, was Sie mir erzählen wollen?

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlich nachher.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tja, Herr Helfrich - - Vielleicht emotional: Hatten Sie ein gutes Gefühl damals bei diesem Projekt? Hat sich das richtig für Sie angefühlt?

Zeuge Harald Helfrich: Ich hatte keine rechtlichen Bedenken. Das war von Juristen geprüft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deswegen fühlte sich das okay an?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil wir wissen - ich sage Ihnen das, ich will Ihnen keine Falle stellen -, es gab enorme



Nur zur dienstlichen Verwendung

Debatten um dieses Projekt auch bei der Deutschen Telekom, und vielleicht hat Sie das ja auf irgendeinem Wege erreicht. Weil irgendwas scheint ja neu an dieser Kooperation gewesen zu sein. Und deswegen - - Einem Beamten der Deutschen Telekom kommen ja Dinge richtig und falsch vor, die er macht in seinem Leben, vermute ich mal. Und da frage ich Sie: Hat sich dieses Projekt für Sie - - War das okay? Oder gab es da irgendwie Probleme, Diskussionen innerhalb des Hauses, -

Zeuge Harald Helfrich: Da ist mir nichts bekannt von.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Fachrunden? Hat irgendjemand mal mit Ihnen gesprochen: „Wie funktioniert das eigentlich technisch? Erklär mir das mal. Ist das Procedure wie immer, oder ist das irgendwie was Neues, was wir hier machen?“?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Also, wie gesagt: Meinerseits gab es keine Bedenken, weil es juristisch geprüft war und ich den Auftrag bekommen habe, das durchzuführen. Ich konnte das juristisch nicht prüfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das wird ein hoch spannender nichtöffentlicher Teil. - Noch mal eine ganz andere Frage, technisch: Der Telekommunikationsverkehr hat sich ja verändert in dieser Zeit, diesen letzten zehn Jahren. Vorher wurde vieles leitungsvermittelt an Kommunikation durchgeleitet, dann hat sich das Internet irgendwie durchgesetzt. Also, ich bin ja kein Techniker - ich habe mir das jetzt alles mühsam angelesen -, aber ich verstehe inzwischen, dass die Dinge paketvermittelt weitergeleitet werden und dass im Hinblick auf Ihren Bereich, in dem Sie tätig sind seit vielen Jahren, doch eine erhebliche Umstellung technisch und letztlich damit auch rechtlich ist, was da vor sich geht. Haben Sie sich mit dieser Umstellung von leitungsvermittelten Verkehren auf paketvermittelte Verkehre innerhalb Ihres

Unternehmens die letzten Jahre irgendwie auseinandergesetzt?

Zeuge Harald Helfrich: Ich persönlich nicht. Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gab keine Fachrunden zu, keine Fortbildungsleitungen zu?

Zeuge Harald Helfrich: Aus meiner Sicht für mich nicht. Nein. Aus meinem Tätigkeitsbereich habe ich da keine Fortbildung oder sonst was gehabt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann muss ich noch mal fragen: Was ist Ihr Tätigkeitsbereich eigentlich? Also, Sie sind Ansprechpartner für Dienste und Polizeibehörden in diesem Bereich?

Zeuge Harald Helfrich: Ja. Im technischen Bereich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Harald Helfrich: Im technischen Bereich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im technischen Bereich. Und da hat sich für Sie die letzten zehn Jahre nichts verändert? Also, die Dinger kommen rein. Vorhin hat der Vorsitzende gefragt nach einer Anordnung, aber ich glaube, hier liegt ein Vertrag zugrunde. Ich habe das so verstanden, ein privatrecht-

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Bereich bitte diese Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte sie ja noch gar nicht gestellt.

(Heiterkeit)

Zeuge Harald Helfrich: Aber es geht ja wieder um den Vertrag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es geht um die Frage, wie Sie in



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihrer alltäglichen Arbeit - - sozusagen was die Arbeitsgrundlage Ihrer Tätigkeit ist, ja? Sie sind in einem grundrechtlich relevanten Bereich unterwegs, nämlich Artikel 10. Da haben Sie eine total verantwortungsvolle Position inne. Jetzt frage ich Sie unabhängig von diesem einzelnen Projekt, wie Sie das handhaben. Werden immer privatrechtliche Verträge abgeschlossen? Oder ich kann mir auch vorstellen, dass Sie häufig auch gerichtliche Anordnungen bekommen. Ich meine, über irgendwas würde ich mich gerne mit Ihnen unterhalten in der knappen Zeit, die ich habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die ist auch schon um.

(RAn Dr. Gina Greeve: Was ist die konkrete Frage?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die konkrete Frage ist: Was ist die Grundlage der Eingriffe, die Sie vornehmen? Sind das Anordnungen? Sind das privatrechtliche Verträge? Wie funktioniert das vom Prozedere? Sie sitzen da Montagmorgen, machen die Post auf. Und wie läuft das dann?

Zeuge Harald Helfrich: Die Grundlage sind Anordnungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Harald Helfrich: Die Grundlage sind Anordnungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Grundlagen sind Anordnungen. Auch in diesem Bereich mit dem BND bekommen Sie eine Anordnung?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem? Betriebsintern oder von einem Gericht?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Unter anderem gehen auch Anordnungen der G-10-Kommission bei uns ein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, klar.

Zeuge Harald Helfrich: Und Gerichten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn eine G-10-Anordnung nicht vorliegt, dann schaffen Sie keine Doppelung der Verkehre? Grundsätzlich nicht?

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Bereich, bitte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das wäre jetzt die interessante Antwort gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie müssen ein bisschen auf die Uhr gucken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. - Wissen Sie um den Unterschied zwischen G-10-Verkehren und Routineverkehren? Wissen Sie, dass das was Verschiedenes ist und irgendwie unterschiedlich rechtlich behandelt wird?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, weiß ich - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich kann keinen Unterschied - - Also, ich weiß nicht, was unter G-10- und Routineverkehr verstanden wird oder wo da der Unterschied ist.

(RAn Dr. Gina Greeve:
Also, er ist kein Jurist, und er nimmt keine juristische Einordnung vor!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte ja sein können, dass er es gehört hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem ist es cool, Frau Anwältin - weil



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie es gerade so einwerfen -, trotzdem ist es natürlich irgendwie bemerkenswert, dass derjenige, der für diesen Eingriff bei der Deutschen Telekom zuständig ist - seit 30 Jahren, wenn ich es richtig verstehe -, den Unterschied zwischen G-10- und Routineverkehren nicht erklären kann. Das ist kurios.

(RAn Dr. Gina Greeve:
Also, es ist jetzt eine juristische Frage! Er ist kein Jurist, und er ist Techniker!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss jetzt leider dieses bilaterale juristische Seminar abbrechen, Vielleicht kann der Kollege Kiesewetter für die Fraktion der Union da noch mal nachfragen, wenn er gerne möchte. Ansonsten muss der Kollege von Notz, zumindest die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in der nächsten Fragerunde da noch mal drauf eingehen. Von daher darf ich jetzt der Fraktion der CDU/CSU für Fragen das Wort geben, und ich gehe davon aus, Herr Kollege Kiesewetter fängt an.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Zeuge! Ich möchte schon noch einen Punkt aufgreifen, den auch gerade der Kollege von Notz angesprochen hat. Zum Verständnis zunächst mal: Hat Ihre jetzige Tätigkeit mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Das müsste doch leicht zu beantworten sein.

Zeuge Harald Helfrich: Ich verstehe irgendwie das Ziel der Frage nicht. Die jetzige Tätigkeit?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sie kennen ja den Untersuchungsgegenstand offensichtlich. Richtig?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Hat Ihre jetzige Tätigkeit Berührungspunkte zum Untersuchungsgegenstand?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich denke, das müssten Sie entscheiden.

Zeuge Harald Helfrich: Aber über Laufendes kann ich natürlich nichts sagen. Das ist klar. Aber - - Ich verstehe die Frage irgendwie nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sie haben gesagt, Sie sind seit zehn Jahren in dieser Verwendung. Richtig?

Zeuge Harald Helfrich: Länger.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Länger. Seit wie vielen Jahren etwa sind Sie in der Verwendung?

Zeuge Harald Helfrich: Seit fast 30 Jahren.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Seit 1983?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wo würden Sie sich denn, wenn ich das so sagen darf - Sie waren Beamter oder sind Beamter in einer jetzt privatisierten Organisation -, hierarchisch einordnen? Sind Sie Sachbearbeiter - jetzt nicht von Ihrem Titel her, Regierungsoberamtsrat -, sind Sie Berater? Wo würden Sie sich einordnen?

Zeuge Harald Helfrich: Ich bin auf Sachbearbeiterebene.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet mehrere Sachbearbeiter. Was haben die für einen Vorgesetzten? Ist das ein Dezernat? Ist das eine Arbeitsgruppe? Wie kann man das beschreiben?

Zeuge Harald Helfrich: Ich bin Sachbearbeiter in einem Team.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Haben Sie Mitarbeiter, die Ihnen zuarbeiten oder Ihnen unterstellt sind?

Zeuge Harald Helfrich: Momentan nicht. Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also, Sie sind, wenn man das in der Hierarchie betrachtet, im Bereich, der keine eigene Vorgesetztenfunktion hat. Richtig?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, im untersten Tätigkeitssegment sozusagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet, Sie haben Mitarbeiter, die gleichgestellt sind - richtig? -, und Vorgesetzte.

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie viele gleichgestellte Mitarbeiter haben Sie?

Zeuge Harald Helfrich: Weiß ich nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mir geht es darum, Ihre Tätigkeit etwas einzuordnen oder besser einordnen zu können.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Also, wir sind in unserer Dienststelle in Frankfurt 14 Leute.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Und unter den 14 Leuten sind ein Vorgesetzter und 13 vergleichbar Gleichgestellte?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mir geht es nur darum, dass ich einordnen kann, wie Ihr Tätigkeitsbereich ist. - Das Zweite ist: Waren Sie in den 30 Jahren immer im selben Bereich des Unternehmens?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. Das bedeutet also, Sie sind, wenn man das so will, ein Erfahrungsträger im Verhältnis zu anderen, die später gekommen sind. Ist das zutreffend?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ja, kann man so sagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie viele - Sie brauchen nicht die genaue Zahl zu nennen - sind vergleichbar wie Sie Beamter in Ihrem Umfeld, unter diesen 14?

Zeuge Harald Helfrich: Wir sind fast alle noch Beamte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Fast alles noch Beamte?

Zeuge Harald Helfrich: Weil es gibt ein besonderes Konstrukt bei der Telekom. Die sind zwar dann in sich beurlaubte Beamte, aber vom Grundsatz her sind es alle noch Beamte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sind Sie alles noch Beamte, weil es sicherheitssensible Tätigkeiten sind, in denen Sie aktiv sind?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, das hat damit nichts zu tun.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich halte also fürs Protokoll fest: Dass dort noch Beamte sind, hat nichts mit der Sensibilität des Themas zu tun.

Zeuge Harald Helfrich: Genau.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das ist also rein arbeitsrechtlich?

Zeuge Harald Helfrich: Das ist rein arbeitsrechtlich. Wie die Deutsche Bundespost aufgelöst wurde, gab es halt noch so viele Beamte, und die wurden dann halt weitergegeben an die Telekom.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nun, wenn Sie aber so lange dabei sind, dann haben Sie auch die verschiedenen Entwicklungen miterlebt in Ihrem Umfeld. Sie haben den 11. September miterlebt. Sie haben wahrscheinlich, wenn wir ganz anders anfangen, die Wiedervereinigung miterlebt, den 11. September miterlebt, wenn Sie seit 83 dabei sind. Da möchte ich schon wissen - Sie müssen ja neben Ihrer technischen Ausbildung dann auch gewissermaßen in der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lage gewesen sein, Ihre Tätigkeit auch rechtlich einordnen zu können.

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Hatten Sie Weiterbildungen in der Frage des Rechts, des Telekommunikationsrechtes, G 10 etc.?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Also, direkte Fortbildungen hatten wir nicht, sondern wir haben - - Also, ich habe nur aufgrund - - eine formaljuristische Prüfung der Anordnung immer durchgeführt. Ganz allgemeine formaljuristische Prüfung. Wenn es Probleme gab, alles Weitere wurde dann über den Juristen geregelt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was heißt „allgemeine formaljuristische Prüfung“? Hatten Sie Prüfschemata?

Zeuge Harald Helfrich: Wir haben Prüfschemata, abstrakt, ob Dienstsiegel, Unterschrift und so Sachen - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mir ging es jetzt zunächst mal darum, einzuordnen. Das heißt, obwohl Sie Beamter sind, haben Ihre Tätigkeit und auch der Umfang der zahlreichen Beamten in Ihrem Umfeld nichts damit zu tun, dass Ihr Arbeitsbereich als sicherheitssensibel eingeschätzt wird?

Zeuge Harald Helfrich: Das hat nichts damit zu tun. Nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das würde ich aber dann gerne im nichtöffentlichen Teil noch einmal intensiver nachfragen wollen.

Dann komme ich zum Bereich der Technik. Sie haben vorhin auf Fragen nach „Rubin“, „Granat“ etc. verneint bzw. „Rubin“ als ein System in Ihrem Haus bezeichnet. Mich würde mal ganz grundsätzlich interessieren: Was ist für Sie der Unterschied zwischen einer Leitung und einer Strecke?

Zeuge Harald Helfrich: Das kommt drauf an. Der eine benutzt das Wort Leitung oder auch Strecke.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gibt es bei Ihnen festgelegte Definitionen? Wenn Sie einen Leitungszugriff oder einen Zugriff auf eine Strecke machen, dann muss es ja Unterschiede geben.

Zeuge Harald Helfrich: Im Prinzip - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist das für Sie das Gleiche?

Zeuge Harald Helfrich: Eigentlich ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was bedeutet dann mit Blick auf Leitung analog Strecke der Begriff Verkehr?

Zeuge Harald Helfrich: Dass das der Inhalt vielleicht der Strecke oder der Leitung ist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Kommen wir später darauf zurück. Ich übergebe an meine Kollegin Nina Warken. - Vielen Dank.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Helfrich, ich habe noch ein paar konkretere Fragen genau zu Ihrer Tätigkeit. Ich hoffe, dass wir einige davon auch in der öffentlichen Sitzung behandeln können.

Sie hatten ja gesagt, dass Sie Mitarbeiter in diesem Regionalbüro für staatliche Sonderaufgaben sind. Kann man sagen, dass Sie selbst unmittelbar mit der technischen Umsetzung der Maßnahmen des BND betraut waren?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, die unmittelbare technische Durchsetzung - - Ich habe es im Prinzip beauftragt. Ich selbst habe es aber nicht durchgeführt.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, die juristische Prüfung haben Sie auch nicht gemacht. Das war auch ein Kollege.

Zeuge Harald Helfrich: Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben dann diese Auflage, die Anordnung bekommen. Und wie ging es dann weiter?

Zeuge Harald Helfrich: Dann wurde unser technischer Betrieb beauftragt, das Ganze durchzuführen.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie sagen, welche Maßnahmen technischer Art dann getroffen werden mussten?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, im Prinzip - - Ganz allgemein gesagt wurde dann dieser Verkehr dupliziert, indem dieses T-Glied ganz allgemein gesprochen eingebaut wurde und abgeleitet wurde.

Nina Warken (CDU/CSU): Das hat aber technisch dann jemand anders umgesetzt?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und welche Art der Maßnahme - - Wie das technisch ablaufen musste, haben auch nicht Sie beschlossen oder bestimmt, sondern der Kollege?

Zeuge Harald Helfrich: Das war technikabhängig, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und das war immer nur diese eine technische Maßnahme, oder gab es je nachdem, ob es leitungs- oder paketgebunden ist, unterschiedliche Maßnahmen?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, das hat damit nichts zu tun.

Nina Warken (CDU/CSU): Das lief immer nach demselben Muster ab? Das war immer dieselbe technische Einrichtung, die dann benutzt wurde?

(Der Zeuge nickt mit dem Kopf)

Hatten Sie dann Kontakt auch mit den Behörden, die die Auflagen oder die Anordnungen erteilt haben, vor Ort bei Ihnen im Büro, also mit dem BND, mit dem Gericht?

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlicher Teil, bitte.

Nina Warken (CDU/CSU): Wurde für diese technischen Maßnahmen Software oder Technik eingesetzt, die nicht direkt von der Telekom stammte, sondern von den Behörden kam oder von Dritten?

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlicher Teil.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und können Sie noch mal sagen, an wen - - Sie haben gesagt, die Daten wurden dupliziert. Und was geschah dann damit? Die wurden dann weitergegeben?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ganz abstrakt: Die Daten wurden dann übergeben, der duplizierte Verkehr. Sagen wir mal so: Der duplizierte Verkehr wurde übergeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann komme ich vielleicht mal ein bisschen davon weg und komme vielleicht zu einer öffentlichen Diskussion, die Sie sicherlich auch verfolgt haben. Eine Frage, die ja die Öffentlichkeit nach den ersten Snowden-Enthüllungen bewegt hat, war die Frage, ob ausländische Nachrichtendienste die Kommunikation deutscher Bürger überwachen. Anbieter von Telekommunikationsdiensten in Deutschland haben ja immer wieder betont, dass ausländischen Behörden kein Zugang zu ihren Systemen eröffnet wurde und es auch keine Hinweise auf heimliche Zugriffe gab. Vielleicht können Sie aus Ihren eigenen Wahrnehmungen, aus Ihrer Tätigkeit bei der Telekom uns schildern, ob Sie Kenntnisse darüber haben, dass die Deutsche Telekom jemals einem ausländischen Nachrichtendienst unmittelbar Zugang zu Netzen, Datenleitungen oder Servern gewährt hat.

Zeuge Harald Helfrich: Ich kann die Frage - - Also, mir ist nicht bekannt, dass die Deutsche Telekom da anderen Zugang gewährt hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Und dass der ausländische Nachrichtendienst sich den Zugang selbst verschafft hat?

Zeuge Harald Helfrich: Dazu kann ich nichts sagen. Weiß ich nicht. Nach meinem Kenntnisstand, nein, das kann nicht möglich gewesen sein.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Sachen werden beantwortet! Das ist ja cool!)

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und jetzt vielleicht auch noch eine Frage an Ihr technisches Sachverständnis. Wenn man unterstellen würde, dass es heimliche Zugriffsversuche geben würde oder gegeben hätte, könnte man das dann seitens der Telekom überhaupt bemerken?

Zeuge Harald Helfrich: Kann ich nichts dazu sagen, wie unsere IT-Sicherheit, also unsere Sicherheit, diesbezüglich vorgesehen ist. Ist nicht in meinem Tätigkeitsbereich.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Danke. Dann hätte ich auch nur noch nichtöffentliche Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Da die Union noch ein bisschen Zeit hat, hätte ich vielleicht einige Fragen noch einmal zu Ihrem Tätigkeitsfeld. Sie haben sich ja beschrieben so ein bisschen als Kommunikationsstelle zwischen Anfragern - in unserem Fall hier jetzt insbesondere dem BND - und Ihrem Haus intern. Haben Sie auch mit weiteren Dritten kommuniziert, um diese Dinge zu gewährleisten?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Was verstehen Sie unter „weiteren Dritten“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weiß nicht. Was verstehen Sie darunter? Warum soll ich die Frage beantworten?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich weiß jetzt nicht, ob Ihr Zeugenbeistand das weiß.

(RAn Dr. Gina Greeve: Er versteht die Frage nicht!)

Zeuge Harald Helfrich: Es geht nicht um den Inhalt, es geht um die weiteren Dritten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dritte sind nicht Telekom, nicht BND.

Zeuge Harald Helfrich: Mit weiteren Dritten, nein, wenn Sie das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie haben eben auf die Frage nach dem Internetknotenpunkt gesagt, in Frankfurt gibt es mehrere. Dann haben wir über DE-CIX geredet. Der sagt Ihnen was?

Zeuge Harald Helfrich: Das ist ein Begriff, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer betreibt den Internetknotenpunkt DE-CIX?

Zeuge Harald Helfrich: Weiß ich nicht. Tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie nicht?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie auf den zugegriffen haben, wie haben Sie das gemacht, ohne dass Sie das wissen, wer ihn betreibt?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Nach meinem Verständnis ist DE-CIX doch eine Zusammenarbeit von verschiedenen Netzanbietern, die Datenverkehr aufnehmen und weitergeben, also vermitteln und weitergeben innerhalb der Personen oder Firmen, die dort angeschlossen sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte das die DE-CIX Management GmbH sein?

Zeuge Harald Helfrich: Könnte sein, ja. Aber wie gesagt: Weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen bekannt, ob die Deutsche Telekom vertragliche oder faktische Beziehungen zur DE-CIX Management GmbH hatte oder hat?

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also wenn das nichtöffentlich ist, dann werden Sie uns sicherlich nicht in nichtöffentlicher Sitzung sagen: Weiß ich nicht.

Zeuge Harald Helfrich: Okay. Sagen wir mal so: Ich weiß es nicht. Nein. Dann ist es natürlich nichtöffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ein Unterschied, nicht?

Zeuge Harald Helfrich: Ja. Also, ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte jetzt nur vermutet, Sie wissen das.

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann hätte mich vorher die Antwort sehr gewundert, wenn ich sage: „Zu Dritten?“, wenn Sie gar nicht wissen, was ich frage. Das macht es manchmal nicht so leicht. - Also, Sie wissen es nicht?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie wissen es auch in nichtöffentlicher Sitzung nicht?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich frage mich halt, wie die Deutsche Telekom - - Sie wissen nur, dass aus einem Deutsche-Telekom-Kabel, was Ihnen gehört, was Sie nutzen, kein

Dritter durch einen T-Link, wie Sie eben beantwortet haben - - die Daten dupliziert wurden?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So läuft es faktisch ab, technisch? Da muss kein Knotenpunkt einbezogen werden? Da müssen keine Drittunternehmen oder sonstige Personen mit einbezogen werden? Da wird ein Kabel Daten spalten? Ein Teil geht weiter, wo sie hinsollen, und der andere Teil wird ausgeleitet?

Zeuge Harald Helfrich: Ganz abstrakt, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Weil das ist ja wichtig für uns, dass wir nicht in einer Sache immer gucken und dann erfahren: Mensch, das wurde mit einem Dritten vertraglich vereinbart und so weiter und so fort. Das ist mir einfach - - Deswegen gehen die Fragen dahin. - Okay. Gut. Dann hätte ich dazu erst mal keine weiteren Fragen.

Wir steigen jetzt in die zweite Fragerunde ein in der Reihenfolge, wie ich es Ihnen eben dargestellt habe. Auch hier beginnt wieder die Fraktion Die Linke, dann aber CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und dann die SPD. Die Fraktion Die Linke beginnt mit Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Helfrich, was ist eine NKÜ-Freischaltung?

Zeuge Harald Helfrich: Tut mir leid. Den Begriff „NKÜ“ kenne ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Was könnte eine Freischaltung sein?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ich weiß nicht, wie ich eine Freischaltung beschreiben sollte. Freischaltung heißt, dass - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden immer noch - - Um das noch mal einzugrenzen - vorhin hatten wir schon den Versuch -: Also, Sie wissen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

worüber wir hier reden. Wir reden über das, was Sie „Transit“ nennen, ja?

Zeuge Harald Helfrich: Ja. Eine Freischaltung könnte verstanden werden, dass die Leitung frei wurde, dass kein Verkehr mehr in der Leitung ist, freigeschaltet. Das ist mein Kenntnisstand. Aber NKÜ-Freischaltung? Den Begriff habe ich noch nicht gehört.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sprachen vorhin von dem Vertreter des Sicherheitsbeauftragten, der vierteljährlich gekommen sei. Ist das identisch mit der TSI Unternehmenssicherheit? Oder ist die TSI Unternehmenssicherheit etwas anderes?

Zeuge Harald Helfrich: TSI ist ja die T-Systems.

Martina Renner (DIE LINKE): Aha.

Zeuge Harald Helfrich: Aber dazu gehören wir ja nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie mit der Unternehmenssicherheit von T-Systems mal was zu tun?

Zeuge Harald Helfrich: Nach meinem Kenntnisstand nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nach Ihrem Kenntnisstand nein, weil Sie sich nicht mehr daran erinnern oder weil es nicht stattgefunden hat?

Zeuge Harald Helfrich: Also, ich weiß von nichts, dass da was stattgefunden hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Anordnungen, zu denen Sie sagten, das sind G-10-Anordnungen: In welcher Form haben Sie diese bekommen und durch wen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Die Anordnungen gehen beim Sicherheitsbeauftragten ein. Dann wird sie geprüft, und dann kriegen wir den dementsprechenden Auszug zur Verwahrung.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann bekommen wir sie „dementsprechend ...“?

Zeuge Harald Helfrich: Zur Verwahrung, zur Aufbewahrung dann auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Also als Brief?

Zeuge Harald Helfrich: Als Papier.

Martina Renner (DIE LINKE): Als Papier?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu „Transit“: Haben Sie den „Transit“-Vertrag gesehen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Teil, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Nehmen wir mal an, es gab im Zuge der technischen Umsetzung von „Transit“, für die Sie ja zuständig waren, Streckenwünsche. Wurden diese Streckenwünsche alle erfüllt?

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Teil, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es Streckenwünsche?

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum?

(RAn Dr. Gina Greeve: Ich habe - - Soll ich jetzt?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eigentlich der Zeuge, wenn es geht.

(RAn Dr. Gina Greeve: Ja, ja! Entschuldigung!)

Martina Renner (DIE LINKE): Also, warum ist die allgemeine Frage, ob es Streckenwünsche



Nur zur dienstlichen Verwendung

gab - - Da frage ich nicht: Welche Länder? Da frage ich nicht - -

Zeuge Harald Helfrich: Das ist Zusammenarbeit. Das ist ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis. Also deshalb nichtöffentlicher Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis der Telekom ist tangiert, wenn ich Sie frage, ob es Streckenwünsche gab im Rahmen von „Transit“? Ich meine, war das so ein Rieseneinnahmeposten der Telekom, dass dieses Unternehmen wankt, wenn in Zukunft die Zusammenarbeit mit dem BND nicht mehr stattfindet, oder was ist da die Grundlage? Also, wegen den paar Euro, die da gezahlt worden sind, kann es doch nicht sein.

Zeuge Harald Helfrich: Die generelle Zusammenarbeit aufgrund von Verträgen unterliegt der Nichtöffentlichkeit. Das sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Bitte.

(Christian Flisek (SPD): Wir sollten in den nichtöffentlichen Teil einsteigen!)

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, wir wollen noch nicht mit dem Zeugen in den nichtöffentlichen Teil gehen. Weil ich meine, es gibt viele Bürgerinnen und Bürger, die ihre Kommunikation über die Telekom abwickeln, und die wollen, glaube ich, auch irgendwie wissen, was dort passiert mit ihren Daten. Also deswegen bleiben wir jetzt weiter im öffentlichen Bereich und versuchen, uns ranzuarbeiten.

Hatten Sie Zutritt zu den Räumen des BND?

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlicher Teil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt halte ich einmal die Zeit an. Das müssen Sie mir mal begründen. Ist das ein Geschäftsgeheimnis?

RAAn Dr. Gina Greeve: Die Frage ist erstens so allgemein gehalten. Ich weiß jetzt nicht, in welchem Rahmen wir sind. Aber nichtsdestotrotz: Es ist

sowohl Geschäfts - - Ja, natürlich ist das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis, weil es die Zusammenarbeit betrifft. Selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nun gut. Nehmen wir es mal hin.

Martina Renner (DIE LINKE): Uns liegt ja die Aussagegenehmigung der Telekom vor. Ich würde wirklich gerne wissen, inwieweit das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis tangiert ist, wenn die Frage beantwortet wird, ob der Zeuge Zutritt in die Räume des BND hatte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin, ich habe auch danach gefragt, weil es mich genauso wundert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte es wirklich substantiiert wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe da einen Verdacht. Vielleicht können die ja ein und aus gehen beim BND. Dann hat der BND so eine offene Tür. Das kann ja sein. Da muss dann geklärt werden - - Herr Wolff guckt auch ganz erschrocken, wenn ich das richtig sehe von hier. Vielleicht ist das ja so, dass die Telekom völliges Zutrittsrecht in die Gebäude des BND hat. Kann ja sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja. - Hatten denn die BND-Mitarbeiter - unter welchem Namen auch immer sie in der Telekom ein und aus gingen - Zutritt zu anderen Räumen jenseits der durch den BND angemieteten Räume?

Zeuge Harald Helfrich: Also, kann ich im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie Kontakt mit den BND-Mitarbeitern hatten - das wurde ja vorhin beantwortet -, telefonisch, per E-Mail, verschlüsselt - PGP, nehme ich an, oder welches Verschlüsselungssystem haben Sie genutzt? -

Zeuge Harald Helfrich: Ja, PGP.

Martina Renner (DIE LINKE): - oder persönlich, kam es dabei auch zur Übergabe von Unterlagen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Teil, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat - - Sie haben ja irgendwann einmal mit diesem Projekt begonnen. Können Sie sich erinnern - „Transit“- , wann das war?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Machen wir bitte auch im nichtöffentlichen Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es eine erste Beratungsrunde zu diesem Projekt, bei der Sie informiert wurden darüber, was dort stattfinden soll?

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlicher Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn die Daten gedoppelt wurden und weitergeleitet wurden, wurde das über eine VPN-Leitung abgewickelt?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorhin ist gefragt worden: Router. Da konnten Sie sich nicht erinnern. Ich frage jetzt mal: VPN.

Zeuge Harald Helfrich: Also, VPN ist ... (akustisch unverständlich) Private Network. Nein, also über VPN nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie wird das weitergeleitet?

Zeuge Harald Helfrich: Mittels einer Leitung, direkten Leitung.

Martina Renner (DIE LINKE): Mittels einer direkten Leitung. Wie ist diese Leitung geschützt? Wissen Sie darüber etwas?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, kann ich nichts dazu sagen, wie die geschützt ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Leitung der Telekom?

Zeuge Harald Helfrich: Das ist eine Leitung der Telekom, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen nicht - - Können Sie uns etwa sagen, welche Kapazität diese Leitung hat?

Zeuge Harald Helfrich: Die muss natürlich die Kapazität haben, um den doppelten Verkehr aufnehmen zu können. Das ist klar. Aber es ist halt abhängig davon.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Aber dann muss sie eine maximale Kapazität haben. Können Sie uns etwas sagen über die maximale Kapazität dieser Leitung?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Nein, ich weiß es nicht momentan. Nein, ich weiß es nicht, was für eine Kapazität das war in diesem Bereich, was wir hatten.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Personen, die das T-Stück eingesetzt haben, was Sie ja nicht waren, wissen die, welche Kapazität die Leitung hat?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, anhand der Leitungsbezeichnung weiß man die maximale Kapazität. Kann man erkennen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie war - - also anhand - - Wissen Sie, wie die Leitung bezeichnet war?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, weiß ich nicht mehr. Tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Person, die das T-Stück eingebaut hat, also das technisch tatsächlich umgesetzt hat: Ist diese Person ebenfalls einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch die Ü2?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Person war aber zu Ihnen nicht in einem Unterordnungsverhältnis? Sie waren also nicht weisungsbefugt gegenüber dieser Person.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Also, es waren Kollegen nicht aus meiner Einheit, sondern es war eine andere Dienststelle, die beauftragt wurde durch uns. Also, ich habe keine Weisungsbefugnis gehabt direkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Die aber auch Zutritt hatte dann zu diesem Ort, wo diese Doppelung - - Wie nennen Sie das? Doppelung?

Zeuge Harald Helfrich: T-Stück. Ja klar, das waren Kollegen vom Betrieb, die diese Leitung betreut und betrieben haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Welche Abteilung ist das?

Zeuge Harald Helfrich: Das war unser technischer Betrieb, der war das einfach. Wie die heute heißen, weiß ich nicht. Wie sie damals hießen, der technische Betrieb, der die Leitung betrieben hat - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssten wir in der Runde zum Schluss kommen, weil wir jetzt schon zehn Minuten haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir würden dann jetzt für die weiteren Fragen - Frau Kollegin Renner kann ja dann noch mal einsetzen in der nächsten Runde - zur Fraktion der CDU/CSU kommen. Ich glaube, Herr Kollege Ostermann wird als Erster fragen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja, herzlichen Dank. - Herr Helfrich, ich habe eine Frage, die sich anschließt an eine der Fragen, die Frau Warzen gestellt hat, und das war die Frage, was nach

Ihrer Kenntnis mit den Daten passiert, nachdem sie dupliziert worden sind. Da haben Sie uns gesagt, die seien dann übergeben worden. Mich würde interessieren: An wen sind die Daten übergeben worden?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Das bitte im nichtöffentlichen Teil.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Dann die Frage: Durch wen übergeben worden? Direkt durch den technischen Betrieb, den Sie gerade genannt haben?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, das kann ich so beantworten.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Sie haben erläutert, wie sich das Regionalbüro für staatliche Sonderaufgaben zusammensetzt, in dem Sie tätig sind. 14 Mitarbeiter. Hier würde mich interessieren: Wie viele Juristen, wie viele Techniker befinden sich unter diesen 14 Mitarbeitern?

Zeuge Harald Helfrich: Mein Vorgesetzter ist ein Jurist. Ansonsten gibt es bei uns keine Juristen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay, ein Jurist, der Ihr Vorgesetzter ist. Alles andere sind Techniker?

Zeuge Harald Helfrich: Techniker oder Angestellte.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Dann ein letzter Komplex, den ich ansprechen möchte. Mir ist noch nicht ganz klar geworden, wie mit den Anfragen deutscher Behörden zur Telekommunikationsüberwachung in Ihrem Haus, also bei der Deutschen Telekom, umgegangen wird. Geht die Anfrage direkt bei Ihnen in Frankfurt ein, oder geht die Anfrage beispielsweise in Bonn in der Zentrale ein? Wie geschieht das?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Harald Helfrich: Ja, die gehen regionalbedingt bei den verschiedenen Stellen ein, die es gibt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Direkt bei Ihnen?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, direkt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Nicht über Bonn? Nicht über die Zentrale?

Zeuge Harald Helfrich: Die normalen Anordnungen der Gerichte, nicht eingestufte Vorgänge.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Wie viele dieser Anfragen gehen dann über Ihren Tisch pro Monat, pro Woche, pro Tag?

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Teil, bitte.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Schönen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe nur eine Frage, wenn Frau Kollegin Warken keine weiteren Fragen hat, die dann vielleicht weitere Fragen hervorrufen würde. Wir reden immer von Ihrem Regionalbüro. Wie viele Regionalbüros gibt es denn bei der Telekom?

Zeuge Harald Helfrich: Es gibt noch drei weitere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Für Deutschland?

Zeuge Harald Helfrich: Für Deutschland, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es im Ausland Regionalbüros oder Auslandsbüros der Telekom für gleiche Aufgaben?

Zeuge Harald Helfrich: Kann ich nichts dazu sagen, nein. Also, ich kenne nur die vier in Deutschland.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte Ihnen nicht zu nahe treten mit der Frage.

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Nein.

Zeuge Harald Helfrich: Kann ich nicht beantworten. Weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. Danke schön. - Wir kommen jetzt zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele fängt, glaube ich, an, wenn ich das richtig sehe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Herr Zeuge, Sie haben gesagt, dass Sie sich vorbereitet haben. Können Sie sagen, wie?

Zeuge Harald Helfrich: Ja, indem ich das Gespräch mit meinem Rechtsbeistand geführt habe, oder mehrere Gespräche mit meinem Rechtsbeistand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich auch inhaltlich vorbereitet?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben keine Akten gelesen -

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder mit irgendjemandem Kontakt gehabt bei Ihnen selber, bei der Telekom -

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder beim Bundesnachrichtendienst, mit dem Sie noch mal die Sachen durchgesprochen haben?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Niemand. - Und wann haben Sie die Vorbereitungen gemacht, also von heute aus gesehen jetzt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

RAn Dr. Gina Greeve: Also, ich sehe jetzt gerade nicht den Untersuchungsgegenstand betroffen, sondern das Innenverhältnis, das Mandatsverhältnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das - - Also, Sie sind in diesem Zusammenhang für mich nicht entscheidend, sondern -

RAn Dr. Gina Greeve: Das weiß ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): -wann der Zeuge sein Gedächtnis versucht hat aufzufrischen. Das nehme ich ja mal an.

Zeuge Harald Helfrich: War sehr kurzfristig, das Ganze.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also vor ein paar Tagen oder so?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gesagt, dass es während Ihrer Dienstzeit mehrere Projekte, weitere Projekte gegeben hat mit dem BND. Können Sie sagen, wie viele?

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlich, hatte ich bei dieser Frage gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso? Unter was soll das fallen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Das fällt auch unter das Geschäfts- und Firmengeheimnis und VS-Angelegenheiten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Und VS-Angelegenheiten“? - Ja, aber VS-Angelegenheiten sind nicht grundsätzlich in

nichtöffentlicher Sitzung zu diskutieren. Wir haben hier Zeugen aus dem Bundesnachrichtendienst gehabt, die haben ununterbrochen über VS-Angelegenheiten geredet, und zwar stundenlang, tagelang öffentlich. Also, das ist nun kein Grund. - Waren das drei oder zehn oder mehr?

Zeuge Harald Helfrich: Ich sage, ich halte mich an meine Aussagegenehmigung und sage das eventuell im nichtöffentlichen Teil. Tut mir leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es steht in Ihrer Aussagegenehmigung doch gar nicht drin, dass Sie über VS-Angelegenheiten nur öffentlich - - Wir haben vorhin von Herrn Wolff gehört, dass es selbstverständlich heißt, dass Sie über alles genauso Auskunft geben können wie der Bundesnachrichtendienst. Die Regeln für Sie sind ja nicht strenger als die für den Bundesnachrichtendienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht könnten wir dazu Herrn Wolff noch einmal hören. Ich habe es nämlich auch so verstanden wie Herr Kollege Ströbele. Das heißt nicht, dass wir immer alles gleich verstehen, aber in dieser Situation habe ich es genauso verstanden wie der Kollege Ströbele. Vielleicht kann man da - die Zeit ist auch angehalten - kurz aufklären. Ich hatte es so verstanden, dass der Zeuge über VS-Thematiken berichten kann. Oder habe ich da etwas falsch verstanden?

RD Philipp Wolff (BK): Er kann in eingestufte Sitzung entsprechende einstufige Informationen berichten; ja, das ist klar. Das beinhaltet die Einwilligung zur Weitergabe von VS.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie häufig es Projekte oder wie viele Projekte es gegeben hat gemeinsam mit dem BND, darüber haben ja auch andere Leute aus dem Bundesnachrichtendienst hier berichtet. Dass es das erste - - oder dass es schon mehrere gab, wie viele - -

(Zuruf)

- Natürlich. Sollen wir sie raussuchen? - Also, Sie sagen, wie häufig der Bundesnachrichtendienst



Nur zur dienstlichen Verwendung

Projekte unter Beteiligung dieses Zeugen hatte, ist VS, geheim oder was?

RD Philipp Wolff (BK): Das ist ein eingestuftes Sachverhalt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Dürfen Sie denn hier sagen, welche Verkehre, also welche Länder dann von Ihrer Doppelung des Verkehrs und Ausleitung betroffen waren?

Zeuge Harald Helfrich: Bitte im nichtöffentlichen Teil.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch im nichtöffentlichen Teil. - Ging es da um Länder oder um Städte?

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlicher Teil, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stadtleitungen, also wo am Anfang und am Ende der Leitung oder an einer Seite eine Stadt genannt wurde - -

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Teil bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das auch wieder VS, oder was?

Zeuge Harald Helfrich: Beides, immer noch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist beides. - Da bleibt nicht mehr viel übrig, glaube ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich übernehme gerne und möchte eine Anmerkung vorweg machen, weil es mir jetzt seit über einer Stunde auffällt, dass der Rechtsbeistand des Zeugen ständig Blickkontakt zum BND sucht oder zum Bundeskanzleramt. Das irritiert mich, Herr Wolff - ich sage Ihnen das einfach mal -, hochgradig. Mich würde interessieren, ob Sie sich gemeinsam vorbereitet haben auf diese Sitzung. Es ist hochgradig irritierend, dass da

sozusagen nach Zeichen gesucht wird hier während einer Zeugeneinvernahme. Man fragt sich manchmal, wo man eigentlich ist.

Ich habe noch drei Fragen. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich freue mich immer, wenn mich keiner anguckt. Von daher - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich freue mich immer, wenn mich keiner anguckt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gratuliere ich Ihnen, Herr Vorsitzender. Ich finde das hochproblematisch, und - ich will das hier einmal zum Ausdruck bringen - es irritiert mich. Frau Greeve, wie Sie das mit Ihrem - naja, gut - Amtsverständnis und Ihrer Berufsauffassung untereinanderkriegen, das ist eine andere Frage. Aber sei es drum.

RA n Dr. Gina Greeve: Herr Vorsitzender, dazu möchte ich etwas sagen, weil das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu dürfen Sie auch etwas sagen, weil das nach meiner Meinung ein unzulässiger Angriff auf das Berufsethos ist. - Frau Dr. Greeve, Sie haben das Wort.

RA n Dr. Gina Greeve: Vielen Dank. - Ich bitte, solche Unterstellungen in der Tat zu unterlassen, die wirklich jeder Grundlage entbehren.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie gucken die ganze
Zeit nach hinten!)

- Das ist zu Recht, weil es insoweit auch um die Einstufung von Verschlussachen geht. Der Zeuge - - Das sind Vorgänge, die liegen sehr, sehr lange zurück - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist das aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

keine Unterstellung, sondern dann stimmt es, dass Sie den Blickkontakt suchen!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege von Notz - -

RAn Dr. Gina Greeve: Noch einmal: Es geht um rechtliche Einschätzungen, die vorzunehmen sind und die ich selbstverständlich als Zeugenbeistand mit vorzunehmen habe, soweit das möglich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Dann darf ich festhalten, dass Sie das bestätigen. Erst sagen Sie, das sei eine Unterstellung, dann sagen Sie: Es gibt gute Gründe, warum ich zum Bundeskanzleramt gucke.

RAn Dr. Gina Greeve: Wenn, dann wollen wir doch präzise bleiben, nicht wahr, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte!

RAn Dr. Gina Greeve: - und nicht in dieser Allgemeinheit und pauschalen Aussage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie gucken nur in bestimmten Fällen zum Bundeskanzleramt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt muss ich aber dieses so interessante bilaterale Gespräch doch abbrechen. Ich bin auch nicht gewillt, immer die Zeit zu stoppen für solche kleinen Intermezzi.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sei es drum!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ja wenig ergiebig, aufgrund dieser massiven Aussagebeschränkung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber es hilft ja nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insofern ist es ja schön, diese Dinge festzuhalten. Ich halte fest, dass die Zeugin, sage ich jetzt schon - - dass der Rechtsbeistand sagt, ja er sucht den Blickkontakt mit dem Bundeskanzleramt, weil es hier eben um Dinge geht, die das Bundeskanzleramt eben auch irgendwie einschätzen hat. - Ich würde vorschlagen, man unterbricht die Sitzung, damit Sie sich ordentlich beraten können. Sei es drum.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann muss ein Geschäftsführungsantrag gestellt werden. Dann machen wir das auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.- So, jetzt habe ich nur mal grundsätzliche technische Fragen, um das zu präzisieren, wo ich vorhin aufgehört habe. Herr Zeuge, gibt es heute noch nichtpaketvermittelte Kommunikation auf den Leitungen?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es?

Zeuge Harald Helfrich: Telefonie gibt es immer noch, ja. Es gibt auch noch - - ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leitungsgebundene Telefonie gibt es noch, es ist nicht alles paketvermittelt?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei diesem Übergang - der mehrheitliche Verkehr, der ja im Internet stattfindet, ist ja paketvermittelt -, haben sich da bei Ihnen neue Herausforderungen für Ihren Arbeitsbereich gestellt?

Zeuge Harald Helfrich: Über aktuelle Sachen kann ich leider nichts sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht so aktuell. Das liegt ein paar Jahre zurück, diese Umstellung.

Zeuge Harald Helfrich: Nicht ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie noch mal. Ich habe es nicht verstanden.

Zeuge Harald Helfrich: Die Umstellung ist ja noch nicht abgeschlossen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber sie hat sich doch vollzogen. Früher gab es keine paketvermittelten Daten, jetzt gibt es überwiegend paketvermittelte Daten. Deswegen: Hat da bei Ihnen irgendeine Form der Auseinandersetzung mit diesem Umstand für Ihre berufliche Tätigkeit irgendeine Rolle gespielt?

Zeuge Harald Helfrich: In meinem Tätigkeitsbereich nicht, nein, weil ich nicht für die Technik selbst zuständig bin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also an den Verfahrensweisen, wie Sie mit diesen Anordnungen, die Sie erhalten - - für den Zugriff auf bestimmte Leitungen, hat sich durch diese technische Veränderung bis heute, wenn ich es richtig verstehe, nichts verändert?

Zeuge Harald Helfrich: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Krass. - Es gibt aus Ihrer Sicht auch keine Probleme diesbezüglich?

Zeuge Harald Helfrich: Ich verstehe Ihre Frage nicht. Probleme?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es hat sich eben ein krasser technischer Wandel vollzogen. Daraus folgen gravierende Schwierigkeiten, über die wir die letzten Monate hier Tausende von Seiten Akten gelesen haben, wegen denen die Deutsche Telekom ein riesen Fass aufgemacht hat mit dem BND. Mich interes-

siert jetzt, ob Sie als Zeuge irgendetwas von diesen Problemen und Schwierigkeiten mitbekommen haben oder ob das gänzlich an Ihnen vorbeigegangen ist und Sie machen einfach das, was Sie die letzten 30 Jahre gemacht haben.

Zeuge Harald Helfrich: Nein, dazu kann ich eigentlich nichts sagen. Für mich hat sich da in der Art und Weise nichts geändert. Wir bekommen eine Anordnung, die setzen wir dementsprechend um in ihrem Rahmen, also in meinem Rahmen, wo ich das machen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also an den Prüfungskriterien und diesen Dingen, diesen formalen Sachen, die Sie abhaken, daran hat sich nichts für Sie geändert?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit ist auch um, Punktlandung. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Ich nehme an, Herr Kollege Flisek beginnt. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir haben im öffentlichen Teil keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Frageunde. Bei dieser Fragerunde beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich muss gestehen, dass ich nach dem, was Sie bisher gesagt haben, immer noch nicht ganz schlau geworden bin, was Sie eigentlich machen. Deshalb frage ich das jetzt noch mal, weil ich das gerne begreifen möchte. Also, es gibt eine Rechtsabteilung; die prüft eingehende Anforderungen oder Vorgänge, ob das alles in Ordnung ist. Dann wird eine Anordnung erteilt, dass dort das abgeleitet wird, dubliziert wird. Das Gerät, was das technisch bewerkstelligt, bringen aber nicht Sie an, sondern eine technische Abteilung. Dann wird das weitergeleitet. Wo das hingeleitet wird, wie das sicher gemacht wird, wissen Sie auch nicht. Was machen Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

denn konkret? Was machen Sie in diesem Bereich? Was ist Ihre Aufgabe?

Zeuge Harald Helfrich: Meine Aufgabe ist, das Ganze zu koordinieren, dass der Betrieb diese Leitung dubliziert. Nach - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann könnte aber die Rechtsabteilung direkt an die Technikabteilung hingeben: „Baut da das T-Teil ein“, und dann ist gut.

Zeuge Harald Helfrich: So ist es halt bei uns. Dazu kann ich nichts sagen. So ist dieser Bereich aufgebaut.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie müssen doch in dem Bereich irgendetwas tun.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Weitere Tätigkeiten würde ich dann im nichtöffentlichen Bereich beantworten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann frage ich noch mal konkret nach: Suchen Sie beispielsweise Leitungen aus? Suchen Sie, wenn ein Wunsch besteht oder eine Forderung, eine konkrete Leitung von A nach B - zunächst mal ganz abstrakt - oder 20 Leitungen von C nach D, von M nach K - - die aus und sagen dann dem Techniker: „Diese Leitungen leitest Du jetzt aus für den Auftragnehmer“? Ist das zum Beispiel eine Aufgabe, die Sie machen?

Zeuge Harald Helfrich: Die Frage würde ich im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal ganz kurz unterbrechen; das geht auch nicht zulasten der Fraktion Die Linke. Vielleicht beraten Sie sich beide doch noch mal. Wir haben inzwischen den Kommentar zu § 172 GVG und auch das PUAG vor uns liegen, was wirklich Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sind. Die konkrete Beschreibung Ihrer Stelle, was Sie machen, fällt nach der Kommentierung, die wir hier auf die Schnelle vor uns liegen haben, nicht unter

Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, wo der Telekom - ich verkürze den Kommentar - schwere Nachteile entstehen könnten, wenn Sie jetzt sagen, was Sie da genau machen. Zumindest müssten Sie mir erklären, warum ich besser den Provider für mein Handy wechsele, wenn Sie das hier in öffentlicher Sitzung preisgeben, weil die Telekom einen so schweren Schaden hat, dass auch ich da nicht mehr einen Vertrag haben will. Jetzt fehlt es mir wirklich ein bisschen an der Begründung. Vielleicht da gerne die Kommunikation mit Ihrem Rechtsbeistand; sie wird die Kommentierung und die Paragraphen kennen. Bei der Frage kann es sich mir wirklich gerade nicht erschließen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Sie haben gerne fünf Minuten zur Beratung, wenn wir dann hier einen deutlicheren Fortschritt in der Befragung haben. Dann würden wir gerne fünf Minuten unterbrechen; denn in dem Punkt, muss ich ganz ehrlich sagen - -

Dann unterbrechen wir die Sitzung für fünf Minuten und machen um kurz nach zwei weiter. Sie gucken gerne - - Die Kommentierung kann ich gerne zur Verfügung stellen, dass Sie sich da noch mal schlau machen. Aber dann kommen wir vielleicht doch deutlich weiter.

(Unterbrechung von 13.57 bis 14.06 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

Ich würde Ihnen, Frau Anwältin, ganz kurz Gelegenheit geben, noch mal auf die rechtliche Seite einzugehen, sowohl generell mit Blick auf das GVG und das PUAG, aber auch bezogen auf die konkrete Frage.

RAn Dr. Gina Greeve: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Noch einmal ganz generell: Der Zeuge ist selbstverständlich bereit, hier Auskünfte zu erteilen. Es ist ihm nur aufgrund der Aussagegenehmigung nicht möglich, dies in öffentlicher



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sitzung zu machen. Die Fragen, die gestellt worden sind, insbesondere auch die letzte, betrifft Zusammenarbeit, die Sie nicht auseinanderhalten können zu Betriebsgeheimnissen. Die gehören zu den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, wenn sie auf der Grundlage insbesondere auch vertraglicher Zusammenarbeit sich beziehen. Deshalb ist es nicht auseinanderhaltbar. Deshalb werden selbstverständlich Angaben dazu gemacht von dem Zeugen, aber eben in nichtöffentlicher Sitzung, zumal dies auch als solches eingestuft ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann würden wir mit der Befragung durch Kollegen Hahn weitermachen. Die Zeit war ja gestoppt; die lassen wir jetzt weiterlaufen. - Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Danke. - Ich möchte trotzdem die Frage insofern wiederholen, weil es sich ja auch um Ihre Tätigkeit handelt und das nicht nur auf den BND bezogen ist, sondern Sie haben selber gesagt: Polizei und andere, mit denen Sie zusammenarbeiten. Haben Sie dort die Möglichkeit, Strecken zu nennen, Verbindungen zu nennen, die diejenigen dann zugeordnet bekommen und die freigeschaltet werden für die Dublizierung? Ist das zu Ihrem Tätigkeitsbereich gehörend? Das ist doch eine ganz allgemeine Frage, die Sie beantworten müssen auch meiner Sicht, auch in öffentlicher Sitzung.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Die Frage kann ich definitiv nur im nichtöffentlichen Kreis beantworten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kennen Sie eine Wunschliste? Kennen Sie die? Sie müssen nicht sagen, was darin steht. Kennen Sie eine Wunschliste des Bundesnachrichtendienstes in dem Zusammenhang, über den wir jetzt hier reden - „Transit“, „Eikonal“ -, kennen Sie eine Wunschliste, wo vielleicht so um die 270 Verbindungen, Transitleitungen enthalten sind - 270 -, die der BND gerne haben wollte? Kennen Sie eine solche Liste?

Zeuge Harald Helfrich: Hierüber würde ich Ihnen gerne Auskunft erteilen im nichtöffentlichen Bereich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da muss ich wieder an den Vorsitzenden anschließen. Wenn Sie uns dann im nichtöffentlichen Bereich sagen, Sie kennen die nicht, dann haben wir davon nichts. Die Frage war: Kennen Sie die Liste, ja oder nein? Dann können Sie sagen: Darüber, was darin steht, reden wir im nichtöffentlichen Teil.

Zeuge Harald Helfrich: Okay. - Ja, dann im nichtöffentlichen Teil. Ich kenne die Liste. Im nichtöffentlichen Teil.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Jetzt reden wir nicht über die Städte. Aber von A nach B, wenn dort von verschiedenen Ländern Anforderungen an den BND - - Ständen denn diese Strecken in der Genehmigung, die Sie bekommen haben?

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Teil, bitte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kann es sein, dass zum Beispiel auch Verbindungen zwischen Städten dabei waren, wo ein Endpunkt - sage ich jetzt mal - Brüssel war, der Sitz der EU-Kommission? Kann das sein, dass da auch alle Telefonleitungen vom BND gewünscht waren? Können Sie das bestätigen? Kennen Sie das?

Zeuge Harald Helfrich: Im nichtöffentlichen Teil. Aber - - Nein, ich weiß es nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir werden dann sicherlich diese Dinge noch vertiefen können.

Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie Anordnungen bekommen haben in Papierform, die bei Ihnen dann nach der rechtlichen Prüfung abgelegt worden sind. Haben Sie auch den Brief aus dem Bundeskanzleramt bekommen? Kennen Sie diesen Brief im Zusammenhang mit diesem Vorgang?

Zeuge Harald Helfrich: Ich kenne keinen Brief, und wenn, dann auch nur im nichtöffentlichen Teil -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Lachen bei Abgeordneten
der Linken und des Bünd-
nisses 90/Die Grünen)

- ich kenne den Brief nicht, nein - weitergehende Fragen dazu.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie kennen ihn im nichtöffentlichen Teil auch nicht.

Zeuge Harald Helfrich: Nein, ich kenne ihn nicht. Nein, tut mir leid.

RA n Dr. Gina Greeve: Es ist der nichtöffentliche Teil betroffen. Aber er kennt ihn nicht. Insoweit können wir das vereinfachen, ja?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gab es solche Briefe in anderen Vorgängen, mit denen Sie befasst waren in diesem Zeitraum, um den es hier im Untersuchungsausschuss geht, wo direkt das Bundeskanzleramt sich dort eingeschaltet hat?

Zeuge Harald Helfrich: Entzieht sich meiner Kenntnis.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nun haben Sie vorhin gesagt, Sie haben keine eigenen Namen, Tarnnamen oder wie auch immer für bestimmte Vorgänge. Da interessiert mich noch mal, wie Sie das gemacht haben, wenn das kommuniziert worden ist, wenn Sie kommuniziert haben, um das genauer zu sagen. Wir wissen inzwischen, dass die NSA für den gleichen Vorgang einen anderen Begriff hatte als der BND. „Transit“ ist ein Punkt, der bei der Telekom in dem entsprechenden Vertrag stand. Wenn Sie sich mit einem Mitarbeiter des BND per Mail verständigen, müssen Sie doch irgendeinen Betreff reinschreiben.

Zeuge Harald Helfrich: Nichtöffentlicher Teil über das Verfahren.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Betreff, was Sie da reinschreiben, ist nichtöffentlich? - Ich will Ihnen sagen, worum es geht. Es geht darum, ob bei der Telekom möglicherweise für Aktionen, die wir unter A oder B hier schon kennen, ein anderer Name verwendet wird, den wir in den Akten finden, wo wir aber nicht wissen, dass der

den gleichen Vorgang meint, den wir unter anderen Bezeichnungen kennen. Deshalb ist für mich wichtig, was Sie reinschreiben, wenn Sie mit dem BND in Kontakt treten, um welchen Vorgang es geht. Beim BND laufen ja auch viele Vorgänge. Sie müssen da ja irgendetwas reinschreiben.

Zeuge Harald Helfrich: Bitte, im nichtöffentlichen Teil kann ich das gerne beantworten über die Kommunikation.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Einen Punkt habe ich noch. Meine Kollegin Frau Renner hat vorhin gefragt nach NKÜ-Freischaltung, nach diesem Vorgang, wo Sie gesagt haben, das kennen Sie alles nicht. Da würde ich Ihnen entsprechend unserem Verfahren gerne etwas vorlegen, damit wir dort nicht in Schwierigkeiten kommen oder Sie nicht in Schwierigkeiten kommen. Es gibt eine Mail vom Dezember 2004, die offensichtlich von Ihnen ist. In dieser Mail ist von einer großen Aktion NKÜ-Freischaltung die Rede. Nach der großen Aktion NKÜ-Freischaltung geben Sie vermutlich dem Kollegen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Hahn, Sie tragen jetzt aber nicht aus diesem eingestuften Dokument vor. Sie wollten es vorlegen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich lese das nicht vor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das war nur ein Hinweis.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich sage das nur, damit das Verständnis da ist. Damit das Verständnis da ist, habe ich Sie nach Listen gefragt, und ich schicke Ihnen jetzt die aktuellen Listen. Da kommt in diesem Zusammenhang die große Aktion NKÜ-Freischaltung. Nach der großen Aktion NKÜ-Freischaltung neuer Stand dieser Listen; die schicken Sie jetzt. Vorhin haben Sie aber gesagt, Sie wissen gar nicht, was das ist, haben das aber selber verwendet in dem Schreiben, über das wir im geschlossenen Teil dann reden werden.

(Dem Zeugen wird ein
Schriftstück vorgelegt -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ich muss dazu sagen, dass ich mich vorhin nicht an den Begriff NKÜ/direkte Freischaltung erinnern kann. Aber jetzt, mit der Mail, kann ich gerne im nichtöffentlichen Teil darüber Auskunft erteilen, über den Inhalt dieser Geschichte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will nichts zum Inhalt. - Ich habe noch eine allgemeine Frage. Kann es sein, dass diese NKÜ-Freischaltung die Freischaltung jener Strecken ist, die der BND gerne haben wollte?

Zeuge Harald Helfrich: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist es nicht?

Zeuge Harald Helfrich: Nein, das ist es nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Eine große Aktion ist also nicht, dass alle möglichen Leitungen jetzt weitergeleitet worden sind an den BND?

Zeuge Harald Helfrich: Beantworte ich im nichtöffentlichen Teil, weil das Fern- -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit für die Fraktion Die Linke ist deutlich um, ich habe nur diesen Fragenkomplex noch laufen lassen.

Dann kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wir haben keine Fragen mehr im öffentlichen Teil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Keine weiteren Fragen. - Die SPD hatte auch keine weiteren Fragen im öffentlichen Teil. - Frau Kollegin Renner, dann sind Sie schon wieder dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten ja, Sie haben die G-10-Anordnung in Papierform erhal-

ten und abgelegt. Waren darunter auch G-10-Anordnungen unser heutiges Thema betreffend, die sich auf Transitstrecken bezogen?

Zeuge Harald Helfrich: Kann ich Ihnen im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Da würde ich jetzt gerne widersprechen; denn eine G-10-Anordnung ist nicht Vertragsbestandteil des BND mit der Telekom, sondern ist eine Beschlusslage der G-10-Kommission, also originär hier des Hauses. Zu der Frage, ob Ihnen G-10-Anordnungen zu Transitverkehren vorliegen, können Sie sich nicht auf das Vertragsgeheimnis zwischen dem BND und der Telekom beziehen. Da ist ein weiterer Partner im Spiel, und der heißt Parlament.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Wortmeldung von Herrn Wolff von der Bundesregierung. Ich weiß nicht genau, was er sagen möchte, aber hören würde ich es gerne, wir halten auch die Zeit an. - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich möchte darauf hinweisen, dass das tatsächlich auch Geheim eingestuft ist; die Anordnungen sind Geheim eingestuft. Darauf will ich verweisen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will ja auch nicht zu einer speziellen - - Wir reden jetzt über eine Operation, und ich frage, ob es zu dieser - - Er hat ja vorhin ausgeführt, dass er G-10-Anordnungen bekommen hat als Grundlage seines Handelns. Jetzt frage ich - wir reden hier über die Operation „Transit“ bei Ihnen, bei uns „Eikonol“, bei anderen „Granat“; ich weiß nicht, was es noch gibt -, ob es zu dieser Operation eine G-10-Anordnung oder mehrere bezüglich Transitstrecken gab. Ich will nicht den Inhalt, nur ob ja oder nein.

RAn Dr. Gina Greeve: Das kann man doch gar nicht auseinanderhalten, diese Frage. Das ist auch ein Entweder-oder. Von daher in nicht-öffentlicher Sitzung Auskunft darüber.

Martina Renner (DIE LINKE): Da widerspreche ich noch mal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte auch, Frau Kollegin Renner, mit Ja oder Nein zugestimmt. Das kann man mit Ja oder Nein beantworten. Jetzt hat der Zeugenbeistand aber gesagt: entweder-oder. Da frage ich mich: Was steckt dahinter?

Martina Renner (DIE LINKE): Entweder gab es zu dieser Operation G-10-Anordnungen, ja oder nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mich, was das Entweder bedeuten soll. Gab es da eine eingeschränkte, oder - -

Martina Renner (DIE LINKE): Eine G-10-Anordnung ist kein Vertrag zwischen dem BND und der Telekom, ganz und gar nicht.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sollte es eine Differenzierung geben, um es mal so zu formulieren, dann würde ich es verstehen, wenn Sie darauf anspielen und so Ihr Entweder-oder meinen. Ich weiß, worum es geht

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage war jetzt klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage ist klar. Aber ich weiß auch, warum er so antwortet.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist unerheblich. Entschuldigung, Herr Vorsitzender.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Die Basis der Zusammenarbeit bitte im nichtöffentlichen Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn die Basis ein Parlamentsbeschluss - - Nein, das geht so nicht. Sie beziehen sich hier auf das Vertragsrecht der Telekom, um Aussagen zu verweigern. Ich frage Sie nicht nach dem Vertragsrecht der Telekom - -

Zeuge Harald Helfrich: Ich verweigere nicht die Aussage.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meine: verweigern in öffentlicher Sitzung, Entschuldigung, klar. - Ich frage Sie aber nicht nach einem Vertrag zwischen dem BND und der Telekom, sondern ich frage Sie nach einer G-10-Anordnung.

Zeuge Harald Helfrich: Ja, welche? - Basis der Zusammenarbeit und des Vertrages bitte in nicht-öffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Das müssen wir jetzt ausfechten, es tut mir leid. Die Basis des Vertrages ist doch nicht die G-10-Anordnung. Das kann nicht sein.

RAn Dr. Gina Greeve: Können Sie noch einmal ganz konkret Ihre Frage wiederholen? Nur zum besseren Verständnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Gab es für die hier in Rede stehende Operation, die Sie offenkundig unter dem Namen „Transit“ kennen, für das Erfassen von den Transitverkehren Ausland-Ausland, über die wir ganz am Anfang heute gesprochen haben, eine oder mehrere G-10-Anordnungen, ja oder nein?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff, ist das eine Wortmeldung? - Bitte.

RD Philipp Wolff (BK): Meine Wortmeldung von vorhin bezog sich auf den Inhalt von G-10-Anordnungen. Sobald es um die Existenz einer G-10-Anordnung geht, habe ich meinerseits keine Bedenken, wenn der Zeuge etwas dazu sagt. Nur damit das klargestellt ist und hier nicht auf indirekter Kommunikationsebene läuft.

Zeuge Harald Helfrich: Also, in Bezug auf „Transit“ gab es keine G-10-Anordnung.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat sich für mich gelohnt. Es gab keine G-10-Anordnung. -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gibt es denn generell G-10-Anordnungen für Transitverkehre?

Zeuge Harald Helfrich: Das bitte im nichtöffentlichen Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es generell bei der Telekom für das Erfassen von Transitverkehren G-10-Anordnungen? Oder andersherum: Wird bei der Telekom auf Grundlage von G-10-Anordnung Transitverkehr erfasst? Ganz allgemein. Ich frage nicht nach dem Jahr, nach der Anzahl, nicht nach den Ländern, sondern ganz allgemein.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Es gibt G-10-Anordnungen, aber die Inhalte bitte in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist kein Inhalt. Der Inhalt wäre, wenn Sie mir jetzt sagen: Es gibt eine G-10-Anordnung; die betrifft den Transitverkehr von - weiß ich nicht - Afghanistan nach Paris. - Ich frage nur ganz allgemein: Gibt es G-10-Anordnungen, die einen Zugriff der Telekom auf Transitstrecken begründen?

Zeuge Harald Helfrich: Alles zu G-10 und laufenden Maßnahmen bitte in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich will nicht zu laufenden - - Das können wir ausklammern. Wir fragen nur für den Zeitraum der Operation. War es zu dem Zeitpunkt schon üblich, G-10-Anordnungen auch für das Erfassen von Transitverkehren der Telekom zu haben?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bevor Sie antworten, darf ich noch mal einen Punkt ansprechen, nur damit keine Missverständnisse auftauchen. Ich hatte ein wenig den Eindruck, wir unterscheiden jetzt nicht oder nur vereinzelt zwischen leitungsvermittelt und paketvermittelt.

Nicht, dass da Dissens entsteht, nicht bei Ihnen, beim Zeugen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich unterscheide: Es gibt ja G-10-Anordnungen zu konkreten Telefonnummern und Personen usw., und es gibt G-10-Anordnungen zu Transitverkehren. Da unterscheide ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meinte auch den Zeugen. Nicht dass er nur den leitungsvermittelten Bereich meint und nicht unterscheidet in Richtung paketvermittelt, wo die Unterscheidung ja etwas komplexer wird. Deswegen wollte ich das noch einmal klarstellen, -

Martina Renner (DIE LINKE): So viel Komplexität wollte ich gar nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass bei der Antwort klar noch mal nachgedacht wird. Sonst könnten wir in einen Bereich kommen, wo hinterher ein Dissens zwischen Realität und Aussage entsteht. Ich wollte nur darauf hinweisen, damit der Zeuge das bei seiner Antwort auch berücksichtigt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat schon gesagt, dass er da keinen Unterschied macht!)

Zeuge Harald Helfrich: Um vielleicht eine Erklärung zu bringen: Transit in dieser Form gibt es ja nicht mehr, in dem reinen Fall, wie wir es damals hatten.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich will nicht wissen, was es heute nicht mehr gibt - Schwamm drüber! -, sondern ich will wissen, ob Sie zu dieser Operation, für das, was Sie zu beantworten haben, eine G-10-Anordnung hatten.

Zeuge Harald Helfrich: Das hatte ich doch schon gesagt: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. - Und Sie kennen den Vertrag der Telekom nicht; das haben Sie mir vorhin auch verneint.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Harald Helfrich: Nicht mehr im Detail.

Martina Renner (DIE LINKE): Auf welcher Grundlage haben Sie das dann gemacht?

RA n Dr. Gina Greeve: Dazu in nichtöffentlicher Sitzung. Eindeutig!

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Nein!)

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Wir sind ja jetzt jenseits des Vertragsrechts und jenseits der G-10-Anordnung. Wir wollen wissen: Wenn es nicht auf Grundlage des Vertrags ist, den Sie nicht kennen, und nicht - - Normalerweise handeln Sie auf Grundlage der G-10-Anordnung; die heften Sie sich irgendwo ab, damit Sie auch eine Sicherheit haben, sozusagen einen Beleg für sich haben für das, was Sie tun. In dem Falle sagen Sie, Sie haben keine G-10-Anordnung und Sie kennen den Vertrag nicht. Dann kommt ein besonderer Kunde und hat besondere Wünsche. Auf welcher Grundlage wurden diese Wünsche erfüllt? Das würde ich gerne wissen.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Alles, was die vertraglichen Grundlagen betrifft, bitte in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben vorhin gesagt, Sie kennen den Vertrag gar nicht.

Zeuge Harald Helfrich: Ich habe gesagt, ich kann mich nicht mehr an den Vertrag erinnern.

RA n Dr. Gina Greeve: Und das eine schließt das andere nicht aus.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Aber dann möchte ich wissen, auf welcher Grundlage dann für Sie eine verbindliche Anordnung für diese Maßnahmen kam, wenn es nicht im Rahmen einer G-10-Anordnung kam?

RA n Dr. Gina Greeve: In nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich will jetzt wissen: Gibt es sozusagen ein Schreiben eines Vorgesetzten?

RA n Dr. Gina Greeve: Auch das nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es eine Weisung? In welcher Form haben Sie den Auftrag für diese Operation entgegengenommen?

RA n Dr. Gina Greeve: Intern, meinen Sie?

Martina Renner (DIE LINKE): Intern.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

RA n Dr. Gina Greeve: Ich bitte darum: Details der Zusammenarbeit - das betrifft auch das interne Verhältnis - dann in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt werde ich noch mal versuchen, das zu erklären. Es geht hier um massive Eingriffe in Grund- und Bürgerrechte, Telekommunikationsgeheimnisse und Ähnliches. Ich möchte wissen, auf welcher Grundlage, auf welcher verbindlichen, nachvollziehbaren und rechtlich überprüfbaren Grundlage bei der Telekom in diese Rechte eingegriffen wird. Da gibt es die Möglichkeit, dass man eine G-10-Anordnung hat; die heftet man sich ab. Jetzt ist hier aber ein Eingriff in millionenfache Daten organisiert worden über einen langen Zeitraum. Ich möchte wissen, auf welcher Grundlage der Zeuge diese Maßnahme in Auftrag gegeben hat; denn er hat ja dann Techniker geschickt, die ein T-Stück eingesetzt haben und Daten abgeleitet haben. Ich möchte wissen, ob er vom BND eine E-Mail bekommen hat - ob das ausreicht -, ob er eine Order aus dem eigenen Haus bekommen hat oder wie das organisiert ist. Es geht nicht um einen einfachen Vorgang nach dem Motto: „Besorg mir drei Brötchen!“, sondern um einen Vorgang, der mit Grundrechtseingriffen verbunden ist. Dazu muss es doch irgendeine Grundlage für das Administrieren im Haus geben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Okay. - Also, es gab ja eine vertragliche Vereinbarung, und aufgrund dessen ist sozusagen mir der Auftrag erteilt worden, dementsprechend zu verfahren und das einzuleiten. Aber ob das jetzt schriftlich war oder per E-Mail, daran kann ich mich definitiv nicht mehr erinnern. Wie das gelaufen ist, ob das nun direkt an mich gegangen ist oder noch oben drüber - - Aber wahrscheinlich hat das der Jurist geprüft und auch dann den Auftrag erteilt bei uns, der auch die Vereinbarung unterschrieben hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Von wem haben Sie die Aufträge im Zusammenhang mit der Operation, dem Projekt „Transit“ - ich weiß nicht, wie Sie das bei der Telekom nennen - bekommen? Vom BND oder von der Telekom? Machen wir es mal ganz einfach.

Zeuge Harald Helfrich: Den Auftrag habe ich dann Telekom-intern erhalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Von wem?

Zeuge Harald Helfrich: Ich kann mich momentan definitiv nicht daran erinnern, wer das war.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben von der Telekom den Auftrag hausintern bekommen: „Erfasse, leite diese und jene Strecken für den BND ab“? Sie haben diesen Auftrag hausintern bekommen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Diese Frage würde ich gern in einer nichtöffentlichen Sitzung beantworten. Ich habe den generellen Auftrag erhalten, das durchzuführen. Alles Weitere bitte in der nichtöffentlichen Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit ist jetzt auch um. - Ich sehe, dass andere Fraktionen auch Fragen haben. Zuerst ist die Union dran - sie hat jetzt wieder Fragen -, dann Bündnis 90/

Die Grünen und dann gegebenenfalls die SPD. - Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte nur über einen Punkt sprechen, der gerade von der Frau Kollegin Renner angesprochen wurde. Wir behandeln ja hier nicht die Frage millionenfacher Grundrechtsverletzungen, sondern meines Wissens handelt es sich bei dem Themenkomplex Telekom um die sogenannten Routineverkehre Ausland-Ausland. Hierbei kann es sich gar nicht um millionenfache Grundrechtsverletzungen deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger handeln. Das möchte ich hier zu Protokoll geben.

Ich möchte aber auch dem Zeugen Gelegenheit geben, falls das in seinen Aufgabenbereich fiel, hierzu Stellung zu nehmen. Sind Sie in der Lage, zu diesem Themenkomplex Stellung zu nehmen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Zu dem Thema kann ich weiterhin sagen: „Transit“ war immer Verkehr aus dem Ausland durch Deutschland ins Ausland, ohne dass er nationalen oder deutschen Verkehr beinhaltet.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich bin Ihnen für diese Klarstellung dankbar und halte hier auch zumindest aus unserer Sicht fest, dass es hier nicht um die Frage millionenfacher Grundrechtsverletzung deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geht. - Vielen Dank.

Martina Renner (DIE LINKE): Entschuldigung. - Herr Kiesewetter, ich habe von Grundrechtseingriffen gesprochen, nicht von Grundrechtsverletzungen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Und auch keine Grundrechtseingriffe; das ergänze ich gleich. Danke für die Präzisierung. Hier geht es aus unserer Sicht auch nicht um millionenfache Grundrechtseingriffe deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Danke, Frau Kollegin Renner.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wenn die Union keine weiteren Fragen mehr hat, kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz, glaube ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Da es hier ja offensichtlich so üblich ist, werde ich das auch noch mal zu Protokoll geben. Herr Kollege Kiesewetter, ich sehe das explizit anders. Wer die Akten liest, kann es nicht anders sehen, als dass es hier, gerade weil es eben rechtlich ausgesprochen schwierig ist und diese Umstellung von Strecken und leitungsvermittelten Verkehren auf paketvermittelte - - Darum geht ja der ganze Vorgang - Tausende von Seiten, vollgeschrieben -, um dieses rechtliche Problem. Deswegen ist das wirklich ein Ritual. Hier zu sagen, es geht nicht um millionenfache Grundrechtsverletzungen, ist hochgradig albern. Aber sei es drum. Das will ich nur so zu Protokoll geben.

Ich habe aber tatsächlich auch noch eine Frage an den Zeugen. Herr Zeuge, Sie haben gesagt, Sie hatten den generellen Auftrag dazu - das waren Ihre Worte -, den generellen Auftrag, diese Sachen umzusetzen.

Zeuge Harald Helfrich: Intern, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Intern. - Also, es gab bezüglich der Dinge, die vom BND kamen, keine individuellen Aufträge. Sie haben ja vorhin davon gesprochen, dass Ihre Aufgabe war, bestimmte formale Kriterien zu prüfen. Ich stelle mir das so vor: Man hat eine Checkliste; da ist eine Unterschrift drauf: Passt das? Oder was weiß ich. Bei den Transitgeschichten: Gab es da für Sie intern eine generelle Anweisung, diese Dinge möglich zu machen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ich kann mich nicht mehr an generelle interne Anweisungen erinnern, wie es gemacht oder aufgrund derer es angestoßen wurde. Tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja gesagt, Sie haben keinen direkten Kontakt mit dem BND gehabt.

Zeuge Harald Helfrich: So in dem Sinne jetzt auch nicht. Direkten Kontakt - - Es kam vom BND jetzt nicht der Auftrag: „So, jetzt macht das!“, sondern erst auf der Basis des Vertrages.

(RAn Dr. Gina Greeve: Zu dem Vertrag nicht-öffentlich!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie im Zusammenhang mit den Dingen, die vom BND kamen, etwas geprüft? Oder hatten Sie intern, wie Sie es eben gesagt haben, den generellen Auftrag, diese Dinge möglich zu machen, den generellen Auftrag?

Zeuge Harald Helfrich: Generellen Auftrag, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den hatten Sie? Die benennen bestimmte Sachen, und Sie sollten das umsetzen? Und da mussten Sie nicht mehr extra immer etwas für checken?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Wenn ich eine Anmerkung machen darf, auch an Ihren Rechtsbeistand und auch für das Haus, für das Sie hier sind: Es entsteht ja, wenn Sie sich dazu in öffentlicher Sitzung nicht äußern, der Eindruck, dass das einfach so gelaufen ist. Das ist Ihnen schon klar.

(RAn Dr. Gina Greeve: Nein, es geht lediglich um die Frage der Zusammenarbeit und darum, was ist der öffentlich Teil und was der nichtöffentliche Teil!)

- Ja, ja. Ich will nur sagen: Sie scheinen ja sehr besorgt zu sein um sozusagen das Ansehen der Deutschen Telekom in den Dingen, die Sie hier zum Ausdruck - - Anders kann ich mir die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gar nicht erklären.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RAn Dr. Gina Greeve: Das stimmt nicht!)

Wenn das so ist, kann ich nur sagen: Hier entsteht der Eindruck, dass die Dinge einfach so gelaufen sind. Deswegen sind wir ja so besorgt, dass in einem so grundrechtsrelevanten Bereich generelle Aufträge bestanden haben, einfach Strecken auszuleiten.

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): Hat der Zeuge
doch gar nicht gesagt!)

- Er hat gesagt, es hat einen generellen internen Auftrag gegeben, die Dinge möglich zu machen. Herr Schipanski, vielleicht stellen Sie einfach mal ein paar Fragen und versuchen, hier mit aufzuklären, statt mir Fragen zu stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie wir auch immer unsere Redezeit verbrauchen, Herr Kollege von Notz: Die Uhr läuft weiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das mag sein. Sie halten ja Ihren Kollegen nicht davon ab, hier reinzurufen. - Also, ich hätte gern meine Frage beantwortet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich halte Sie auch nicht davon ab, zu fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie kommentieren mich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das können wir auch noch fünf Minuten weitermachen, dann wäre die Redezeit um.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann das sehr lange machen. Insofern ist das egal.

Zeuge Harald Helfrich: Ich habe intern den Auftrag erhalten, aber alles Weitere bitte in nicht-öffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen internen generellen Auftrag, die Dinge, die hereinkommen, umzusetzen?

Zeuge Harald Helfrich: Das weiß ich nicht, ob das - - Die einkommenden Dinge, was verstehen Sie unter einkommenden Dingen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Strecken, die Leitungen, die man ausgeleitet haben wollte, die generell möglich zu machen.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Ja. Wenn Sie das durch den Vertrag abgedeckt war, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem Vertrag, von dem Sie nicht mehr wissen, ob Sie ihn kennen?

Zeuge Harald Helfrich: Ich weiß - - Ich kenne den Vertrag, aber inhaltlich -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Inhaltlich?

Zeuge Harald Helfrich: - nicht mehr komplett in Erinnerung, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Wer erinnert sich noch komplett inhaltlich an Verträge? Aber Sie wissen doch, worum es da ging.

Zeuge Harald Helfrich: Aber bitte dann in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihre Antwort so verstehen, dass im Rahmen dieser vertraglichen Vereinbarung „Transit“ sozusagen mehrere Aufträge, die von diesem Vertrag gedeckt waren, immer wieder bei Ihnen eingegangen sind.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Harald Helfrich: Das ja, aber dann weitere Details nichtöffentlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie oft hat man denn kommuniziert über bestimmte - - Wie oft war denn das ein Thema in Ihren alltäglichen Abläufen? Sie müssen Gerichtsbeschlüsse umsetzen und so, und es gab dieses Projekt „Transit“, da haben Sie sozusagen eine generelle Anweisung, wie man damit umgehen muss. Wie oft war das dann in den Jahren 2003 bis 2008 Thema bei Ihnen? Dreimal oder 50-mal oder 150-mal?

Zeuge Harald Helfrich: Was 150-mal oder 30-mal?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie oft gab es sozusagen Kommunikation über die Interpretation, die Umsetzung dieses Projekts „Transit“?

Zeuge Harald Helfrich: Was soll ich dazu sagen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit denen regelmäßig telefoniert, E-Mails geschrieben?

Zeuge Harald Helfrich: Details bitte nichtöffentlich über das weitere Verfahren dann, das Prozedere.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Frage: Hat die Fraktion der SPD noch Fragen im öffentlichen Teil? - Nein. - Dann kommen wir zur Fraktion der Linken. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ein Punkt noch. Ich traue mich nach Ihrem bisherigen Auftritt gar nicht, das zu fragen, ich mache es aber doch. Der Zeuge Breitfelder hat hier in öffentlicher Sitzung gesagt, ein Mitarbeiter der Telekom im gehobenen Dienst habe zunächst verhindert, dass „Eikonal“ zustande kam. Waren Sie das?

Zeuge Harald Helfrich: Wenn es um rechtliche Fragen geht, weiß ich es nicht. Nein, es ist mir nicht bekannt, dass ich was verhindert habe.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie eine Ahnung, wer das gewesen sein könnte, der zunächst den Start der Operation „Eikonal“ verhindert hat nach Aussage des Herrn Breitfelder?

Zeuge Harald Helfrich: Nein. Ich kann dazu nichts sagen. Tut mir leid, das weiß ich nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fraktion der CDU/CSU, gibt es hier noch Fragen im öffentlichen Teil?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Von uns zurzeit keine, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist nicht der Fall. - Dann schaue ich mal: Es gibt keine weiteren Fragen in diesem öffentlichen Teil.

Dann müssen wir einen Beschluss fassen, weil ja doch ein erheblicher Teil der Antworten im nichtöffentlichen Teil erfolgen soll. Ich mache dazu einen Beschlussvorschlag. Der Beschluss lautet - mein Vorschlag -: Für die weitere Vernehmung des Zeugen Helfrich am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohl des Bundes entgegenstehen oder - wie hier oft genannt worden ist - Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse zur Sprache kommen, durch deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzt würden.

Wer dem so zustimmen kann, dass wir mit diesem Beschluss den Zeugen Helfrich gleich nach dem nächsten Zeugen im öffentlichen Teil im nichtöffentlichen Teil vernehmen, wer für diesen Beschluss ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gibt es Gegenstimmen? - Nein. - Gibt es Enthaltungen? - Nein. - Es ist einstimmig beschlossen.

Bevor die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen Helfrich erfolgt, wird zunächst aber, so wie es auch anfangs beschlossen worden ist, der Zeuge Alster in öffentlicher Sitzung vernommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Im Anschluss daran stehen uns der Zeuge Helfrich und gegebenenfalls der Zeuge Alster, wenn wir es denn so beschließen, in nichtöffentlicher Sitzung zur Verfügung.

Ich darf Ihnen, Herr Zeuge, an dieser Stelle schon einmal herzlich für den öffentlichen Teil dieser Sitzung danken. Ich bitte Sie, sich bereitzuhalten, weil wir nach der Vernehmung des nächsten Zeugen im öffentlichen Teil in die nichtöffentliche Sitzung kommen. Wir sind schon sehr gespannt auf Ihre Aussagen zu Verträgen und zu anderen Dingen, die Sie hier im öffentlichen Teil schon benannt haben. Das werden wir dann in dem Sitzungssaal für den nichtöffentlichen Sitzungsteil fortführen. - Ich darf Sie damit entlassen. Sie dürfen den Saal verlassen, ich bitte Sie aber, sich bereitzuhalten.

Der nächste Zeuge steht vor der Tür. Ich würde bitten, ihn hereinzurufen. Das können wir ohne Pause direkt machen.

RAn Dr. Gina Greeve: Dürfte ich um eine kurze Pause bitten?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie darum bitten, machen wir das natürlich auch so. Fünf Minuten Pause, dann aber für alle. Es geht um 14.50 Uhr weiter. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
14.44 bis 14.59 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung erneut. Der eine oder andere wird noch fehlen, aber es sind zumindest alle Fraktionen - wenn ich das so sehe - in ausreichender Zahl vertreten.

Vernehmung des Zeugen Wolfgang Alster

Ich darf zunächst als Zeugen Herrn Alster begrüßen. Ich freue mich, dass Sie da sind. Ich stelle fest, dass Sie als Zeuge ordnungsgemäß geladen sind.

Herr Alster, Sie haben die Ladung am 2. Januar 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, wenn Sie da Bedarf sehen. - Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich stelle fest, dass Sie von einer Rechtsanwältin begleitet werden. Sie sind uns schon bekannt, Frau Dr. Greeve; eine erneute Vorstellung kann daher entfallen. So ein Gedächtnis haben wir schon noch, dass wir uns in diesem kurzen Intervall noch an Sie erinnern können. Schön, dass Sie auch für diesen Zeugen als Beistand hier zur Verfügung stehen.

Herr Alster, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig

und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuchs mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft insbesondere Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie dies möchten. Danach werde ich Sie zunächst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies ge-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

schieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Wolfgang Alster: Mein Name ist Wolfgang Alster, ich wohne in [REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Hatten Sie den Beruf gesagt?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein. Von Beruf bin ich Technischer Fernmeldeoberamtsrat, seit einem Monat im Ruhestand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. Das Letzte war mir nämlich durchgegangen; das wäre uns auch wichtig; der Beruf.

Zunächst möchte ich Ihnen jetzt Gelegenheit geben, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand vorzutragen. Also, Sie hätten jetzt die Gelegenheit, aus Ihrer Sicht zum Thema des Untersuchungsgegenstandes ohne Unterbrechung durch Fragen vorzutragen. Wünschen Sie dies? Dann gebe ich Ihnen jetzt das Wort.

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, Sie wünschen dies nicht. Herzlichen Dank. Dann würde ich mit einigen Fragen an Sie beginnen, sodass wir uns gemeinsam ein wenig an den Untersuchungsgegenstand herantasten können.

Mich würde zuerst interessieren, welche Ausbildung Sie haben. Sie haben ja gesagt, Sie sind Techniker im Ruhestand. Aber etwas genauer würde es mich schon interessieren - damit ich und auch die Kollegen beurteilen können, wie

vertieft wir Ihnen Fragen stellen können -: Welchen Hintergrund haben Sie? Sind Sie Techniker? Sind Sie Jurist? - Sind Sie natürlich nicht. - Welche Kompetenz bringen Sie mit?

Zeuge Wolfgang Alster: Ich habe 1966 eine Lehre begonnen als Fernmeldemonteur bei der - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte mal ganz kurz. Könnten Sie vielleicht näher an das Mikro ran? Fernmelde - -

Zeuge Wolfgang Alster: Fernmeldemonteur.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: -monteur.

Zeuge Wolfgang Alster: Ich bin 70 zur Deutschen Bundespost gewechselt, habe in der Deutschen Bundespost in den Anfangsjahren, in den Anwärterjahren für die Beamtenlaufbahn meinen Nachrichtentechniker abgelegt an der Abendschule, bin dann über die Laufbahnregelung normal, wie sie überall gelten, in den gehobenen Dienst gekommen und bin seit 1979/1980 zur Oberpostdirektion versetzt worden. Seitdem bin ich im Bereich „Zivile Verteidigung“ und „G 10“ tätig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, G 10 sagt Ihnen was?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Schön. - Wann sind Sie denn von der Post dann zur Telekom gekommen?

Zeuge Wolfgang Alster: Das war die Poststrukturreform. Da bin ich nicht hingekommen, da bin ich - - überliefert worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 1983 wahrscheinlich.

Zeuge Wolfgang Alster: 1994 war die Postreform II; bis dahin war es ja die Deutsche Bundespost.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie waren bis 1994 bei der Post?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ja, irgendwann spaltete sich das ja peu à peu auf, und dann sind Sie 1994 zur Telekom, aber quasi mit dem gleichen Aufgabenbereich betraut, nur durch die Aufspaltung der Post in die verschiedenen Bereiche dann eben bei der Telekom und nicht mehr Post.

Zeuge Wolfgang Alster: Privatisierung der Post, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - An welchem Standort waren Sie denn beschäftigt?

Zeuge Wolfgang Alster: In Frankfurt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Immer eigentlich?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie müssen also nicht an verschiedene Standorte wechseln? Sie haben wann noch mal angefangen? Wann haben Sie gesagt?

Zeuge Wolfgang Alster: Bei der Post 1970.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 1970 angefangen und dann quasi kontinuierlich am Standort Frankfurt, 1994 zur Telekom gewechselt - also, nicht gewechselt -, dann mit der Sparte Telekom gewesen, aber kontinuierlich am Standort Frankfurt?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr schön. - Wie sah es mit den Aufgabenbereichen aus? Und da interessiert mich jetzt insbesondere unser Untersuchungszeitraum. Mit welchen Aufgaben waren Sie da genau betraut?

Zeuge Wolfgang Alster: Wenn ich das richtig sehe, ist das 1994, oder wann meinen Sie? Von wann bis wann?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können gerne 94 anfangen, aber eigentlich interessiert uns ein späterer Zeitraum. Wenn das natürlich

jetzt untersuchungsrelevant ist, dann fangen Sie ruhig kursorisch mit 94 an.

Zeuge Wolfgang Alster: Mit der Privatisierung ist die Stelle gebildet worden, der ich dann vorgestanden habe, also als Dienststellenleiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie waren Dienststellenleiter für welche Dienststelle? Wie heißt der Aufgabenbereich?

Zeuge Wolfgang Alster: Regionalstelle für staatliche Sonderauflagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Da waren Sie der Dienststellenleiter?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren Sie dann damit der Vorgesetzte vom Zeugen, den wir eben gehört haben?

Zeuge Wolfgang Alster: Ich weiß nicht, wen Sie eben gehört haben.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, sehr interessant. Das macht das dann klar. - Wann haben Sie die Leitung der Dienststelle übernommen, in welchem Jahr?

Zeuge Wolfgang Alster: 1994, mit der Privatisierung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 94. Also, da kam das, dass Sie dann die Dienststelle übernommen haben. Vorher waren Sie dann mehr im operativen Geschäft oder - -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, ich war Mitglied der Oberpostdirektion Frankfurt, des Sicherheitsreferates. Das war damals ganz anders organisiert alles.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, Sie waren jetzt nicht der, der - sagen wir mal - technisches Equipment eingebaut hat -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - mit einem Elektroschraubenzieher, sondern -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, noch nie.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - Sie waren im Büro.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und das immer in Frankfurt?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Beschreiben Sie doch noch mal diesen Tätigkeitsbereich Ihrer Dienststelle, der Sie vorgestanden haben. Was war Ihr Aufgabenbereich?

Zeuge Wolfgang Alster: Wir haben die Schnittstelle dargestellt für Sicherheitsbehörden in diesem Bereich Hessen für operative Ansinnen der Polizei, also alles, was über rechtsgesetzliche Regelungen kommt, wo Telekommunikationsfirmen verpflichtet waren, irgendwelche Handlungen durchzuführen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das ist ja eine von dreien in Deutschland gewesen, und Sie haben den Bereich insbesondere Hessen abgedeckt?

Zeuge Wolfgang Alster: Damals gab es viel mehr, aber es sind drei ... (akustisch unverständlich) ...

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Da haben Sie auf der einen Seite mit den - ich nenne die mal - Anfragern kommuniziert: Polizei, Staatsanwaltschaften, Bundesnachrichtendienst, und auf der anderen Seite hausintern mit denjenigen, die es dann technisch wahrscheinlich umgesetzt haben?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Haben Sie auch noch mit Dritten kommuniziert?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Wolfgang Alster: Da weiß ich jetzt nicht, was Sie da - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar. Die Frage geht so ein bisschen in die Richtung: Es kann ja sein, dass auch Drittunternehmen bestimmte Komponenten betreiben, zum Beispiel, wenn man über einen Knotenpunkt redet.

Zeuge Wolfgang Alster: Wir hatten 94 praktisch noch das Monopol, also ab 94 nicht, aber zu der Zeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, ich rede natürlich auch von späteren Zeiträumen in den 2000er-Jahren. Wann sind Sie noch mal pensioniert worden?

Zeuge Wolfgang Alster: Vor einem Monat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, aber bis dahin haben Sie die Aufgabe wahrgenommen?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und in den letzten Jahren war es ja dann doch etwas fortschrittlicher? Hat es denn da zum Beispiel an bestimmten Internetknotenpunkten, die auch in Frankfurt sind - ich rede zum Beispiel von dem Internetknotenpunkt DE-CIX -, Zusammenarbeiten gegeben, die in Ihren Aufgabenbereich fallen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, mit dem haben wir nichts zu tun gehabt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie wissen, dass es solche Internet- -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist ja nicht unsere Firma.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung?

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist ja eine andere Firma. Das ist ja so eine genossenschaftliche Bank. Also, mit denen haben wir gar nichts - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Ich habe da eine andere Kenntnis: nicht eine genossenschaftliche Bank, aber - -

Zeuge Wolfgang Alster: Na ja, nicht Bank, aber als Genossenschaft betreiben die Internetnetze für - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, auf jeden Fall ist es eine andere Firma; das ist schon mal richtig und auch wichtig aus meiner Sicht. Die spielte aber für Ihren Aufgabenbereich keine Rolle?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben nur im Telekom-Netz gearbeitet?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn Sie quasi eine Anfrage reingekriegt haben, dann haben Sie es im Haus weitergegeben: „Die und die Strecke ist gewünscht, bitte setzt das um“, und dann sind die Techniker Ihres Hauses rausgegangen, haben auch nur an Ihren Leitungen und Ihren Einrichtungen gearbeitet? Da wurde nicht - sagen wir mal - noch eine Dritteinrichtung einbezogen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein. Wir haben nur bei der Telekom gearbeitet, im Rahmen der Telekom, woanders nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, ich würde es nicht für ausgeschlossen halten, dass die Telekom auch mit Drittunternehmen zusammenarbeitet und dass sie zum Beispiel auch mit einer Firma, die Internetknotenpunkte betreibt,

zusammenarbeitet und dass da auch sogar vertragliche Beziehungen bestehen. Also, das würde mich jetzt nicht total aus den Socken werfen. Für mich ist relevant, dass Sie auf jeden Fall da nicht mit zusammengearbeitet haben.

Zeuge Wolfgang Alster: Unsere Tätigkeit war davon nicht berührt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das ist ja eine gute Information, dass wir in der Richtung nicht weiterdenken müssen, dass Sie im Telekom-Bereich gearbeitet haben, also dass das alles quasi Telekom-Eigentum war.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Wenn Sie so einen Auftrag - nenne ich das jetzt mal - bekommen haben, dann ist ja irgendeine Behörde aufgrund einer rechtlichen Grundlage an Sie herangetreten, zum Beispiel eine Polizeibehörde, der Bundesnachrichtendienst. Wer noch? Das sind jetzt die, die mir einfielen.

Zeuge Wolfgang Alster: Alle die, die berechtigt sind, von den Zollfahndungsämtern, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zoll auch?

Zeuge Wolfgang Alster: - alle berechtigten Sicherheitsbehörden, die -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verfassungsschutz?

Zeuge Wolfgang Alster: - einen Beschluss haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ausländische Behörden direkt zu Ihnen, oder - -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, nicht direkt zu Ihnen. - So, die sind dann an Sie herangetreten: An Sie in persona als Dienststellenleiter oder quasi an - -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, als Dienststelle; an die Dienststelle von uns.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An die Dienststelle?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, der Nachfrager tritt direkt an die Dienststelle heran?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Also nicht quasi „Unternehmen, vertreten durch“, sondern an die Dienststelle. - Wie sieht so was aus? Da kommt eine E-Mail. Wird dann gesagt: „Wir haben das Ansinnen, heute mal wieder das und das ...?“? Oder wird dann ein Anhang mitgeschickt? Wie läuft so eine Kommunikation ab?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, so lax mit „heute mal wieder das oder das“ geht das nicht. Da gibt es gewisse Formalien - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das freut mich, deswegen frage ich auch nach. Deswegen ist es gut, dass Sie da sind.

Zeuge Wolfgang Alster: Das hört sich ja so an: Macht ihr da mal ein bisschen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte, korrigieren Sie mich; dafür sind Sie ja hier. Also, wie das passiert?

Zeuge Wolfgang Alster: Natürlich kommt eine formale Anfrage und kommen auch formale Anordnungen oder sonst was, und die werden entsprechend bearbeitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die kommen heute wahrscheinlich per E-Mail?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, per E-Mail - - per Fax.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Per Fax?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, oder im E-Mail-Postfach seit neuestem, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, das Letzte habe ich nicht verstanden. Also, per Fax kommen sie und nicht per E-Mail, oder?

Zeuge Wolfgang Alster: Per Fax, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Die kommen per Fax, und dann ist da wahrscheinlich ein Anschreiben dabei, wo ein Kopf drauf ist, wo draufsteht: Es geht um die und die Sache. - Da ist eine Behörde drauf zu erkennen; nicht dass Ihnen irgendeiner, eine Privatperson, ein Fax schickt, und Sie legen los. Sondern da ist die Behörde drauf erkennbar, mit denen Sie ja regelmäßigen Kontakt haben. Und dann ist da wahrscheinlich die Strecke bestimmt, die man von Ihnen gerne haben möchte.

Zeuge Wolfgang Alster: Nur weil Sie das so in dem Zusammenhang mit BND oder Untersuchungsauftrag oder was bringen: Die Strafverfolgungsbehörden haben natürlich nur noch Einzelüberwachungsmöglichkeiten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf die will ich gar nicht eingehen, weil die nicht Untersuchungsgegenstand sind. Die werden dann wahrscheinlich eine Person bezeichnen; vermute ich mal, keine Ahnung. Aber, wie gesagt, das müssen Sie hier nicht sagen, das ist auch gar nicht Untersuchungsgegenstand.

Mich interessiert hier speziell der Bundesnachrichtendienst. Der schreibt ein Anschreiben mit seinem Briefkopf, die konkrete Maßnahme, beschreibt dann wahrscheinlich in dem Anschreiben, was er genau möchte: Strecke und Hintergrund. Und sind dann da Anlagen dabei? Oder wie muss ich mir das vorstellen? Oder ist das, sagen wir mal, so ein Kurztext?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich lieber im nichtöffentlichen Teil detailliert erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das finde ich interessant, das höre ich mir dann gerne im nichtöffentlichen Teil an, allein dass ich mal ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bild kriege: Wie läuft das denn ab? Dann werden Sie wahrscheinlich derjenige sein, der es als Erster in die Hände gekriegt hat, oder?

Zeuge Wolfgang Alster: Wenn es mit der Post käme und es wäre keine Verschlussache, dann würde ich es als Zweiter in die Hände kriegen, weil unsere Mitarbeiterin das aufmacht, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, sagen wir mal, Sie - - Aber als der Zuständige, der dann die Sachentscheidung trifft - - Sie sind ja jetzt vom Hintergrund her kein Jurist. Sie haben wahrscheinlich auch im Rahmen Ihrer Tätigkeit bei Post und Telekom kein Weiterbildungsstudium Jura gemacht oder sonst irgendwas. Haben Sie dann erst mal einen Juristen eingeschaltet, oder haben Sie es alleine geprüft?

Oder hat es da - - Sagen wir mal, wenn es Standarddinge sind, dann hat man das gekannt, weil beim hundertsten Mal ist es auch nicht mehr anders. Der Jurist wird nur nachgefragt, wenn man Zweifel hat? Oder gab es da so ein Standardprozedere: Sie gucken drüber und - -

Zeuge Wolfgang Alster: Im Zweifel - - Das ist so, wie Sie sagen: Die Vorgänge wiederholen sich ja über die Jahrzehnte, und wir prüfen dann nur formal, ob alles drin ist, ob das Dienstsiegel drauf ist, die Unterschrift der Berechtigten - also eine formale Prüfung, keine inhaltliche -, und wenn die in Ordnung ist, dann führen wir das aus. Wenn es die geringsten Zweifel gibt, wird ein Jurist eingeschaltet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welcher Jurist wäre das dann oder war das dann?

Zeuge Wolfgang Alster: Wir hatten - - Seit 2000 ist unser Abteilungsleiter immer Jurist gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat es da öfter mal Fälle gegeben, wo Sie mit ihm - wo Sie mit ihm geredet haben, will ich nicht wissen - - wo Sie in der Sache mit ihm geredet haben, wo Sie gesagt haben: Mensch, da müssen wir mal drübergucken?

Zeuge Wolfgang Alster: Fragen Sie jetzt generell, oder fragen Sie zu BND?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage hier nur zum BND. Das andere interessiert mich zwar privat, aber das muss uns hier nicht interessieren. Ich meine jetzt BND.

Zeuge Wolfgang Alster: Dann nichtöffentlich, bitte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. Das andere müssen Sie ja gar nicht erzählen. - Okay, jetzt komme ich mal in dem Bereich zu einer speziellen Sache. Sagt Ihnen das Wort „Eikonol“ was?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gar nicht? Vielleicht aus den Zeitungen oder so, dass Sie mal - -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie auch gar nicht gelesen? Sie lesen nicht die *Süddeutsche*?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, die gibt es bei uns in Frankfurt nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge Wolfgang Alster: Die gibt es bei uns in der - - im Einwurf nicht.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So ist das mit der *Süddeutschen*. - Die *Süddeutsche* - ich sage Ihnen mal den Hintergrund, warum ich das anspreche - hat am 4. Oktober letzten Jahres berichtet, dass der BND in Kooperation mit der NSA im Rahmen dieser Operation „Eikonol“ Daten vom Internetknotenpunkt in Frankfurt abgreife. Die Deutsche Telekom soll sich vertraglich verpflichtet haben, für dieses Abgreifen der Daten einen Zugang zu ihren Servern zur Verfügung zu stellen. Dafür soll dann die Telekom eine geldliche



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gegenleistung bekommen haben. Diese Operation wurde „Eikonol“ genannt. Vielleicht kennen Sie die ja unter dem Begriff „Transit“. Sagt Ihnen „Transit“ was?

Zeuge Wolfgang Alster: Transitverkehr sagt mir was, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht Transitverkehre, sonst müssten wir jetzt überlegen: „Was sind Transitverkehre?“, und kommen da in eine Diskussion. Aber eine Operation „Transit“, konkret eine Operation, die diesen Namen hat, sagt Ihnen das was?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, den Vertrag kenne ich, aber Inhalte keine, und wenn, dann bitte nichtöffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aus Ihrer Sicht: Wenn es da so einen Vertrag gab, wäre das schon eine ausreichende rechtliche Grundlage für ein Tätigwerden?

Zeuge Wolfgang Alster: Ein Vertrag von uns mit jemand anders kann nie eine rechtliche Grundlage für einen Eingriff in das Fernmeldegeheimnis sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sondern? Was braucht man dann eigentlich immer noch?

Zeuge Wolfgang Alster: Eine Anordnung von einer berechtigten Stelle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, die Anordnung muss dann von einer berechtigten Stelle sein, und die legt dann in der Regel wahrscheinlich auch die gesetzliche Grundlage für diese Anordnung in diesem Schreiben?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das erzählen Sie uns in nichtöffentlicher Sitzung? Das ist ja schon mal schön. Das beruhigt mich etwas.

Ich komme mal zur technischen Seite. Wenn Sie dann diese Anordnung bekommen haben, dann

haben Sie intern Ihre Techniker beauftragt, das umzusetzen, was in der Anordnung stand?

Zeuge Wolfgang Alster: Wenn es rechtlich sauber war, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Wenn Sie das, sagen wir mal, schon geprüft haben - und das ist ein gleicher Vorgang -, dann haben Sie es nicht weiter mit einem Juristen geklärt und dann die Techniker beauftragt? Was ist dann so - deswegen stutzte ich gerade etwas, weil ich technisch nicht versiert bin, aber Sie - der typische Auftrag gewesen? Was machen dann die Techniker? Wir behelfen uns immer so laienhaft mit: Da wird so ein T-Stück eingebaut. Vielleicht können Sie das technisch - -

Zeuge Wolfgang Alster: Das kann ich Ihnen nichtöffentlich erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, es geht mir jetzt gar nicht - - Es geht mir eigentlich nur um den technischen Hintergrund, also losgelöst von Telekom und weiß nicht was. Ich habe mal gehört, dann werden Glasfaserkabel gebogen und Licht abgeleitet - -

Zeuge Wolfgang Alster: Hat das auch in der Zeitung gestanden, ja?

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, deswegen. Klären Sie mich auf. Wie gesagt, Sie können mir jetzt - - Für alles Kluge, was Sie mir erzählen, bin ich dankbar.

Zeuge Wolfgang Alster: Ich bin ja kein Sachverständiger; ich bin ja der Zeuge hier, und ich würde gerne - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, wenn Sie es wissen, dann können Sie ruhig was sagen. Also, wenn Sie jetzt sagen, das ist nicht Ihr operatives Geschäft, dann müssen wir einen Techniker fragen - - Ich stelle mir halt nur so den Hintergrund vor - ich kenne das vom Fernseher - - Wenn man ein Koaxialkabel hat, dann gibt es in



Nur zur dienstlichen Verwendung

einem Großhandel - ich sage jetzt keinen Namen - - da können Sie so ein T-Stück kaufen, da kommt das Antennenkabel rein und zwei gehen raus.

Zeuge Wolfgang Alster: Sie wissen doch alles.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, und so machen Sie das auch, oder wie? So geht das technisch?

Zeuge Wolfgang Alster: So ähnlich könnte ich mir das vorstellen, wenn ich mir das technisch betrachte, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können sich das vorstellen. Aber ist das so, dass Ihr Techniker dann dahin geht mit so einem - - oder mit dem Glasfaserbiegen und so was; das klingt alles so aufregend. Wie - -

Zeuge Wolfgang Alster: So ähnlich. Anders kann ich mir das nicht vorstellen, wenn man an eine Leitung ran will.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie sind ja auch kein Techniker.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, ich bin schon Techniker, aber ich bin nicht im operativen Geschäft tätig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn jetzt diese Daten abgeleitet werden, dann geht ja der normale Datenfluss weiter. Beim Empfänger muss ja irgendwas ankommen, das wird ja nicht abgeschnitten. Das geht ja auch aus der gesetzlichen Grundlage, hier dem § 27 Abs. 2 TKÜV, hervor. Im Gesetz steht nämlich drin: Beim Übergabepunkt im Inland wird eine vollständige Kopie der Telekommunikation bereitgestellt. - Das ist dann an den Empfänger, und die andere Seite geht dann an den - in diesem Fall - BND.

Eine „vollständige Kopie“: Es werden quasi zwei Ströme ausgeleitet, richtig? Zwei Flüsse, zwei Datenflüsse? Oder wird eine Kopie auf einem Datenträger erstellt, und die wird mit einem Taxi zum BND gefahren?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein. Da steht im Gesetz nichts drin davon. Wir sind nur verpflichtet, das zu duplizieren, wenn eine Anordnung vorliegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geht das nur mir so? Ich verstehe Sie etwas - -

Zeuge Wolfgang Alster: Das geht sogar. Wir sind nur verpflichtet, das zu duplizieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das Duplizieren erfolgt aber technisch genau wie?

Zeuge Wolfgang Alster: Weiß ich jetzt - - Würde ich jetzt nicht genau - - Würde ich intern gern sagen, aber man könnte sich das schon wie ein T-Stück vorstellen; wie Sie es gesagt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir geht es nur darum, dass das nicht - - Das wäre für mich ein Unterschied, wenn Sie sagen, Sie haben da eine Riesenfestplatte, -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und speichern erst mal so eine große Kommunikation auf einer Festplatte, und die fahren Sie dann zum BND nach Pullach.

Zeuge Wolfgang Alster: Da ist die Telekom nicht verpflichtet dazu, und das hat sie auch noch nie gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, deswegen sage ich ja: Sie machen das, indem Sie einen Datenstrom ausleiten wahrscheinlich durch ein Glasfaserkabel, das dann mit dem BND verbunden ist.

Zeuge Wolfgang Alster: So ähnlich müsste es sein, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, dachte ich mir auch. - Haben Sie sich mal intern Gedanken darüber gemacht, über die Sicherheit dieses ausgeleiteten Datenstroms? Ist gewährleistet, dass auch nur Sie an dem T-Stück und dann der BND als Empfänger auf diese ausgeleiteten Daten oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

gespiegelten, duplizierten Daten zugreifen können?

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist genauso sicher wie unser normales Netz. Da ist unsere Sicherheitsabteilung für die Sicherheit des Netzes zuständig. Also das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wissen Sie, ob da Server noch dazwischen sind auf diesem Weg, ein Router?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wissen Sie nicht, nein.

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja, kann ja sein. Man weiß ja vorher nicht, was Sie an Kenntnissen haben. - Okay. Sie sind auch, haben Sie gesagt, für den Bereich G 10 zuständig gewesen?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was bedeutet das für Ihre Funktion? Können Sie das näher beschreiben, was das heißt?

Zeuge Wolfgang Alster: Unsere Stelle - - Die Telekom leistet sich uns als Stelle, um die Rechtssicherheit nach innen und außen darzustellen. Das heißt, wir achten darauf, dass der Staat so viel bekommt, wie ihm rechtlich zusteht, aber auch nicht mehr, weil wir dann intern den Datenschutz beachten und was alles. Das ist unsere Aufgabe: Rechtssicherheit nach innen und außen darstellen. Wir geben so viel raus, wie wir müssen, wie wir rechtlich verpflichtet sind, und halten alles andere - - verhindern, dass mehr rausgeht, als der Staat verlangen darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was darf er denn oft nicht verlangen?

(RAn Dr. Gina Greeve: Das ist sehr allgemein!)

- Ja, ich will - -

Zeuge Wolfgang Alster: Meinen Sie jetzt wieder G 10, also meinen Sie jetzt wieder BND? Oder meinen Sie - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine genau den G-10-Bereich. Warum ist G 10 denn so sensibel?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, wir unterscheiden - nur dass wir nicht aneinander vorbeireden beim G 10 und dem § 100 a - - Die Masse der Arbeit liegt ja im Bereich der Strafverfolgungsbehörden und nicht beim BND oder so. Und deswegen subsumieren wir immer das G 10 als Dienste: Verfassungsschutz, BND oder was ; nur damit das Wording klar ist, dass wir vielleicht nicht aneinander vorbeireden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das ist - - Deswegen frage ich ja auch so offen nach, damit wir eben nicht schon in einer bestimmten Richtung sind.

Wie verfahren Sie denn, wenn eine Anordnung kommt? Prüfen Sie da, ob das G-10-relevante Verkehre sind? Oder wie machen Sie das dann mit dem G 10?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Wolfgang Alster: Dann machen wir das bitte im nichtöffentlichen Teil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich frage mal ganz allgemein: Aber G 10 ist eine sensible Sache für Sie in Ihrem Amt gewesen?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Wolfgang Alster: Das war schon zuzeiten der Post so. Post war immer Sondervermögen des Bundes und hat immer peinlichst darauf geachtet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das finden wir auch alle, und wir teilen das. Wir schauen



Nur zur dienstlichen Verwendung

halt nur, dass das auch wirklich überall so berücksichtigt worden ist.

Sie haben zwar gesagt, die Anordnung und die Anlagen etc. - - würden Sie im nichtöffentlichen Teil sagen. Aber gerade dieser spezielle Bereich G 10 erfordert ja weitere Voraussetzungen, wenn es um G-10-relevante Daten geht; im Gegensatz zu reinen Transitverkehren.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, ich müsste jetzt eine Vermutung anstellen. Also wir - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, Sie sollen nicht vermuten.

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, wir prüfen bei allem, was an Einschränkungen des Fernmeldegeheimnisses reinkommt, genauestens die rechtliche Grundlagen. Und wenn wir Zweifel haben, werden die Juristen eingeschaltet. In der Strafprozessordnung geht das bis zur Beschwerde vor Gericht, wenn der Beschluss nicht in Ordnung ist. Und so wird auch jeder Vorgang - - Also, da gibt es keine Privilegien für den BND oder für die Strafverfolgungsbehörden; das wird alles nach den gleichen Kriterien bearbeitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind in Ihrer Erinnerung mal Fälle aufgetreten, wo Sie sich als Telekom gegen eine Anordnung zur Wehr gesetzt haben? Jetzt ganz allgemein?

(RAn Dr. Gina Greeve: Ist das vom Untersuchungsgegenstand umfasst?)

- Ja, die nachfolgende Frage wäre dann - - Wenn der Zeuge jetzt Ja sagt, dann wäre die nächstfolgende Frage dann Untersuchungsgegenstand.

(RAn Dr. Gina Greeve: Das wäre aber dann auch wieder nichtöffentlich!)

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, machen wir nicht-öffentlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Wolfgang Alster: Weil das wird immer so vermischt, also mit dem BND - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist okay. - Sind Ihnen in Ihrer Zeit G-10-Anordnungen auch der G-10-Kommission untergekommen?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, das kennen Sie.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es mal eine Situation, wo Sie gesagt haben, Mensch, bei dieser Anordnung, da hätten Sie doch gerne G-10-Anordnung, das müsste eigentlich für so etwas da sein und fehlt?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, so nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie waren immer zufrieden: Entweder bedurfte es keiner, oder wenn es einer bedurfte, war sie da?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Ich glaube, damit lasse ich es erst mal bewenden. Ich denke, da sind genug Anknüpfungspunkte für die Fraktionen da, und würde jetzt das Wort den Fraktionen geben.

Ich habe es ja zu Anfang gesagt: Das geht jetzt reihum. Jede Fraktion hat die Gelegenheit, Ihnen Fragen zu stellen. Da gibt es ein bestimmtes Prozedere nach der sogenannten Berliner Stunde. Das bedeutet, dass die Fraktionen Zeitkontingente haben: die Union 27 Minuten, SPD 17 Minuten und Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke jeweils 8 Minuten.

In der ersten Runde beginnt mit Fragen die Fraktion Die Linke, dann kommt die Fraktion der SPD, dann Bündnis 90/Die Grünen, dann die CDU/CSU, und ab der zweiten Fragerunde immer die gleiche Reihenfolge: die Fraktion Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und die



Nur zur dienstlichen Verwendung

SPD. - Jetzt würden wir beginnen mit der Fraktion Die Linke.

Wenn Sie irgendwann zwischendrin eine Pause brauchen oder nicht nur was trinken, sondern auch eine Kleinigkeit essen möchten, dann sagen Sie es. Sie sollen nicht leiden; ganz im Gegenteil: Ihnen soll es so gut gehen, dass Sie uns immer Auskunft geben können und sich auch wohlfühlen bei uns.

Ich gebe jetzt als Erstes der Frau Kollegin Renner das Wort für die Fragen der Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Alster, ich würde Sie gerne zu Anfang fragen - Sie haben verneint, den Namen „Eikonol“ in Ihrer Dienstzeit gehört zu haben. Sagen Ihnen die Begriffe „Granat“ oder „Rubin“ etwas?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch „Rubin“ sagt Ihnen nichts?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Zeuge Herr Helfrich konnte sich vorhin daran erinnern, dass ein Schaltplan, ein Streckenplan bei Ihnen diesen Titel trug.

Zeuge Wolfgang Alster: Also, wenn Herr Helfrich das sagt, dann ... (akustisch unverständlich) ... Wir hatten mal ein Leitungsprogramm im System, also nicht wir, sondern unser normaler Betrieb, ich glaube, das hieß „Rubin“. Aber das habe ich jetzt nicht im Zusammenhang mit der Frage - - Das ist so, als hätten Sie mich gefragt: „Gibt es Schraubenzieher bei der Telekom?“ oder so.

(Heiterkeit)

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, vielleicht wenn wir nachher im eingestuftem Teil uns noch mal über die Unterlagen beugen, vielleicht spielt es dann doch eine Rolle.

Wir sind jetzt auch ein bisschen verwirrt, weil uns Herr Helfrich zum Aufbau dieser ReSA ein paar andere Angaben gemacht hat als Sie. Sie sagen, Sie sind der Dienststellenleiter. Wie viele Mitarbeiter gab es in dieser?

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist sukzessive aufgewachsen, weil wir Standorte verlagert haben, zusammengelegt und was alles.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Ich kann Ihnen sagen, wie viele Mitarbeiter wir zu meinem Ruhestand hatten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Da waren es 15 Leute.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Und gibt es unterhalb der Ebene, dass Sie Dienststellenleiter sind, noch eine weitere Hierarchisierung, oder sind alle anderen 14 dann sozusagen egal?

Zeuge Wolfgang Alster: Die sind alle gleich.

Martina Renner (DIE LINKE): Die sind alle gleich. Und die machen alle was?

Zeuge Wolfgang Alster: Ich hätte beinahe „das-selbe“ gesagt. Ja, ihre normale tägliche Arbeit, die Abwicklung von solchen Aufträgen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die Aufträge kommen über Sie, und Sie verteilen diese Aufträge dann an die 14 Mitarbeiter? Gibt es da Spezialisierungen, das heißt, einer macht mehr die Geschichten da - -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, bei uns heißt es: Alle können alles, -

Martina Renner (DIE LINKE): Alle können alles.

Zeuge Wolfgang Alster: - und alle sind sicherheitsüberprüft, und alle - je nach Bedarf, ob einer nun in Urlaub ist, krank oder sonst was - können den Job ausführen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Die sind alle Ü2-sicherheitsüberprüft?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Das deckt sich. - Ich würde gerne noch fragen: Wenn dann die formale Anordnung da ist - - Wir reden jetzt hier mal über das, was uns so interessiert: Das ist der Vertrag „Transit“. Kennen Sie diesen Vertrag?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie haben ihn auch gelesen?

Zeuge Wolfgang Alster: Schon damals, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden jetzt über diesen Vertrag „Transit“. Da geht es ja um - wie er schon heißt - Ausland-Ausland-Kommunikation. Wie kamen denn die Aufträge seitens des Auftraggebers, also des besonderen Kunden BND, zu Ihnen? Gab es konkret - -

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gerne im nichtöffentlichen Teil erläutern.

Martina Renner (DIE LINKE): Machen wir es mal andersherum. Ist es so, dass die Strecken, die erfasst werden sollten, in dem Auftrag schon standen, oder gab es zu dem Auftrag noch mal einzelne - -

Zeuge Wolfgang Alster: Das sehe ich eigentlich auch im nichtöffentlichen Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Wolfgang Alster: Im nichtöffentlichen Teil sehe ich das eigentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Strecken Ausland-Ausland, über die wir hier reden: Kann die Telekom identifizieren, von welchem Endpunkt und welchem Ausgangspunkt jeweils die Strecken stammen?

Zeuge Wolfgang Alster: Es gibt heute keine Leitungen mehr im Ausland von Ende zu Ende, also Ausland zu Ausland.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden jetzt über diese Zeit 2002 bis 2008. Also, konnte man damals sagen: Strecke - - Wir hatten vorhin, glaube ich, so Beispiele gebildet wie Brüssel-Tokio.

Zeuge Wolfgang Alster: Damals war das fest bestimmbar, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Kann man dann weiterhin darüber hinaus sehen: Auf dieser Strecke laufen ja nicht nur die Kommunikationsdaten der Telekom. Das ist ja eine Transitstrecke, durch die laufen ja auch Daten von anderen - -

Zeuge Wolfgang Alster: Sie vermischen jetzt Inhalt von der Leitung mit -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

Zeuge Wolfgang Alster: - der Strecke. Für uns Techniker ist eine Strecke eine Verbindung von A nach B mit der Leitungsbezeichnung, und da liegt Verkehr drauf. Wir wissen nicht, was da drin ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, wer außer der Telekom die nutzt?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen also auch nicht, mit wem die Telekom noch Verträge hat, diese Strecken gegebenenfalls zu nutzen?

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gerne nichtöffentlich Ihnen näher erläutern, wie so was geht.

(Christian Flisek (SPD): Ich verstehe ganz wenig!)

- Ich rede eigentlich im Allgemeinen laut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es wäre durchaus auch möglich, zu sehen - ganz allgemein gesprochen -, wenn diese Strecken sozusagen auch von anderen Anbietern genutzt werden, welche Anbieter es sind?

Zeuge Wolfgang Alster: Dann müssten wir als Stelle ja reingucken und gucken, was für Inhalte in der Leitung sind. Und wir gucken grundsätzlich nicht in Leitungen rein, was für Inhalte drin sind, auch so nicht, tagsüber, im normalen Geschäft.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann noch was: Wüssten Sie, was eine NKÜ-Freischaltung ist?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Wolfgang Alster: Den Begriff „NKÜ“, den kenne ich nicht. Ich kenne Kontrollübersicht oder was. Aber was das sein soll - eine Freischaltung oder was? -, das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn diese Strecken identifiziert waren und dann gedoppelt werden sollten: Wie hat man den Vorgang genannt? Dopplung? Oder was war die Bezeichnung dafür? Ausleitung? Dopplung?

Zeuge Wolfgang Alster: In Bezug auf die Fragestellung hier werden grundsätzlich Leitungen von uns nur gedoppelt.

Martina Renner (DIE LINKE): Immer gedoppelt?

Zeuge Wolfgang Alster: Immer gedoppelt, sonst gar nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Und waren Sie die Person, die die Übersichten bekommen hat, welche Leitungen gedoppelt werden sollen?

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gerne nichtöffentlich beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Übersicht, die Ihre Abteilung oder Sie bekommen haben, welche Leitungen gedoppelt werden sollen - - Dann wurden diese Übersichten aus dem Haus

selbst übersandt, also von der Telekom? Oder wurden diese Übersichten direkt vom BND übersandt?

Zeuge Wolfgang Alster: Auch nichtöffentlich, würde ich sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie Kontakt mit Mitarbeitern des BND, dienstlicherseits?

Zeuge Wolfgang Alster: Auch nichtöffentlich, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das ist ja eine sehr allgemeine Frage, oder? Ich möchte mal wissen, was jetzt da das Problem ist, das hier zu beantworten. Haben Sie sich E-Mails geschrieben mit BND-Mitarbeitern? Haben Sie telefoniert? Haben Sie sich getroffen? War der BND bei Ihnen im Haus?

(RAn Dr. Gina Greeve:
Allgemein!)

Zeuge Wolfgang Alster: Allgemein haben wir mit dem BND zusammengearbeitet, das heißt, die waren auch mal vor Ort bei uns und haben da was vorbeigebracht - einen Beschluss oder was -, oder wir haben telefoniert, ja klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben also telefoniert, und sie waren auch bei Ihnen vor Ort?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, ja, die waren auch bei uns vor Ort, schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Können Sie uns etwas sagen darüber, ob der BND Räumlichkeiten bei Ihnen hatte?

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn der BND Räumlichkeiten bei Ihnen hatte, hatten Sie Zutritt?

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist dieselbe Frage, jetzt nur umgedreht.

(Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist hier so das Spiel. - Wenn der BND Räume hatte, hatten Sie Zutrittsrechte zu diesen Räumen?

Zeuge Wolfgang Alster: Wenn, dann im Konjunktiv: Wenn er welche hätte, hätten wir Zutrittsrechte gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke. Man kommt immer weiter. - Gibt es für die Dopplung von Transitstrecken - heute heißt das anders; geschenkt - auch G-10-Anordnungen für diesen Zeitraum, über den wir reden?

Zeuge Wolfgang Alster: Nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, da habe ich mich vorhin schon sehr lange mit dem letzten Zeugen drüber unterhalten, ob man wirklich die Frage nach G-10-Anordnungen in den nicht-öffentlichen Teil drängen kann, weil es ja nicht um einen Vertrag zwischen dem BND und der Telekom geht, sondern um einen Beschluss eines Gremiums des Parlaments. Und da waren wir am Schluss so weit, dass diese allgemeine Frage, ob es diese G-10-Anordnungen gibt - nicht wie viele es gibt, welche Länder sie betroffen haben etc. -, doch in der allgemeinen Form beantwortet werden kann. Auf jeden Fall war Herr Wolff am Schluss der Meinung auch.

Zeuge Wolfgang Alster: Stellen Sie die Frage noch mal, aber ich kann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Bezüglich des Projekts oder der Operation - ich weiß ja nicht, wie die Telekom das genannt hat - „Transit“: Gab es G-10-Anordnungen, die das Erfassen der Daten von Ausland-Ausland begründet haben?

Zeuge Wolfgang Alster: Da kann ich mich nicht mehr dran erinnern, aber es könnte durchaus sein. Also, ich will es nicht ausschließen. - Das ist jetzt acht oder zehn Jahre her; seitdem gibt es das nicht mehr.

(Zuruf: Sie hätten ja mal reingucken können!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie wären jetzt mit der Zeit gleich um, so leid es mir tut, Frau Kollegin Renner. Es kann ja gleich weitergehen. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Ich gehe davon aus, Herr Kollege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich probiere es auch mal in öffentlicher Sitzung. - Herr Alster, ist Ihnen bekannt, dass es ein Treffen des damaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom mit dem damaligen BND-Präsidenten Hanning im Frühjahr 2003 gab?

Zeuge Wolfgang Alster: Wenn Sie mich - - Ich glaube, das gab es, ja. Ob es der Präsident war oder der Vizepräsident des BND, daran kann ich mich nicht mehr erinnern, aber ich weiß, dass es ein Treffen zwischen einem Vorstandsmitglied und dem Mitglied des BND gab, ja.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Wolfgang Alster: Also, bei „die Vorstandsvorsitzenden fragen“, da muss man bei der Telekom aufpassen von der Organisation her. Wir hatten ja damals die T-Kom und was alles. Also, es war ein Vorstandsmitglied, ja.

Christian Flisek (SPD): Wir wissen mittlerweile: Es war der Herr Ricke. Das war so ziemlich das Einzige, woran er sich erinnern konnte.

Zeuge Wolfgang Alster: Das wiederum weiß ich nicht; sehen Sie.

Christian Flisek (SPD): Aber dass es ein solches Treffen in diesem Zeitraum gab, das ist damals bis zu Ihnen auch durchgedrungen?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Christian Flisek (SPD): Genau. - Wissen Sie, von wem damals diese Initiative für ein solches Treffen ausgegangen ist?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, ich wusste von diesem Treffen mit Ricke bis heute überhaupt nichts. Aber ich habe dazugelernt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Rechtsbeistand berät sich mit dem Zeugen)

Ich wusste bis heute nicht, dass der Ricke - -

Christian Flisek (SPD): Ja, aber dass ein Vorstandsmitglied - - Dann frage ich allgemein, so wie Sie es formuliert haben: Sie haben gesagt, Sie haben gewusst, dass sich jemand vom BND - Präsident, Vizepräsident, wer auch immer - mit einem Vorstandsmitglied der Telekom getroffen hat.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, es könnte ja theoretisch sein, dass sich ein anderes Vorstandsmitglied auch noch getroffen hat; das war mein Wissensstand. Ich will das nur klarstellen: Ich wusste von dem Ricke-Besuch nichts.

Christian Flisek (SPD): Ja, lassen wir Herrn Ricke jetzt mal weg.

Zeuge Wolfgang Alster: Ich wusste, dass es ein Gespräch gab, aber ich will das nicht auf den Ricke jetzt beziehen.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, genau. Ich auch nicht. Ich will einfach nur - - Sie haben gewusst, in Ihrer Tätigkeit und Arbeit, dass es damals ein Treffen zwischen einem Vorstandsmitglied der Telekom und einem höheren Repräsentanten des deutschen Auslandsgeheimdienstes BND gab?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. Was waren die Umstände, wie Sie diese Information erfahren haben? Hat man Ihnen da was mitgeteilt? Ist das Gegenstand eines Gesprächs gewesen? Waren Sie auch an Vorbereitungen zu einem solchen Treffen beteiligt?

Zeuge Wolfgang Alster: Ich denke mal, das haben wir von unserm Leiter Konzernsicherheit oder was erfahren. Also, ich weiß nicht mehr genau, jetzt nach so vielen Jahren, aber - -

Christian Flisek (SPD): Ich verstehe Sie ganz schlecht. Das ist auch nicht nur - ich sage es mal

so - die Lautstärke, sondern - - Es ist wirklich der Versuch, bitte - -

(Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe 20 Jahre in Frankfurt gewohnt, ich verstehe das gut! - Heiterkeit)

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, also, wie ich das erfahren habe - - Mehr weiß ich nicht mehr genau - - Aber das war bei uns intern Gesprächsthema. Aber das war nicht der Ricke, meiner Meinung nach. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Aber sind da Anfragen an Sie gestellt worden, in Vorbereitung oder - -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Christian Flisek (SPD): Aha. Also, Sie wissen zu einem solchen Treffen eigentlich gar nichts?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Christian Flisek (SPD): Immerhin! Das unterscheidet Sie jetzt auch gar nicht von demjenigen, der an dem Treffen teilgenommen hat. Das halte ich Ihnen zugute, weil Sie ja immerhin nicht teilgenommen haben.

(Heiterkeit)

Zeuge Wolfgang Alster: Die übliche Berichtsebene ist nicht Vorstand zu einem Oberamtsrat. Ich will das mal ganz vorsichtig sagen, ja?

Christian Flisek (SPD): Genau. - Es gab ja diese Zusammenarbeit zunächst auf vertraglicher Basis zwischen Bundesnachrichtendienst und Telekom. Das ist Ihnen bekannt?

Zeuge Wolfgang Alster: Sie setzen so Pflöcke: Gab es zunächst Zusammenarbeit auf vertraglicher Basis? - Wir hatten mit dem BND von Anfang der Zusammenarbeit an keine vertragliche Basis, sondern wir haben nur G-10-Anordnungen bekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Jetzt frage ich noch mal: Seit wann sind Sie mit diesen Sachverhalten beschäftigt?

Zeuge Wolfgang Alster: Seit 1980.

Christian Flisek (SPD): So. Das bedeutet: Sie sagen - wenn ich das jetzt zusammenbringe -, dass von Anfang an bei allen Arten der Zusammenarbeit zwischen Telekom und Bundesnachrichtendienst immer G-10-Anordnungen Grundlage für ein Ausleiten von Verkehren waren?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja. Bis zu dem „Transit“.

Christian Flisek (SPD): Okay. Dann kam „Transit“. Und dann ist „Transit“ aber ohne G-10-Anordnung erfolgt. Das war dann - - Korrigieren Sie mich, wenn ich jetzt falsch liege: Ist „Transit“ dann ohne G-10-Anordnung erfolgt?

Zeuge Wolfgang Alster: In dieser Reinheit - - „Transit“ - - Soweit ich mich erinnern kann: Ja, aufgrund der Anforderung.

Christian Flisek (SPD): Aufgrund von welchen Anforderungen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nichtöffentlich, bitte.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Aber es war was Besonderes, weil es bisher nur G-10-Anordnungen gab?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und nachher gab es dann ja auch wieder nur G 10?

Zeuge Wolfgang Alster: Es gab auch zwischenzeitlich G-10-Anordnungen. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Christian Flisek (SPD): Ja, andere G-10-Anordnungen. Aber „Transit“ war jetzt ein Fall ohne G-10-Anordnung?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und auf welcher Grundlage ist das nach Ihrem Kenntnisstand erfolgt?

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gerne nichtöffentlich sagen.

Christian Flisek (SPD): Aha. - Hatten Sie diesbezüglich persönliche Bedenken? - Das ist jetzt einfach eine persönliche Frage: Wie haben Sie es damals eingeschätzt?

Zeuge Wolfgang Alster: Dann hätte ich es nicht gemacht oder hätte es nicht unterstützt.

Christian Flisek (SPD): Ja - - Ich meine, in Bayern sagt man: Der Ober sticht den Unter. Ich sage es mal so - - Die Frage ist halt: Wenn Sie jetzt eine Weisung bekommen - von wem auch immer - -

Zeuge Wolfgang Alster: Dann hätte ich als Beamter mein Beschwerderecht beim nächsthöheren Vorgesetzten abgeliefert.

Christian Flisek (SPD): Aha. Soll ich jetzt aus dieser Aussage schließen: Für Sie war das okay, wie „Transit“ ablief?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aha.

Zeuge Wolfgang Alster: Da in der höheren Ebene Juristen gesessen haben, gehe ich davon aus, dass mein kleines Fernmelderwissen da -

Christian Flisek (SPD): Ja?

Zeuge Wolfgang Alster: - völlig ausgereicht hat.

Christian Flisek (SPD): Hätte es denn in Bezug auf die Behandlung von Leitungs- und paketvermittelten Verkehren Ihrer Auffassung - - Hätte es da Unterschiede gemacht, ob man eine G-10-Anordnung oder was anderes hat?

Zeuge Wolfgang Alster: Eine rein technische Übertragungsmöglichkeit. Da habe ich überhaupt keinen Unterschied, ob da - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Na ja. Ich frage mal so nach: Bei der Frage zum Beispiel, ob es G-10-relevante Verkehre gibt und wie man die eventuell aussortiert und ausfiltert: Gibt es nach Ihrer Auffassung einen Unterschied, ob ich es mit leitungsgebundenen oder paketvermittelten Verkehren zu tun habe?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nach Ihrer Auffassung: Gibt es da, technisch betrachtet, keinen Unterschied? Das kann man ohne - -

Zeuge Wolfgang Alster: Das lässt sich in der Anordnung gar nicht fassen, weil die Inhalte - -

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich komme noch mal auf einen anderen Komplex zu sprechen. Gab es denn im Zusammenhang mit dem Projekt „Transit“ zumindest die Prüfung, ob es neben Frankfurt noch weitere Erfassungsorte oder -punkte geben sollte?

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich nicht-öffentlich erläutern.

Christian Flisek (SPD): Na, Sie können jetzt ja erst mal Ja oder Nein sagen.

Zeuge Wolfgang Alster: Ich kann immer Ja oder Nein sagen. - Es gibt in dem Fernmeldenetz eigentlich immer Punkte, wo man was erfassen kann, aber das - -

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist mir auch klar, dass die Welt voll von solchen Punkten ist.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Christian Flisek (SPD): Nur, meine Frage war jetzt ganz konkret bezogen auf den Punkt, ob es im Rahmen von „Transit“ jetzt noch mal zumindest eine Prüfung gab, ob neben Frankfurt noch weitere Erfassungsorte in Betracht gezogen werden sollten.

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ganz konkret: Gab es da vorher Überlegungen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Wolfgang Alster: Man müsste den Ablauf erklären, und das würde ich gerne lieber öffentlich [sic!] machen, damit es vom Zusammenhang her verständlich wird.

Christian Flisek (SPD): Das würden Sie gerne nichtöffentlich machen.

Zeuge Wolfgang Alster: Nichtöffentlich, ja.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie sagen jetzt nicht mehr Nein, sondern: „Solche Orte gab es“? Oder gab es solche Überlegungen bezogen auf andere Orte? Den Rest klären wir dann in nichtöffentlicher Sitzung.

Zeuge Wolfgang Alster: Ich weiß nicht, wer - - Ich kann mir vorstellen, dass ein Nachrichtendienst über so was nachgedacht hat, wenn woanders auch Verbindungen sind, aber das weiß ich nicht.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Das weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Na ja gut, das werden wir dann tatsächlich in der nichtöffentlichen Sitzung zu klären haben, auch unter Vorhalt von Akten, die wir haben.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, ja.

Christian Flisek (SPD): Sie haben vorhin gesagt, unser Zeuge H. vorhin, der Herr Helfrich, das war Ihr nachgeordneter Mitarbeiter.

Zeuge Wolfgang Alster: Vertreter, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ein Vertreter?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie waren - - Also, Vertreter heißt nicht, Sie waren Vorgesetzter?

Zeuge Wolfgang Alster: Doch, ich war sein - -

Christian Flisek (SPD): Sie waren der Vorgesetzte?

Zeuge Wolfgang Alster: Ich war Vorgesetzter, ja.

Christian Flisek (SPD): Und die Kommunikation im Hause Telekom lief dann immer über Sie, bevor sie Herrn H., den Zeugen, erreichte, oder - -

Zeuge Wolfgang Alster: Wir haben da voll miteinander gearbeitet, wobei der Kollege Helfrich immer - - die großen Ausführungsaufgaben sich untersucht hatten und was alles. Das heißt, ich habe als Dienststellenleiter ja nicht selber mich um Vorgänge gekümmert. Ich habe die gesehen, ich habe die geprüft, rechtmäßig, und dann ging das normal bei uns in den Dienstbetrieb rein.

Christian Flisek (SPD): Ich übergebe dann an die Kollegin Mittag.

Susanne Mittag (SPD): Ich habe noch mal eine Frage zum Ablauf. Also, Sie bekommen die Vorgänge, so wie Sie eben sagten, und prüfen die?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Gibt es noch eine Vorinstanz? Also, kommen die von der Polizei, Staatsanwaltschaft, BND direkt zu Ihnen? Sie hatten ja auch gesagt: Da -

Zeuge Wolfgang Alster: Also, Polizei ... (akustisch unverständlich)

Susanne Mittag (SPD): - kommt mal einer vorbei. - Gibt es sonst noch - -

Zeuge Wolfgang Alster: Polizei, Staatsanwaltschaft kommen direkt zu uns.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Beim BND: Alles, was VS eingestuft ist, läuft ja über ... (akustisch unverständlich) gemäß Bundeswirtschaftsministerium über den Sicherheitsbevollmächtigten der Telekom.

Susanne Mittag (SPD): Also, bei den sozusagen BND-Anfragen gibt es noch eine Vorinstanz?

Zeuge Wolfgang Alster: Bei Geheim.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Wie sieht das denn aus, allein mal so vom Dienstweg? Sie sind ja vorher gefragt worden. Namen sind Ihnen so nicht bekannt. Dann wird es ja sicherlich irgendwie ein Aktenzeichen geben. Also, die Vorgänge müssen ja unterschieden werden. Kriegt jedes ein Eingangsaktenzeichen, oder wird es namentlich benannt oder - -

Zeuge Wolfgang Alster: Alle VS-Vorgänge werden gemäß der Verschlusssachenanweisung, die Sie auch kennen, nehme ich an, behandelt. Das heißt, da werden die Tagebücher eingetragen, werden in Panzerschränken aufbewahrt und was alles, wie es in der Verschlusssachenanweisung des Bundes drinsteht.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Wie unterscheiden Sie die unterschiedlichen Verschlusssachen? Wahrscheinlich durch unterschiedliche Vorgangs-, sonstige Nummern?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, klar.

Susanne Mittag (SPD): Oder Sie geben denen Namen? Oder wie machen Sie das?

Zeuge Wolfgang Alster: Wie es die Verschlusssachenanweisung vorsieht. Die kriegen eine Tagbuchnummer, eine Eingangsnummer, kriegen eine durchlaufende Nummer.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Susanne Mittag (SPD): Haben Sie eine eigene, oder übernehmen Sie die, die schon draufsteht, die dann kommt?

Zeuge Wolfgang Alster: Wir haben eine abgestufte VS-Verwaltung; das heißt, der Sicherheitsbevollmächtigte muss die Anordnung annehmen und gibt sie an uns weiter. Und wir übernehmen sie dann - ich sage es noch mal - wie Verschlusssachenanweisungen. Es gibt für die Wirtschaft ja die gleiche wie für den Bund, also heißt anders, aber hat ja dieselben Formalien.

Susanne Mittag (SPD): Ja, gut, aber manchmal wird es ja auch unterschiedlich gehandelt. Deswegen sind wir ja hier, dass wir das mal klären: Das wird haargenau so gemacht. - Sind teilweise die Vorgänge zeitlich begrenzt, also dass man sagt: „So, das gilt jetzt für drei Monate“, und danach muss sozusagen neu beantragt werden? Oder hat das irgendwie eine zeitliche - -

Zeuge Wolfgang Alster: Da gibt es ja auch Gesetzesgrundlagen. Also, selbstverständlich kann eine Anordnung nur drei Monate gelten.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Wenn dann sozusagen die Verlängerungen kommen, haben die dann andere Nummern? Können Sie die unterscheiden, dass das bei dem einen die Ergänzung ist, und bei dem anderen ist es was Neues?

Zeuge Wolfgang Alster: Müssten wir sehen. Das steht eigentlich im Tagebuch drin, im VS-Tagebuch.

Susanne Mittag (SPD): Also, dann könnte man erkennen: „Aha, das ist sozusagen die Fristverlängerung“, -

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): - und bei dem anderen: „Das ist was Neues“?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Also, können Sie im Prinzip, wenn irgendwo anders, beim BND, irgend-eine Aktion einen Namen hat - - der würde nicht

draufstehen, und den könnten Sie nicht erkennen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, das könnten wir nicht erkennen.

Susanne Mittag (SPD): Bei Ihnen ist das eher numerisch? Sie unterscheiden die Nummern einfach nur, die Eingangsnummern?

Zeuge Wolfgang Alster: Die Eingangsnummern; vor allen Dingen der Anordnungsinhalt ist doch entscheidend, was drinsteht.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Sie hatten noch gesagt: BND hat auch mal einen Beschluss vorbeigebracht. - Also, es wurde nicht nur geschickt.

Zeuge Wolfgang Alster: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: Der BND kam bei uns mal vorbei. - Beschlüsse, Anordnungen der VS-Anweisungen wurden immer formell so gegeben, wie ich es eben gesagt habe.

Susanne Mittag (SPD): Ja, deswegen unterhalten wir uns ja darüber, dass wir das dann klären. Also, es wurde immer nur der Beschluss oder sozusagen die Anordnung geschickt?

Zeuge Wolfgang Alster: Im Regelfall ja.

Susanne Mittag (SPD): Ja?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, ich würde sagen: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Ja. - Gab es dann mal ein Gespräch irgendwie darüber, ein ergänzendes, dass - man kennt sich ja - man gesagt hat: „Da kam der und der Beschluss, das hat die und die Grundlage“, oder: „Da muss man auf was Besonderes achten“, oder: „Ist uns besonders wichtig, eilig“, oder sonst irgendwie was?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Wurde nie über irgendeinen Beschluss geredet?

Zeuge Wolfgang Alster: Es wurde höchstens von uns aus drüber geredet, wenn wir gesagt haben:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hier, in zwei Wochen läuft die Frist aus, bringt mal einen Verlängerungsbeschluss, oder wir schalten euch das Ding ab.

Susanne Mittag (SPD): Ja, das - - Gab es dann auch Lücken, wenn Sie darauf hingewiesen haben - sagen wir -: „In zwei Wochen läuft das ab“?

Zeuge Wolfgang Alster: Das hat meistens den Vorgang beschleunigt, ja.

(Heiterkeit)

Susanne Mittag (SPD): Ja, das war dann ja auch sinnig, das anzusprechen. Also, wenn Sie sich mal getroffen haben - - Sie haben sich ja mal getroffen mit BND-Mitarbeitern?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Die kamen mal vorbei. Wenn man jetzt nicht über solche Beschlüsse gesprochen hat, über was denn dann? Also, man wird sich ja irgendwie arbeitsinhaltlich - -

Zeuge Wolfgang Alster: Also, nichtöffentlich, bitte.

Susanne Mittag (SPD): Okay. Ja gut, mehr hätte ich im Moment nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz fängt an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Alster! Ich knüpfe vielleicht gerade mal an an diese Frage bezüglich der Tagebuchnummern. Hat es denn im Fall von „Transit“ Verschlussachen gegeben?

Zeuge Wolfgang Alster: Kann ich mich nicht mehr dran erinnern. Glaube ich - - Nein. Also, der Vertrag - - Müsste ich nachgucken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre für uns total interessant, weil wir haben lauter Nichtverschlussachen bekommen,

und das wären natürlich interessante Informationen. Und ich könnte es mir vorstellen, weil es ja insgesamt, glaube ich, ein sensibles Projekt auch war. Okay. Aber Sie können das jetzt nicht erinnern? Vielleicht können wir da ja nachforschen.

Aber mal ganz allgemein gefragt: Worin lag eigentlich die Besonderheit des Projekts „Transit“?

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gerne nichtöffentlich erläutern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab eine Besonderheit?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, es gab schon deshalb eine Besonderheit, weil „Transit“ immer Ausland-Ausland ist und G 10 alles einen Punkt in Deutschland hat irgendwo.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist schon mal eine Besonderheit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie haben eben gesagt, dass man das ohne G-10-Anordnung gemacht hat. Gilt das für den gesamten Zeitraum, oder hat sich da was verändert?

Zeuge Wolfgang Alster: Für den Zeitraum, wo es „Transit“ gab - - Aber ich sage es gerade: „Transit“ ist in diesem Zeitraum, den Sie hier untersuchen, schon sukzessive ein auslaufendes Projekt gewesen durch die neue Generation der Netze. Das ist gar nicht mehr, also in meiner Erinnerung, so relevant, weil das so lange vorbei ist und auch überholt wurde technisch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Dann stelle ich Ihnen jetzt mal die Frage - das ist nämlich ein interessanter Punkt -: Fällt unter „Transit“ für Sie nicht - - oder: Fallen für Sie beim Stichwort „Transit“ darunter auch die paketvermittelten Verkehre auf der Glasfaser?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Alster: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun; „Transit“ hat nichts mit Übertragungstechnik zu tun. Das eine ist leitungsvermittelt, das heißt ein Punkt von A nach B, und das andere ist ein über verschiedene Punkte abgewickelter Verkehr in Form von Paketen. Das hat mit - - Ob in dieser Transitverbindung jetzt irgendwo Datenpakete vermittelt worden sind, das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie nach dem Vertrag „Transit“.

(RAn Dr. Gina Greeve:
Nichtöffentlich!)

- Das hat Ihnen nicht Ihr Rechtsbeistand zu sagen, das ist eine Frage.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, ja, ich denke - - Entschuldigen Sie, aber wenn ein Fernmelder darüber nachdenkt, was er für Fragen gestellt kriegt von einem Juristen, nehme ich an, was er damit meint - - Ich muss erst mal immer verarbeiten, was Sie meinen, ja.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine damit, ob unter dem Gegenstand, den wir hier miteinander gerade besprechen - - Es gibt viele andere interessante Projekte; aber jetzt reden wir mal über das, was „Transit“ ist, wo es diesen Vertrag gibt.

Zeuge Wolfgang Alster: Transitverkehre gab es - ich sage es jetzt mal abstrakt - eigentlich nur im alten Fernmeldenetz, wo Sprache vermittelt worden ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist der eigentliche Begriff „Transit“, das verstehe ich; aber der Vertrag, über den wir reden, der abgeschlossen wurde zwischen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht ergänzend: Der hatte die Überschrift „Transit“, vielleicht dass der Zeuge das versteht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ja - dem BND und einem großen deutschen Telekommunikationsunternehmen, da steht drüber „Transit“. Und ich berufe mich jetzt auf diesen Vertrag. Waren von diesem Vertrag leitungsvermittelte und auch paketvermittelte Verkehre betroffen?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, von dem Vertrag können eigentlich keine paketvermittelten Verkehre betroffen werden, weil das geht technisch gar nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant, nicht?

Zeuge Wolfgang Alster: Hm?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine wirklich gute Aussage. Ja. Vielen Dank.

Sagen Sie, Wir reden ja immer über Frankfurt und einen bestimmten Ort in Frankfurt und ein Gebäude in Frankfurt, wo es auch um Räumlichkeiten geht. Ich würde gerne von Ihnen hören, wie viele Räumlichkeiten da vermietet worden sind. Können Sie mir das beantworten?

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gerne nichtöffentlich beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich mir gedacht. Aber die Daten, die dort in Frankfurt ankommen - - Ich frage es jetzt mal so: Sozusagen, wo wird, an welchem Ort geografisch wird das Doppeln der Verkehre vorgenommen?

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist wohl auch nichtöffentlich, denke ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, wir reden ja die ganze Zeit über Frankfurt.

Zeuge Wolfgang Alster: Dann könnte ich jetzt auch antworten: in Frankfurt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es stimmt, wäre das eine gute Antwort.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, dann antworte ich: Frankfurt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es war eine Leitung, die sozusagen in der Region Frankfurt verlief, die aber nicht zwangsläufig zum DE-CIX-Knotenpunkt gehört?

Zeuge Wolfgang Alster: Das DE-CIX, das - ich lese das auch immer wieder - hat mit uns gar nichts zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist ein eigenes Internet-Service-Provider ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und diese Daten, die in Frankfurt gedoppelt wurden: Wo kamen die her? Von welcher Leitung kamen die?

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist aber nichtöffentlich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde im Rahmen dieser Verhandlung über „Transit“ auch ein anderer Ort als Frankfurt überlegt und besprochen?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, da kann ich mich nicht mehr dran erinnern, ich weiß es einfach nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht höher im Norden?

Zeuge Wolfgang Alster: Kommt eine Seekarte rein, oder was?

(Heiterkeit)

Nein, es war nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich Ihnen gerne eine Akte zeigen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt -
Er und sein Rechtsbeistand
nehmen Einblick)

Von wann dieser Vermerk ist, darf ich das sagen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Er hat ihn ja vor sich liegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist für die Öffentlichkeit ja auch interessant, was er da liest.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eigentlich nicht. Die Fundstelle wäre für alle gut, in der Akte, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fundstelle ist die Telekom-Akte, Tagebuchnummer - bei uns alles paginiert - 62/14, und bedauerlicherweise auch ohne Seitenzahl. Also, ich würde sagen: im ersten Sechstel der Akte.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir finden es. Man kann auch nach den Heftungen gehen; da sind so - - Aber wir finden es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die letzte Seite des ersten Abschnitts ist es.

Zeuge Wolfgang Alster: Also, diesen Vermerk da, den Sie mir vorlegen, würde ich gerne detailliert erläutern zum Verständnis, aber im nichtöffentlichen Teil.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann ist nach Ihrer Kenntnis das, was wir jetzt hier unter dem Stichwort „Transit“ verstehen, offiziell beendet worden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Alster: Das müsste so - - Also, das ist, wie gesagt, sukzessive ausgelaufen. So 96, 97, 98, würde ich sagen, oder - - Also, ich weiß es nicht mehr genau. Müsste ich mir den Vertrag mal angucken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie meinen 2006, 2007, nicht 96. Weil Sie - -

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Problem. - Aber Sie können sich nicht daran erinnern, dass es ein offizielles Ende gegeben hätte? Sie sagen: Es ist technikbedingt erfolgt, weil einfach -

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, der Vertragsgegenstand ist weggefallen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - keine leitungsvermittelten Daten mehr liefen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten gleich zum Ende dieser Runde kommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage: Wenn paketvermittelte Dienste an diesen Stellen ausgeleitet worden wären, hätten Sie das erfahren?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank, Herr Kollege von Notz. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Ich glaube, beginnen tut der Kollege Ostermann.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja, Herr Alster, einige wenige Fragen, bevor ich an die Kollegin Warken weitergebe.

Noch mal zur Klarstellung zu Ihrer Dienststelle, Ihrer ehemaligen Dienststelle, dem Regionalbüro für staatliche Sonderauflagen: Sie waren dort

Dienststellenleiter, haben Sie uns erläutert. Ich hatte eben Ihren Kollegen gefragt, wie viele Mitarbeiter es in dieser Dienststelle gibt. Und ich hatte Herrn Helfrich so verstanden: 14 Mitarbeiter, 13 Techniker, und der Vorgesetzte ist Jurist. Das war aber zu Ihrer Zeit nicht so gewesen?

Zeuge Wolfgang Alster: Der nächsthöhere Vorgesetzte ist immer Jurist. Es gab drei ReSA-Stellen, und da gab es einen Leiter ReSA, der in Bonn saß, und der war immer Jurist.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): In Bonn saß der?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das war der Abteilungsleiter?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. Und der ist auch derjenige, der für die juristischen Prüfungen zuständig ist?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Gab es nur den einen Juristen in Bonn, der diese juristischen Prüfungen für Sie durchgeführt hat, oder mehrere Juristen?

Zeuge Wolfgang Alster: In der Zeit, solange der unser Chef war, gab es diesen einen. Und wenn der - - Ich weiß nicht, ob er sich an jemand anders noch gewandt hat, wir haben ja viele in Bonn.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Juristische Prüfungen fanden nur im Einzelfall statt, haben Sie uns gesagt, also wenn Anordnungen kamen, nicht in jedem Fall. Wenn das für Sie eindeutig war, dann wurde das direkt ausgeführt, und juristische Prüfungen nur dann, wenn Zweifelsfälle aufgetaucht sind.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): So habe ich Sie verstanden. Wie häufig kam das denn vor? Bei jeder zehnten Anordnung, bei jeder zwanzigsten, hundertsten?

Zeuge Wolfgang Alster: Sie meinen jetzt beim BND?

(RAn Dr. Gina Greeve:
Nein, allgemein!)

- Allgemein?

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Allgemein.

Zeuge Wolfgang Alster: Auch Strafprozessordnung?

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ja. Erst mal allgemein.

Zeuge Wolfgang Alster: Bei Strafprozessordnung kommt das jeden Tag vor.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Und bei den BND-Anordnungen?

Zeuge Wolfgang Alster: So gut wie nie.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. Das waren schon meine Fragen. Ich gebe weiter an die Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Alster, Sie hatten ja erläutert, dass Sie zum einen die Zusammenarbeit mit dem BND verantwortet haben. Es gab aber auch Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Gerichten, Polizei usw. Können Sie ungefähr sagen, wie da so der Anteil war? Und hat jeder Mitarbeiter alles machen können, oder gab es bestimmte Mitarbeiter, die nur mit dem BND zum Beispiel zusammengearbeitet haben?

Zeuge Wolfgang Alster: Das möchte ich gerne nichtöffentlich beantworten.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Also, alles können Sie nichtöffentlich nur sagen? Oder - - Den Anteil können Sie auch jetzt nicht sagen, der Fragen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Sie waren, wenn ich das richtig verstanden habe, ja zwar ein technischer Mitarbeiter, haben aber mit der technischen Umsetzung direkt ja nichts zu tun gehabt.

Zeuge Wolfgang Alster: Richtig.

Nina Warken (CDU/CSU): Inwiefern haben Sie dann Ihren technischen Sachverstand, wenn ich es mal so formulieren kann, eingebracht bei Ihrer Arbeit? Oder sagen Sie: „Es hätte jetzt auch jemand mit einer Verwaltungslaufbahn machen können“? Oder wo war Ihr technischer Sachverstand?

Zeuge Wolfgang Alster: Sie müssen ja schon wissen, wenn eine Anordnung kommt, was da drin steht, und verstehen, welche Dienststelle Sie beauftragen müssen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und Sie haben aber das technische Mittel, das dann zum Beispiel eingesetzt werden musste, und solche Sachen haben Sie nicht ausgewählt?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Das hat dann der Kollege direkt - -

Zeuge Wolfgang Alster: Richtig, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie sagen, ob für die Umsetzung der technischen Maßnahmen nur Technik, Software, Hardware der Telekom verwandt wurde oder auch die der Behörde, zum Beispiel jetzt des BND?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, nur Mittel, Technik der Telekom. So sieht es der Gesetzgeber übrigens auch vor.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Es wird ja in der Öffentlichkeit jetzt vor allem auch seit den Snowden-Enthüllungen viel diskutiert. Es wird immer wieder die Frage erörtert, ob deutsche Te-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lekommunikationsunternehmen auch ausländischen Diensten Zugriff auf die Daten der Kunden ermöglicht haben. Haben Sie eine Kenntnis darüber, ob auch eine Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten bestanden hat?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, von unserer Dienststelle aus nicht, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wenn ein ausländischer Dienst sich selbst zum Beispiel Zugang verschafft hätte zu Leitungen der Telekom, hätten Sie das merken können?

Zeuge Wolfgang Alster: Das wäre ein illegaler Eingriff ins Fernmeldenetz gewesen. So was kann immer passieren. Das passiert auch, wenn am Telefon ... (akustisch unverständlich) Aber das hätten wir nicht gemerkt.

Nina Warken (CDU/CSU): Hätten Sie nicht gemerkt.

Zeuge Wolfgang Alster: Also, wir als Stelle sowieso nicht. Wir sind für die Sicherheit des Netzes nicht zuständig.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Ansonsten habe ich jetzt im Moment auch keine Fragen. Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Wenn die Fraktion der Union keine weiteren Fragen mehr hat, kommen wir zur zweiten Fragerunde in der eben genannten Reihenfolge, bei der wieder die Fraktion Die Linke beginnt. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Alster, ich würde gerne fragen: Sie haben eben auch gerade noch mal ausgeführt, diese Erfassung von Transitverkehr spielt heute keine Rolle mehr. Ab wann spielt das keine Rolle mehr? Können Sie das zeitlich irgendwie einordnen?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, das hat sukzessive angefangen, praktisch 94 - Entschuldigung: 2004. Da wurden neue Netzstrukturen aufgebaut bei

der Telekom, und damit war das gar keine Übertragungstechnik mehr. Man entwickelt heute in großen Netzen mit ETHER¹-NET-Protokollen oder so was ab. Und damit sind es eigentlich nur noch paketvermittelte Übermittlungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wir wissen ja, dass diese in Rede stehende Operation „Eikon“ oder das Projekt „Transit“, oder wie es auch hieß, bis 2008 lief, das heißt zu einem Zeitpunkt, wo es schon diese Technik gab.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, so ein Riesennetz können Sie nicht auf einmal umschwenken mit einem Schalter. Das geht ja sukzessive, werden ja Leitungsebenen neu geschaltet und was alles, neue Übertragungstechnik gekauft. Das ist ja nicht so, dass Sie so ein Netz von einem Tag auf den anderen umstellen können von leitungsvermittelt auf paketvermittelt. Das dauert ja Jahre.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist denn noch mal eine technische Modifikation vorgenommen worden, die es ermöglicht hätte, auch im Rahmen dieses Projekts „Transit“ paketvermittelte Kommunikation zu erfassen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein. Paketvermittelt ist auch wirklich - - Das kann man transitmäßig gar nicht mehr darstellen, weil Sie nie wissen, wo was, wo ein Paket - - Also, natürlich wissen Sie es, wenn Sie ... (akustisch unverständlich) Da gibt es den reinen Transit nicht mehr, der Begriff „Transit“ passt da nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auf den Strecken, die dann erfasst wurden, lief auch paketvermittelte Kommunikation? Muss man von ausgehen?

Zeuge Wolfgang Alster: Kann sein, kann nicht sein, weiß ich nicht. Also, wir sind ja nicht - - Wenn wir eine Leitung an irgendjemanden vermieten - - was der da drauflegt, das wissen wir ja nicht als Telekom, da müssten wir ja unsere Kunden kontrollieren. Das machen wir natürlich nicht.

1) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist ja ungefähr, als wenn Sie mich fragen würden, zur Erläuterung vielleicht: Auf der Telefonüberwachung, war da auch Telefax drauf? - Das wissen wir als Telekom doch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie denn als Dienststellenleiter in diesen ganzen Fragen auch mit der Unternehmenssicherheit Kontakt?

Zeuge Wolfgang Alster: Wir haben drei Jahre in dieser Zeit zur Konzernsicherheit gehört, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

Zeuge Wolfgang Alster: Als oberste Abteilung.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Kontrollen, die wurden wie durchgeführt?

Zeuge Wolfgang Alster: Welche Kontrollen?

Martina Renner (DIE LINKE): Hinsichtlich der Frage - wir haben ja gehört, es gibt irgendwo eine Abgriffstelle, und dann wird zum Beispiel dann dieser gedoppelte Datenstrom irgendwohin geschickt -, ob zum Beispiel diese Leitung sicher ist, ob es Ausleitungs-, Umleitungsmöglichkeiten gibt. Also, wie man das Ganze sicher macht gegen den Zugriff von Dritten, wäre ja zum Beispiel eine Frage.

Zeuge Wolfgang Alster: Also, da sind wir nicht zuständig gewesen, das macht unsere Netzsicherheit.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber hatten Sie - deswegen war die Frage - in dem Zusammenhang auch Kontakt, zum Beispiel mit - -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie als Dienststellenleiter nicht selbst?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, in den drei, vier Jahren, wo wir zur Konzernsicherheit, habe ich natürlich mit meinem obersten Chef Kontakt gehabt. Ich weiß nicht, was ... (akustisch unverständlich), aber solange wir zur Konzernsicherheit

gehört haben, waren wir im Bereich der Konzernsicherheit und sind dann verlagert worden bei der Neuorganisation. Wir sind ja in der Zeit dreimal oder viermal umorganisiert worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber können Sie sich daran erinnern, ob diese Frage - ob es sozusagen bei dem Abgriff und bei der Weiterleitung der Daten irgendwie sozusagen auf jeden Fall nicht möglich ist, zuzugreifen - mal ein Thema war?

Zeuge Wolfgang Alster: Weiß ich nicht, aber die Leitungen, auch die abgegriffenen Leitungen, sind genauso sicher wie jede Leitung bei uns im Netz.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie mal davon gehört, dass es auch bei anderen Telekommunikationsanbietern derartige Projekte gab?

Zeuge Wolfgang Alster: Das weiß ich nicht. Aber ich gehe davon aus, wenn Sie mich so fragen. Aber selbstverständlich, den Gesetzen unterliegen alle Netzbetreiber und nicht nur die Telekom. Und wenn Sie mich jetzt fragen: „Hat der BND bei Firma XY abgehört?“, würde ich sagen: Wenn sie eine Anordnung hatten, haben sie es vielleicht gemacht. - Aber das wissen wir doch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, andersherum, vielleicht kann man das ja - - Hatten Sie das Gefühl, dass dieses Projekt eine besondere Priorität oder einen besonderen sozusagen Nachdruck auch beim BND hatte -

Zeuge Wolfgang Alster: Kann ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): - in der Kommunikation mit den - -

Zeuge Wolfgang Alster: Wir behandeln eigentlich alle Ansinnen von denen gleich. Wir unterliegen nicht der Priorität, die vielleicht der BND hat. Da können wir nichts dazu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Schaltaufträge liefern dann bei Ihnen auf?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Alster: Die Wünsche, die Schaltwünsche, oder was meinen Sie?

Martina Renner (DIE LINKE): Die Schaltwünsche, nennen wir es Schaltwünsche.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, für uns gibt es - - „Schaltaufträge“ ist für uns ein definierter Begriff als Fernmelder; dann kriegt die Betriebsstelle einen Auftrag, zu schalten. Deswegen: Was meinen Sie jetzt? Das, was vom BND bei uns reinkam, oder was?

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist Schaltwunsch oder ein Schaltauftrag?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, ein Schaltauftrag ist das nicht. Wenn wir den nicht veranlassen, dann wird es auch kein Auftrag.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich gerne wieder mit dieser besagten T-Akte kommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann aber die letzte Frage sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist die letzte Frage; Tagebuchnummer 62/14.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Das ist eben in der nicht paginierten Akte so ein bisschen schwierig.

(Der Zeuge blättert in den
ihm vorgelegten
Unterlagen)

Ist das ein Fax? Also, wir können das ja natürlich immer nicht erkennen. Oder können Sie aus Ihrer - - was das ist? Eine ausgedruckte E-Mail? Ist das ein Fax? Was ist das?

(Der Zeuge liest in den
Unterlagen)

Zeuge Wolfgang Alster: Inhaltlich nichtöffentlich, nehme ich an, weil ein Geheim-Stempel drauf ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie würden jetzt sagen: „Das heißt Schaltauftrag“?

Zeuge Wolfgang Alster: Das heißt Schaltauftrag, aber in dem Zusammenhang - - Das würde ich Ihnen gerne erklären, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, alles klar. Aber nur, das ist ja jetzt nicht - - Ist das ein Fax? Was ist das?

Zeuge Wolfgang Alster: Eine E-Mail oder was, oder?

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist eine E-Mail? Dann ganz kurz - Sie müssen ja nur Ja oder Nein sagen -: Die handschriftlichen Anmerkungen, sind das Ihre?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, das würde ich sagen; das ist meine Handschrift, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann reden wir da nachher zu. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde jetzt übergeben an die Fraktion der CDU/CSU. Die Fraktion der CDU/CSU hat im öffentlichen Teil keine weiteren Fragen. - Dann kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, vielleicht können Sie mir da noch mal helfen. Dieser Vertrag „Transit“: Kann man sagen, der ersetzt die Anordnungen, die Sie bekommen haben, generell?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, das ist was vollkommen anderes.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das sagen, was anderes? Ich will jetzt gar nicht auf die Inhalte eingehen, aber was - -

Zeuge Wolfgang Alster: Alles, was Endpunkt Deutschland ist, unterliegt ja der G-10-Anordnung. Und G-10-Anordnung, die können wir,



Nur zur dienstlichen Verwendung

nehme ich an, im nichtöffentlichen Teil diskutieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Aber kann man sagen: „G-10-Anordnungen betrafen den Verkehr unter Beteiligung deutscher Grundrechtsträger“? Und dass hier nicht oder - -

Zeuge Wolfgang Alster: Also, ich kenne die Diskussion über die Grundrechtsträger. Die verfolge ich nämlich, weil ich es juristisch interessant finde. Aber wir wissen als Telekom nicht, ob in einer Leitung, auch in einer G-10-Leitung, ein englischer oder sonst was für ein Grundrechtsträger drin ist, weil wir nicht wissen, was in den Leitungen drin ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn Sie jetzt einen Auftrag bekommen haben oder einen Antrag, einen schriftlich - Sie sagen ja: Das kam per Fax -, wie haben Sie denn das abgegrenzt? Also, Sie haben jetzt eine bestimmte Transitleitung zu kontrollieren und abzuleiten dann an den Bundesnachrichtendienst oder wen auch immer. Dann haben Sie eine bestimmte Leitung ausgewählt, oder was?

Zeuge Wolfgang Alster: In den Anordnungen sind immer ganz definierte Leitungsbezeichnungen enthalten. Bei Transitleitungen sind nun mal die Quelle und die Senke des Fernmeldeverkehrs im Ausland.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Und bei einer G-10-Anordnung ist immer entweder Quelle oder Senke des Fernmeldeverkehrs in Deutschland. Und immer dann, wenn die Quelle in Deutschland ist, dann braucht man eine G-10-Anordnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wir haben jetzt mal gehört, dass ja auch sein kann, dass im Ausland-Ausland-Verkehr, also reiner Transit bei Ihnen - - Da können ja auch Grundrechtsträger betroffen sein, grundsätzlich vielleicht weniger, aber - -

Zeuge Wolfgang Alster: Sie meinen, dass ein Deutscher aus X-Staat, also aus dem Ausland, in ein anderes Ausland telefoniert von dem Ausland her?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Das könnte sein, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das könnte sein.

Zeuge Wolfgang Alster: Das wissen wir nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dafür brauchten Sie aber jetzt auch nicht, wenn Sie da ran wollten - - Oder haben Sie dann was unternommen, um das zu vermeiden, zu verhindern, dass das dann aufgenommen wurde?

Zeuge Wolfgang Alster: Konnten wir ja gar nicht. Dann hätten wir ja in der Leitung mithören müssen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja eben.

Zeuge Wolfgang Alster: Wir wissen ja nicht, wenn einer deutsch spricht, ob er auch deutscher Staatsbürger ist. Also, da kann die Telekom - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, ob der Bundesnachrichtendienst - und wenn wo - gemacht hat?

Zeuge Wolfgang Alster: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das dann aussortiert. Nein, also Sie haben nur hier als Gegenstand dieses Transitverkehrs, haben Sie das - - Und Sie brauchten keine G-10-Anweisungen, weil das ja Grundrechtsträger, jedenfalls für Sie, erst mal nicht betraf?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war egal, ob das leitungsgebunden war oder leitungsvermittelt, also Telefon und - das haben wir ja vorhin noch mal gehört - Fax, oder ob das Pakete waren, Internet?

Zeuge Wolfgang Alster: Man hat rein technisch jetzt auf einer PSTN-Leitung keine Datenpakete übertragen. Deswegen könnten aber dann jetzt Daten übertragen sein mit Modems oder so. Das ist ja eine Übertragungsart. Sie können ja auf einer normalen PSTN-Leitung keine Datenpakete übertragen. Das funktioniert ja gar nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht nicht? Ist zu viel?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, das geht technisch nicht, weil das eine andere Übertragungstechnik ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. Also, aber jetzt bei dem Gegenstand dieses „Transit“-Vertrages war beides dabei?

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gerne nichtöffentlich machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie denn sagen, ob Sie noch andere solche Projekte oder Verträge hatten, mit oder ohne Vertrag, also Projekte mit oder ohne Vertrag?

Zeuge Wolfgang Alster: Mit der Telekom oder - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Wolfgang Alster: Mit der Telekom oder mit wem?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Telekom und BND.

Zeuge Wolfgang Alster: Nichtöffentlich, würde ich sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie können auch nicht sagen, ob, jetzt mal unabhängig davon, wann und welcher Gegenstand das war?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, ich persönlich habe nur Kenntnis von diesem einen Vertrag da.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Wolfgang Alster: Ich persönlich habe nur Kenntnis von dem einen Vertrag, und - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nur Kenntnis von dem einen Vertrag; aber Sie waren ja da eigentlich der Chef der Abteilung, wenn ich das mal so sagen kann.

Zeuge Wolfgang Alster: Also, das sage ich jetzt auch für meine Abteilung. Also, ich gehe davon aus, dass, wenn es andere Verträge gegeben hätte, ich das gewusst hätte, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hätten Sie gewusst; ja genau, darauf zielte meine Frage ab. Da haben Sie also was anderes nicht gewusst. Und wenn man das jetzt mal nicht nur auf die Zeit beschränkt, 2004 bis 2008, war das denn danach - - Wissen Sie, ob danach - - Sie waren ja danach noch lange Zeit dort. Gab es denn da ein anderes Projekt dieser Art?

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist nichtöffentlich, meine ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, jetzt mal unabhängig davon, ob es dazu einen Vertrag gab, sondern einfach, ob es ein Projekt gab. Es muss ja nicht jedes Mal vielleicht ein Vertrag zugrunde liegen. Ich weiß es nicht, aber das wäre dann die Frage, die wir vielleicht in nichtöffentlicher Sitzung klären müssen.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, da können Sie jetzt hier nichts weiter zu sagen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch mal die Frage, von wem Sie diese Aufträge erhalten haben. Haben Sie auch im direkten Kontakt, jetzt nicht nur über schriftliche - entweder über den Vertrag generell oder über schriftliche G-10-Anordnungen -, sondern auch mündlich irgendwas - -

Zeuge Wolfgang Alster: Bei uns gibt es keine Mündlichkeit. Wir können alles nachweisen an Eingriffen, sonst hätten Sie ja die Akten auch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich vermute ja, dass Sie mit dem Bundesnachrichtendienst in diesem Zusammenhang nicht nur schriftlichen Kontakt hatten, sondern auch mündlichen Kontakt. Haben wir vorhin auch von Ihrem Kollegen gehört.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, Details würde ich gerne nichtöffentlich erläutern zu dem Thema Ablauf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Kollege hat vorhin gesagt: sowohl telefonisch als auch per E-Mail. - Stimmt das? Haben Sie das auch gehabt?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, Kontakt, wenn es nicht gezielt auf den Vertrag ist - - Selbstverständlich haben wir mit einer Behörde, die mit uns zusammenarbeitet, E-Mail-Kontakt, per Telefon, per E-Mail, oder wenn einer vorbeikommt, einen Beschluss bringt oder was, von der Polizei, auch da, das ist selbstverständlich eigentlich. Aber es hat mit dem Vertrag nichts zu tun.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, das wäre jetzt meine Frage. Wenn Sie Kontakt haben, was war dann Gegenstand von solchen Gesprächen oder Kontakten? Waren das nur irgendwie Begrüßungen?

Zeuge Wolfgang Alster: Das waren auch allgemeine Fragen zur Fernmeldetechnik: Wie baut sich ein Network auf oder so was, also allgemeine Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Technische Fragen, oder was?

Zeuge Wolfgang Alster: Technische Fragen manchmal, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, auch hier, zu dem, über was wir die ganze Zeit reden?

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gerne nichtöffentlich ausführen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, mit wem Sie - - Waren das immer die gleichen Personen? Oder war das - - Waren die anwesend, oder waren das Leute, die Sie dann telefonisch nur erreicht haben, oder per E-Mail bei der - -

Zeuge Wolfgang Alster: Möchte ich auch nichtöffentlich ausführen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ob es auch den direkten Kontakt gab, wenn Sie sich da getroffen haben vielleicht, oder - -

Zeuge Wolfgang Alster: Ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollen Sie nicht sagen?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, will ich nicht, klar, aber nichtöffentlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber warum eigentlich? Was für ein Geheimnis soll das denn sein? Ich habe ja noch nicht nach dem Inhalt gefragt.

(RAn Dr. Gina Greeve: Die Diskussion hatten wir doch vorhin schon mal! Es geht hier um die Zusammenarbeit, es wird jetzt hier auch nicht weiter differenziert, und im Zusammenhang mit dem Vertrag gibt es keine öffentlichen Angaben, wie wir es schon



Nur zur dienstlichen Verwendung

besprochen haben! Ansonsten sind ja allgemein die Antworten gegeben worden, Herr Ströbele!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Die Fragezeit wäre auch jetzt um an dieser Stelle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hätte ich eigentlich gerne vom Zeugen was gehört dazu und nicht von Ihnen, Frau Kollegin.

(RAn Dr. Gina Greeve: Ich habe ja keinen Inhalt wiedergegeben!)

- Sie sind hier auch nicht als Sachverständige.

(RAn Dr. Gina Greeve: Nein, ich bin auch nicht als Sachverständige, aber was das Rechtliche angeht - -)

- Sie können den Zeugen beraten, das hat der Vorsitzende Ihnen ja auch schon gesagt.

(RAn Dr. Gina Greeve: Ja, das Rechtliche, da kann ich natürlich was zu beitragen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt als Nächstes zur Fraktion der SPD. Genau. Ich darf Ihnen das Wort geben, Frau Kollegin Mittag.

Susanne Mittag (SPD): Ich habe nur eine Verständnisfrage. Wir hatten aus dem Protokoll 17/28 - - Darf ich daraus zitieren, auch wenn es vorläufig ist? Nicht, dass hier Hektik aufkommt. Da wurde Herr Reinhardt Breitfelder befragt und hat unter anderem gesagt - - Es gab also offensichtlich noch eine Zeit vor G 10, und Sie hatten gesagt, Sie sind seit 1980 da, und es lief immer alles über G 10. Richtig? - Gut.

Und ein kurzes Zitat aus diesem Protokoll: Herr Flisek hat dann gesagt, Ihnen wurde dann aber im Zweifel auch von Mitarbeitern berichtet, wie

diese Kommunikationsergebnisse ausgesehen haben. - Und Herr Breitfelder sagte dann: Ja gut, der kam dann zurück und hat gesagt: „Also, hier, das gibt nichts mehr her, der will abgesichert sein, da müssen wir jetzt was tun.“

Auf die Frage: „Wer will abgesichert sein? Der Netzbetreiber? Telekom?“, sagt Herr Breitfelder:

Nicht der Netzbetreiber, sondern der Mensch des Netzbetreibers, der an dem Kabel stand und das Zeug da bediente. Das war ein Beamter ..., der wie ein - - ja, gehobener Dienst ..., der da stand und hat gesagt: „Jetzt haben wir euch das gegeben. Mehr gibt es ... nicht. Ich kriege kalte Füße“ - so ähnlich.

Also, das war ein Mitarbeiter des Netzbetreibers im gehobenen Dienst, das hat er zugesagt. Und da ging es darum, dass es danach eine sozusagen G-10-Absicherung geben musste. Haben Sie davon Kenntnis, dass es vor dieser G-10-Zeit - Sie sind ja seit 1980 schon da - noch andere Vertragsbedingungen gab, dass auch mal was nicht über G 10 lief?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, es gab immer G 10, ganz klar, als rechtliche Regelung, und diesen „Transit“; diese zwei Eckpunkte gab es. Und diese zwei Eckpunkte haben irgendwann angefangen, sich zu vermischen im Netz. Und es kann durchaus sein, dass da eine Diskussion mal war, dass wir gesagt haben eben: Das ist kein „Transit“ mehr, da ist jetzt eine Leitung drin oder was. - Und dann können wir das so nicht mehr machen, dann brauchen wir eine G-10-Anordnung. Das kann sein. Das weiß ich nicht mehr.

Weil, Sie müssen sich vorstellen, so ein Netz, das entwickelt sich, -

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: - und plötzlich ist eine Leitung, die erst „Transit“ war - das sind ja hochwertige Leitungen, das ist ja keine eine Leitung - - kommt plötzlich eine neue Leitung rein, die dann nicht mehr „Transit“ wäre. Und da man die



Nur zur dienstlichen Verwendung

ganze Leitung - - da man das nicht unterscheiden kann, kann durchaus der Punkt kommen, dass wir, wenn wir es gesehen haben, gesagt haben: Hier haben wir eine Leitungsumschaltung, das können wir nicht mehr so machen.

Susanne Mittag (SPD): Könnte es sein, dass Sie das dann gewesen sind, dass Sie sagen: Die Leitungen haben sich jetzt weiter - -

Zeuge Wolfgang Alster: Wenn das so ein Fall wäre, könnte das sein, ja.

Susanne Mittag (SPD): Ja, also dass sich die Leitung sozusagen weiterentwickelt hat.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Sie hatten ja vorhin gesagt: „Transit“ hatte sich irgendwann mal erledigt.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Dass sozusagen in dieser Umstellungsphase Sie gesagt haben: Nein, so läuft das nicht mehr, wir müssen jetzt - -

Zeuge Wolfgang Alster: Also, sobald wir gemerkt haben - was Herr Ströbele gefragt hat, mit dem Grundrechtsträger -, dass irgendwo da was tangieren könnte, dann haben wir sofort eingegriffen und haben alles auf andere rechtliche Füße stellen lassen oder abgeschaltet.

Susanne Mittag (SPD): Ist das erst nach einer Weile aufgefallen, -

Zeuge Wolfgang Alster: Das kann ich heute nicht mehr sagen.

Susanne Mittag (SPD): - oder ist das der Eindruck vom Protokoll? Oder dass man sagt: „Ein-, zweimal geht, aber wir müssen das jetzt genauer trennen“?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, „bewusst geht“ geht gar nicht bei uns.

Susanne Mittag (SPD): Bitte was?

Zeuge Wolfgang Alster: „Bewusst geht“ geht gar nicht, dass einer jetzt wüsste: Da ist was drin. Auch ohne ... (akustisch unverständlich) Alle Mitarbeiter sind darauf geschult, aufs Fernmeldegeheimnis, und sobald das einer entdecken würde, würde das sofort geändert werden.

Susanne Mittag (SPD): War das eine größere Diskussion auch mit dem BND, dass Sie sagen: „Wieso? Wo liegt das Problem? Klappte doch bislang ganz gut“?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein. Wir haben das auch sehr einseitig gesehen, dass wir Träger des Fernmeldegeheimnisses sind, und wir haben das zu verantworten und haben nicht diskutiert.

Susanne Mittag (SPD): Das hatte also mit der Entwicklung der Netze eigentlich zu tun?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Sodass „Transit“ langsam auslief?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Ja, also im Prinzip können wir jetzt erst mal davon ausgehen, dass Sie wahrscheinlich die Person gewesen sind, wo Sie gesagt haben: Das läuft nicht mehr.

Zeuge Wolfgang Alster: Das kann ich nicht sagen, also das weiß ich wirklich - - Ich sage nur: Die Diskussion kann ich mir vorstellen, weil wir ständig auf Wiedervorlage praktisch haben. Auch ein Teilnehmerwechsel - - Bei der normalen Strafprozessordnung kommt ja auch vor, dass ein Teilnehmer wechselt und der Beschluss dann nicht mehr rechtsgültig wäre. Das beenden wir sofort.

Susanne Mittag (SPD): Aber ich meine, Sie haben sich ja öfter mal mit den BND-Beamten ausgetauscht. Und Sie waren ja im Prinzip für die Annahme und Weiterleitung mit diesem Bereich zuständig. Können Sie sich daran erinnern, dass irgendwann ja mal offensichtlich ein Wechsel war - „Transit“ trifft nicht mehr so zu -, dass Sie das mal als Problem erörtert haben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich meine, insofern müsste Ihnen das - -

Zeuge Wolfgang Alster: Das kann durchaus sein, aber ich weiß es wirklich nicht mehr. Das kann durchaus sein. Selbstverständlich, wenn das bei uns erkannt worden wäre, hätte ich als Dienststellenleiter da sofort gehandelt und eine Diskussion angefangen.

Susanne Mittag (SPD): Wer könnte es sonst noch gesagt haben? Wenn Sie als Dienststellenleiter eigentlich dafür zuständig sind, ist die Wahrscheinlichkeit ja relativ hoch, dass Sie es auch mal gesagt haben. Das ist ja gar nicht verkehrt.

Zeuge Wolfgang Alster: Wenn ich da war, war ich es.

Susanne Mittag (SPD): Oder Herr Helfrich wäre es dann, weil das Ihr Vertreter wäre, falls Sie in Urlaub sind?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Aber mehr Personen könnten es eigentlich nicht gewesen sein? Es gibt ja immer einen Dienstweg für solche Sachen.

Zeuge Wolfgang Alster: Also, da erinnere ich mich - - Da ich an keinen konkreten Fall mich erinnere, kann ich schlecht sagen: Das könnte der oder der gewesen sein. - Bei uns hätte jeder Kollege gleich gehandelt. So sind sie aufgestellt, geschult, dass, wenn sie merken, dass am Fernmeldegeheimnis was eckt, sie mauzen.

Susanne Mittag (SPD): Aber die sind ja nicht alle im gehobenen Dienst, oder?

Zeuge Wolfgang Alster: Bezahlungsmäßig ja, Teile ... (akustisch unverständlich) beurlaubt als Mittlerer-Dienst-Beamte.

Susanne Mittag (SPD): Alle 14, 15 sind im gehobenen Dienst?

Zeuge Wolfgang Alster: 14, 15 - nicht jeder, der im gehobenen Dienst ist, ist A 14, A 15.

Susanne Mittag (SPD): Nein, aber in dem Protokoll, wo es ist, da muss irgendeine Leitungsfunktion sein aus dem gehobenen Dienst?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, bei uns auf der Dienststelle gab es nur zwei Gehobener-Dienst-Beamte vom Laufbahnrecht her, das ist der Kollege Helfrich und ich.

Susanne Mittag (SPD): Gut. Dann können wir das - -

Zeuge Wolfgang Alster: Und unser Chef oben drüber war Direktor, der war A 15.

Susanne Mittag (SPD): Ist ja auch nicht problematisch, wenn Sie sich darum gekümmert haben, das war ja gut.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, nur, auf den Einzelfall kann ich es nicht - -

Susanne Mittag (SPD): Ist ja auch schon lange her.

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist aber generell unsere Handlungsweise, dass wir - - Weil wir haben alle mal einen Eid auf das Fernmeldegeheimnis geschworen.

Susanne Mittag (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Damit kommen wir jetzt zur Fraktion Die Linke. - Keine weiteren Fragen. Dann kommen wir zur Fraktion der Union. - Keine weiteren Fragen. - Damit sind wir bei der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele, vermute ich?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt einfach nur eine Verständnisfrage, weil das, was die Kollegin gerade gefragt hat und was ich gefragt habe, war ja ein bisschen was Ähnliches.

Habe ich Sie jetzt richtig verstanden in Ihren Antworten, in den letzten Antworten, dass bei diesen Transitverkehren Ausland-Ausland es



Nur zur dienstlichen Verwendung

sein konnte, dass da mal auffiel, dass da vielleicht doch Grundrechtsträger dabei sind, wozu Sie dann eine G-10-Anordnung benötigten, wenn Sie das weitermachen wollen, und dass Sie oder jemand anders dann eingegriffen hat und gesagt hat: „Das geht nicht, das dürfen wir nicht“, oder so?

Zeuge Wolfgang Alster: Wenn das vorgekommen wäre, hätten wir sofort eingegriffen, wenn wir es erfahren hätten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ist das mal vorgekommen?

Zeuge Wolfgang Alster: Das weiß ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das wäre doch was - sagen wir mal - Substanzielles gewesen.

Zeuge Wolfgang Alster: ... (akustisch unverständlich) abgeschaltet haben, ist das immer eigentlich automatisch erfolgt. Also, immer wenn Sie ein Netz umschalten, dann kriegen Sie ein neues Übertragungsprotokoll rein. Dann können Sie in dieser Leitung gar kein anderes Protokoll mehr reinschalten, weil es nicht transportiert wird. Das heißt, diese Abschaltung erfolgt eigentlich immer sukzessive pro Leitung. Das kann da eigentlich nicht passieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, weil Sie es ja jetzt zuletzt so diskutiert haben, als wenn es durchaus eine Möglichkeit war, nur Sie nicht mehr genau wissen, ob Sie da - -

Zeuge Wolfgang Alster: So ein modernes Fernmeldenetz lässt Verbindungsmöglichkeiten, -aufkommen zu - und gerade heute noch viel mehr -, die sind überschaubar und müssen streng kontrolliert werden. Aber das ändert sich alles. Das heißt, das kann durchaus sein, dass - - Das kann eigentlich nicht sein, nein, eigentlich kann es nicht sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf vielleicht gleich anknüpfen. Ich hatte Sie vorhin so verstanden, dass Sie gesagt haben: Man kann gar nicht genau wissen, was in der Strecke für Verkehre laufen.

Zeuge Wolfgang Alster: Das muss ich jetzt - - müssen wir jetzt juristisch-fernmeldetechnisch austragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, sagen Sie es mir technisch!

Zeuge Wolfgang Alster: Letztendlich steht die Strecke - - Was für Verkehre da laufen, was meinen Sie damit? Wo denn - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wo nach wo.

Zeuge Wolfgang Alster: Das kann man natürlich - - weil die Leitungsbezeichnung fest bezeichnet ist mit der Leitungsschlüsselzahl und einem Punkt: Ziel- und Endpunkt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und das ist ja - - Für die leitungsvermittelten Verkehre ist das so.

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - So, und Sie haben gesagt - -

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist auch für die paketvermittelten Verkehre so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch für die paketvermittelten Verkehre so, -

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass man eine Leitung aussucht und dann weiß man, welche Verkehre darauf laufen?

Zeuge Wolfgang Alster: Sie wissen die Leitungsbeziehungen. Was für Verkehre darauf laufen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen Sie nicht, weil das ist beim paketvermittelten Verkehr letztendlich vermittlungsabhängig, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Wolfgang Alster: - das heißt, markiert im Netz oder so was.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und weiß man bei paketvermittelten Datenweiterleitungen, ob Grundrechtsträger betroffen sind oder nicht?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Wolfgang Alster: Das weiß man nicht. Deswegen gibt es - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Deswegen frage ich Sie jetzt mal konkret: Wenn es einen Vertrag „Transit“ gegeben hätte, in dem drinsteht, dass die Deutsche Telekom paketvermittelte Verkehre auszuleiten hat, dann habe ich Sie jetzt verstanden: Mit Ihrem Berufsethos hätten Sie dem nicht zugestimmt, weil das nicht möglich gewesen wäre.

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gern nichtöffentlich mit Ihnen besprechen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist insofern misslich, dass Sie jetzt den Teil im nichtöffentlichen Teil behandeln wollen, weil Sie ja eben erklärt haben, sozusagen wie genau geprüft wird und dass natürlich nichts gemacht wird, was irgendwie problematisch sein könnte - und das könnte ja problematisch sein -, und dass Sie das jetzt hier nicht mit derselben Verve beantworten - - wollen Sie nicht.

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Können Sie sich erinnern, wie das Datum dieses „Transit“-Vertrages war?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, weiß ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es nur einen Vertrag „Transit“?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es vorher Verträge zwischen dem BND und dem großen deutschen Telekommunikationsunternehmen?

Zeuge Wolfgang Alster: Ich denke, nichtöffentlich; aber ich will eine Anmerkung machen: Selbstverständlich, er ist ein Kunde der Deutschen Telekom AG; die werden mit Sicherheit mit der Telekom viele Verträge haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Mobilfunkverträge und so.

Zeuge Wolfgang Alster: Zum Beispiel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber Verträge wie „Transit“, wo es um die Ausleitung von Datenverkehren geht?

Zeuge Wolfgang Alster: Das würde ich gerne nichtöffentlich sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie ja vorhin sagten: Es gibt immer G-10-Anordnungen.

Zeuge Wolfgang Alster: Sie fragen erst allgemein nach Verträgen, dann kommen Sie wieder auf das G 10 zurück?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe das spezifiziert eben, ich habe gesagt: Verträge. Erst haben wir uns über Mobilfunkverträge - wobei ich das - - also - - ja, gut - - aber - - und dann habe ich das spezifiziert und gesagt: Verträge wie „Transit“, wo es um die Datenausleitung von Strecken - -

Zeuge Wolfgang Alster: Verträge, wo es um Datenausleitungen ging, gab es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Andere als „Transit“ gab es nicht?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht vorher und nicht nachher?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass, wenn jetzt jemand etwas machen möchte, was sozusagen nicht genau so gesetzeskonform ist, der Ihre Abteilung umgehen kann?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, man muss grundsätzlich immer unterscheiden: Wir sind zuständig - - eine Stelle für legale Eingriffe des Staates in unser Netz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Eine Stelle für illegale Eingriffe gibt es bei uns nicht bei der Telekom.

(Heiterkeit)

Es kann also höchstens sein, dass illegal in ein Netz eingegriffen wird; aber da wäre die Netzsicherheit zuständig.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wären Sie nicht zuständig!)

- Wir machen nun mal nichts Illegales², dürfen Sie - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist super und das finde ich auch richtig gut. Neben sozusagen den Abläufen, die Sie beschrieben haben bei der Umsetzung dieser Anordnungen oder dieses einen Vertrages: Überprüfen Sie das denn auch vor Ort?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also man geht nicht in den Raum XY und guckt sich mal an, wie diese Erfassungspunkte - - wie das technisch gemacht wird? Dafür ist Ihre Abteilung zumindest nicht zuständig.

Zeuge Wolfgang Alster: Also, alles, was mit G 10 legal ... (akustisch unverständlich) eingegangen - - sind wir zuständig; aber wir prüfen doch nicht unseren Betrieb, ob er eine Einrichtung richtig einbaut oder so, -

(Zuruf: Wer?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob er eine Einrichtung nicht einbaut?

Zeuge Wolfgang Alster: - richtig einbaut, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig einbaut.

Zeuge Wolfgang Alster: - bei legalen Maßnahmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ist es denn immer so gewesen, dass es Telekom-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter selbst waren, die dann die technische Umsetzung der Dinge, die Sie entschieden haben, vollzogen haben?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, weil alle Kollegen, die daran arbeiten, immer VS-überprüft sind.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom BND!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber die Frage eben - - Könnte es sein, dass Mitarbeiter eines Vertragspartners dann zum Beispiel bei der Umsetzung in diesen von Ihnen angemieteten Räumen das mit Telekom-Mitarbeitern zusammen machen?

2) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Wolfgang Alster: Ich verstehe die Frage schon gar nicht. Also, wir reden vom G 10; das wird von Leuten von uns bearbeitet, ausschließlich, von Anfang bis Ende, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausschließlich?

Zeuge Wolfgang Alster: - und diese Leute sind alle sicherheitsüberprüft. Deswegen verstehe ich die Frage nicht ganz, weil wer soll da jetzt sonst - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich formuliere das mal aus: Wir haben Anlass zu der Vermutung, dass der BND Zugang zu Telekom-Gebäuden hatte und da ein und aus gegangen ist. Da frage ich mich, ob bei dieser Frage des Zugriffs auf die Leitung tatsächlich nur überprüfte Telekom-Mitarbeiter unterwegs waren oder vielleicht der Dienst auch selbst.

Zeuge Wolfgang Alster: Also, die, die wir bearbeitet haben, sind so. Und was Sie da in den Raum stellen, wäre so, als wäre der BND als Elektrofirma jetzt, als Subunternehmer, bei der Telekom gewesen, hätte da gearbeitet - das wissen wir natürlich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich finde es auch kurios; -

Zeuge Wolfgang Alster: Deswegen habe ich, Entschuldigung, nachgefragt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber ich denke es mir nicht aus, ja? Aber Sie wissen nichts davon?

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie wissen auch nichts davon, dass der BND Zutritt zu Gebäuden der Deutschen Telekom hatte?

Zeuge Wolfgang Alster: Also, im Regelfall war unsere Dienststelle im internen Betrieb so bekannt, dass wir sogar vielleicht erfahren hätten,

wenn da was - - wo irgendwo einer aufgetaucht wäre, der eine Frage gestellt hätte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben vielleicht eigene Ausweise gehabt und sind da ein und aus gegangen.

Zeuge Wolfgang Alster: Mein Gott, klar, die haben auch Personalausweise und ... (akustisch unverständlich).

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie wollen das nicht ausschließen. Aber Sie wissen davon - -

Zeuge Wolfgang Alster: Also, das eben - - unterstellen Sie mir was. Ich kann doch nicht ausschließen, dass irgendwo ein BND-Mitarbeiter heimlich in unsere Gebäude eingedrungen ist und da was gemacht hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage nichts von heimlich, ich sage: offiziell.

Zeuge Wolfgang Alster: Von unserer Stelle aus gibt es da keine Erkenntnisse.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie den Vertrag „Transit“ gelesen damals?

Zeuge Wolfgang Alster: Ja, ganz bestimmt sogar, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum meinen Sie denn, dass dort auch Gebäudeteile angemietet werden, wenn Sie davon ausgehen, dass niemand da reingeht?

(RAn Dr. Gina Greeve:
Also, das hatten wir schon:
Das ist der nichtöffentliche
Teil zur Zusammenarbeit
und im Rahmen des
„Transit“-Vertrages, also
nichtöffentlich!)

- Ja, gut; aber der Zeuge hat eben ausgeschlossen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RAn Dr. Gina Greeve:
„Heimlich“, das bezog sich
auf heimliche!)

Zeuge Wolfgang Alster: Sie haben „heimlich“ gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nichts von „heimlich“ gesagt.

Zeuge Wolfgang Alster: Sie haben mich vorhin gefragt, ob wir Kontakt mit denen hatten. Selbstverständlich waren die bei uns auch in einer Besprechung mal da. Aber das hat doch alles mit dem Weiteren nichts zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging um die technische Umsetzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Kollege Wolff meldet sich, Herr Kollege von Notz. Vielleicht eine Unterbrechung. Ich weiß jetzt nicht, was das ist; aber das wäre vielleicht interessant zu hören. - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich glaube, man redet aneinander vorbei. Ich will nur mal kurz den § 27 Absatz 4 Nummer 1 der TKÜV zitieren, wo das ausdrücklich geregelt ist: dass der Verpflichtete während seiner üblichen Geschäftszeiten folgenden Personen nach Anmeldung Zutritt zu den bezeichneten Geräten zu gewähren hat:

den Bediensteten des Bundesnachrichtendienstes zur Einarbeitung und Wartung ...

Das ist die gesetzliche Vorschrift in der TKÜV. Ich glaube, Sie reden im Moment ein bisschen aneinander vorbei. Da wird jetzt was konstruiert, was vielleicht ganz unproblematisch ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schön, dass Sie das jetzt einwerfen. Ich habe die Frage gestellt, ob die technische Umsetzung der Dinge, die hier von Herrn Alster und seinen Kollegen genehmigt werden, überprüft wird. Dann wurde die Frage gestellt: Warum denn? Da sind ja nur Telekom-Leute unterwegs. - Jetzt haben Sie noch mal die gesetzliche Grundlage dafür genannt, dass die BND-Mitarbeiter

nicht illegal in dem Telekom-Gebäude unterwegs sind - na, Gott sei Dank -; aber offensichtlich weiß Herr Alster nichts davon, und das ist im Hinblick auf die Frage der Kontrolle der Umsetzung schon ein Problem. Deswegen frage ich Sie noch mal: Sie wissen nichts davon, dass BND-Mitarbeiter sozusagen zu diesen Erfassungspunkten selbst Zutritt hatten?

Zeuge Wolfgang Alster: ... (akustisch unverständlich).

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen das Mikro anmachen!

Zeuge Wolfgang Alster: Zu der TKÜV: Genau, was Herr Wolff gesagt hat, ist natürlich - - haben die zu unseren Gebäuden Zutritt gehabt und sind auch zu uns gekommen - - und wir sie - - versucht, mit organisatorischen Mitteln zu steuern, dass wir praktisch den Verkehr dahin bringen, wo die sind, im Rahmen der TKÜV.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also das heißt, die Erfassungspunkte liegen außerhalb dieses Gebäudekomplexes?

Zeuge Wolfgang Alster: Das wollte ich eigentlich - hatte ich, glaube ich, vorhin schon gesagt - im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, sonst macht Ihre Antwort ja keinen Sinn, wenn das nicht so ist. - Aber das ist insofern auch relevant - - Ich kann ja nichts dafür, dass das hier so ein Eierlauf ist. Ich wünschte mir auch anders, dass Sie einfach sagen, was ich Sie frage, und mir einfach darauf Antworten geben. Ich habe Sie ja vorhin gefragt nach dem örtlichen Bezug, wo das Kabel verläuft, und da haben Sie gesagt: dort in Frankfurt. Und jetzt sagen Sie: „Der Erfassungspunkt ist aber nicht dort in diesem Gebäude“? Und wenn ich jetzt nachfrage - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Zeuge hat da gar nicht drauf geantwortet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Zeuge hat da gar nicht drauf geantwortet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der hat nicht gesagt: sowohl als auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder Sie bestätigen es jetzt, Herr Zeuge; dann ist es auch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zeuge hat gesagt, dass das in Frankfurt ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja; aber er hat nicht gesagt - -

Zeuge Wolfgang Alster: Ich habe nicht „in dem Gebäude“ gesagt, oder?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Er hat nicht gesagt, dass es im Gebäude ist - - und auch nicht im Gebäude.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, gut, okay. - Das wäre jetzt meine nächste Frage sozusagen: Aber in der Region? Und das wollen Sie mir jetzt nicht sagen, sondern das ist nichtöffentlich?

Zeuge Wolfgang Alster: Sie könnten auch sagen: „in Deutschland“; da würde ich sagen: Ja, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, ich habe ja vorhin gefragt: Weiter im Norden? - Da haben Sie gesagt, das sagen Sie auch nur nichtöffentlich. - Die interessante Sache ist für uns, dass wir immer versuchen, zu verstehen, welche Kabel - - wo das eigentlich verläuft, und niemand gibt uns darauf eine richtige Antwort. Das macht einen auch irgendwie - - Das scheint ein großes Geheimnis zu sein.

(RAn Dr. Gina Greeve: Wir sprechen jetzt hier immer

von „öffentlich“ und „nichtöffentlich“ bezogen auf die Angaben von dem Zeugen, nicht generell, so wie Sie es darstellen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mal ganz kurz, wegen der Zeit nur: Ich hatte den Eindruck, die anderen Fraktionen haben keine Fragen. - Ach so, doch. Dann muss ich den Kollegen von Notz unterbrechen; sonst hätte er weiter fragen können, wenn die anderen Fraktionen keine Fragen mehr haben.

Wenn sonst außer der Fraktion Die Linke keiner mehr Fragen hat, dann würde ich Frau Kollegin Renner von der Fraktion Die Linke jetzt das Wort geben für die Fragen der Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Alster, bis zu Ihrem Ausscheiden haben Sie ja in dieser Funktion gearbeitet, und Sie haben ja sicherlich auch die Presseveröffentlichungen in den letzten, ja, anderthalb Jahren zur Kenntnis genommen. Weswegen wir diese Operation „Eikonol“ hier so intensiv behandeln, hat den Grund, dass wir mittlerweile wissen, dass der BND diese Transitverkehre auf Wunsch der NSA erfasst hat. Wenn Sie das jetzt hören, hätte ich zwei Fragen dazu: Hat das zu einer Veränderung in der Praxis -

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, wir wussten - -

Martina Renner (DIE LINKE): - geführt? Das wäre die erste Frage. - Ich würde meine zweite - - können Sie gerne im Zusammenhang. Und sehr persönlich, wenn Sie jahrelang in diesem Bereich tätig waren, wenn Sie hören, diese Daten wurden auch an einen weiteren Geheimdienst gegeben: Wie denken Sie heute darüber, über diesen Vorgang „Transit“, vor dem Hintergrund der Informationen, die Sie jetzt vielleicht heute haben?

Zeuge Wolfgang Alster: Wir arbeiten mit deutschen Behörden zusammen, und für uns ist der Bundesnachrichtendienst eine oberste Bundesbehörde. Was die hintendran machen, das unterliegt nicht unserer Kontrollaufgabe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist für Sie un-
erheblich, dass die Daten nicht für den BND, son-
dern für jemand Drittes sind?

(RAn Dr. Gina Greeve:
Also, ich weiß jetzt nicht,
was das mit dem Untersu-
chungsgegenstand zu tun
hat! Der Zeuge ist hier dazu
da, Tatsachen zu bekunden
und nicht irgendwelche
subjektiven Meinungen
jetzt zu bekunden, weil das
ist nicht seine Aufgabe!
Er ist Zeuge, also bitte
konkrete Fragen in Bezug
auf Tatsachen, über die er
Bekundungen angeben
kann, die er bekunden
kann, und nicht subjektive
Meinungen!)

- Ich will es gerne erklären. Wir haben ja vorhin
die Frage diskutiert: Gab es zu dem Zeitpunkt der
Operation „Transit“ Bedenken, auch in der Tele-
kom? - Dazu gab es ja auch eine Verständigung
mit der Kollegin Mittag; da waren wir ja auch
schon im Bereich von Rechtsempfinden, ja? Ich
denke, das ist deswegen schon auch wichtig zu
hinterfragen, ob man - - wenn man damals viel-
leicht schon Bedenken hatte - weil ja auch nicht
ausgeschlossen werden konnte von dem Zeugen,
dass er derjenige war, der dort in den Akten zi-
tiert ist als leitender Mitarbeiter -, welche sozu-
sagen Konsequenz das dann hat, wenn man er-
fährt, dass die Bedenken ja durchaus vielleicht
auch berechtigt waren. Das ist für uns dann rele-
vant - -

Zeuge Wolfgang Alster: Wenn überhaupt da Be-
denken da waren, wenn ich das war, dann hat
das rein formaljuristische deutsche Gründe und
nicht etwa, dass wir gedacht haben, die liefern
das sonst wem ab. Wir wissen auch bei einer Te-
lefonüberwachung, die das BKA durchführt,
nicht, ob die das nicht an den französischen Ge-
heimdienst weitergeben oder was; das können
wir gar nicht beurteilen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Wolfgang Alster: - steht uns auch nicht zu.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, das war meine
Frage: ob das sozusagen in Betracht gezogen wird
bei den Überlegungen.

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, wir haben grund-
sätzlich darauf geachtet, dass das formaljuristisch
sauber alles geregelt ist und dass wir immer eine
Anordnung haben für so was. Und so ist das auch
gelaufen. Deswegen brauche ich den Einzelfall
nicht beantworten, weil das ist bei uns - - wäre
bei uns eine grundsätzlich solche Verhaltens-
weise gewesen, auch wenn ich mich da an den
Einzelfall ... (akustisch unverständlich).

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, herz-
lichen Dank. - Jetzt wäre wieder die Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen mit Fragen dran - wenn
noch Fragen bestehen. - Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN):** Also, vielleicht hängt das daran, dass Sie
in öffentlicher Sitzung gewissen Hemmungen un-
terliegen, was sagen zu dürfen; aber ich will es
noch mal versuchen: Ich habe mir notiert - das
hat auch Ihr Kollege vorher schon gesagt -: Ihre
Abteilung und Sie selber jetzt als Abteilungsleiter
waren dafür zuständig, erstens richterliche An-
ordnungen auszuführen, Telefonverkehre oder
nicht nur Telefax und alles Mögliche auszuleiten
auf richterliche Anordnung hin für die Polizei,
und für den Bundesnachrichtendienst waren Sie
zuständig bei entsprechenden G-10-Anordnun-
gen, auch Verkehre auszuleiten und denen zur
Verfügung zu stellen, um das mal jetzt verein-
facht zu sagen. - So habe ich es verstanden.

Und nun reden wir ja die ganze letzte Zeit da-
rum, dass es hier um Verkehre ging Ausland-
Ausland, von denen Sie selber sagen: Da braucht
es gar keine G-10-Anordnung, weil das ja nicht
deutsche Verkehre, also Grundrechtsträger, be-
trifft. Das heißt auch, das war gar nicht G-10-an-
ordnungsfähig, wenn man so will.

Zeuge Wolfgang Alster: Das ist nicht meine Mei-
nung, nur, Sie wissen, ich bin kein Jurist und das
war damals - ich würde es mal mit so einem
Schlagwort sagen - geltende Rechtsmeinung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, ja ... (akustisch unverständlich) sind wir ja.

Zeuge Wolfgang Alster: Aber nicht meine persönliche.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man denn dann nicht sagen, dann waren Sie, was auch immer in diesem Vertrag drinstand, für die Abwicklung dieses Vertrages überhaupt nicht zuständig? Weil da ging es ja offenbar nur um die Ausleitung von Ausland-Ausland und nicht um G-10-Verkehre.

Zeuge Wolfgang Alster: Richtig, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das richtig so?

Zeuge Wolfgang Alster: Das, ja, war wohl das Bundesnachrichtendienstgesetz, was das begründet hat, wenn ich mich recht erinnere.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Ihre Abteilung sollte ausleiten auf G-10-Anordnung oder richterliche Anordnung. Solche Anordnungen waren Ihrer Meinung nach - ob das jetzt stimmt, mag ja sein, kann herrschende Meinung oder nicht herrschende Meinung sein - - Jedenfalls: Für die Vertragserfüllung waren Sie eigentlich gar nicht zuständig. Wenn die Post - nicht die Post, die Telekom - jetzt mit dem Bundesnachrichtendienst so einen Vertrag schließt, er will auch Leitungen haben, die gar nicht unter G 10 fallen und auch nicht unter die richterliche Genehmigung, dann war bei der Telekom eigentlich ganz jemand anders zuständig und - -

Zeuge Wolfgang Alster: Ich hatte das in der ersten Gesprächsrunde schon mal klargestellt: Wir sind die Schnittstelle für Sicherheitsbehörden im operativen Bereich. Wir betreuen auch - - oder: Bei uns kommt auch die Polizei rein, wenn sie mit verdeckten Ermittlungen oder sonst was arbeitet, weil damit sichergestellt ist in der Firma, dass Leute mit einigermaßen Rechtswissen diese Leute kanalisieren können. Das heißt, wir sind für alle die Sicherheitsbehörden zuständig, die

irgendwelche - aus dem operativen Bereich - Wünsche an die Deutsche Telekom haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Wolfgang Alster: Und deswegen waren die bei uns schon richtig, auch damit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, okay. Also dann waren Sie für die Vertragserfüllung zuständig, aber ohne G-10-Anordnung? - Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Gibt es aus den Fraktionen noch weitere Nachfragen, in öffentlicher Sitzung wohlge-merkt? - Wenn es keine Fragen - - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch eine letzte Frage, weil ich Ihre Antwort darauf bisher nicht verstanden habe. Das muss ich jetzt sozusagen für mich noch mal klären und möglichst öffentlich, wenn das möglich ist. - Gegenstand dieses Vertrages „Transit“ waren leitungsvermittelte Verkehre?

Zeuge Wolfgang Alster: Da wollen wir uns doch im nichtöffentlichen Teil drüber unterhalten, über den Vertrag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann verstehe ich nicht, warum Sie das vorhin beantwortet haben und eben so, dass ich es nicht verstanden habe. Jetzt sagen Sie: Das ist nichtöffentlich. - Aber - -

(RAn Dr. Gina Greeve: Ja,
Details zum Vertrag: nicht-
öffentlich!)

- Wie bitte?

Zeuge Wolfgang Alster: Details zum Vertrag: nichtöffentlich, sagt Herr Ströbele, der ... (akustisch unverständlich).



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur da entsteht in der Öffentlichkeit natürlich ein total schiefes Bild, das ist Ihnen schon klar, ja? - Ja, gut.

Zeuge Wolfgang Alster: Nein, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will Sie ja gar nicht bereden; nur, es ist einfach schief, das so zu machen - ja? -, weil - -

Zeuge Wolfgang Alster: Wissen Sie, wie spät es ist, Herr Dr. Notz? Als Fernmelder - - wir leben einer ganz anderen Technikwelt, als Sie fragen. Das heißt, es lässt sich im nichtöffentlichen Teil eigentlich viel besser erläutern, was praktisch dahintersteht, weil man dann die Struktur besser darlegen kann. Aber die Struktur unseres Netzes ist nun mal ein Geschäftsgeheimnis - ja? - und wie wir Verkehre abwickeln, das sollten unsere Konkurrenten nicht wissen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, -

Zeuge Wolfgang Alster: - damit wir betriebswirtschaftlich besser dastehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das ist mit ein Grund, warum ich - wenn ich Ihnen das mal zurückgeben darf, Herr Alster - über Ihre Antwort, dass Ihnen das völlig wurscht ist, dass das eventuell an andere Nachrichtendienste weitergegeben wurde - die Daten, die da ausgeleitet sind -, massiv verwundert bin.

Zeuge Wolfgang Alster: Da brauchen Sie nicht verwundert sein - -

(RAn Dr. Gina Greeve: Das ist wirklich keine Diskussion jetzt! Das ist keine Frage und Sie beantworten - -)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache gern eine Frage draus,

(RAn Dr. Gina Greeve: Das war ein Statement!)

wenn Ihr Rechtsbeistand da gerne eine Frage draus hätte.

(RAn Dr. Gina Greeve: Nein!)

- Ach so.

(RAn Dr. Gina Greeve: Ich sage ja: Er muss nichts antworten, weil das war keine Frage! Entschuldigung, wir haben ja gesagt: Das war keine Frage, das war Ihre Wertung!)

- Er wollte ja drauf antworten; Sie haben ihn jetzt davon abgehalten.

(RAn Dr. Gina Greeve: Ja, ich rate ihm jetzt dazu, nicht darauf zu antworten!)

Zeuge Wolfgang Alster: Wir können doch, denke ich, nachher ausgiebig drüber reden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur jetzt ist dieses Bild, was Sie hier dargestellt haben, in der Öffentlichkeit entstanden, und Sie können es jetzt da nicht ausräumen offensichtlich. Ich halte das für problematisch; aber ich habe jetzt hier alles gegeben. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wenn es keine Fragen mehr gibt - -

Zeuge Wolfgang Alster: Herr Vorsitzender, einen Satz möchte ich gern noch anhängen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gerne.

Zeuge Wolfgang Alster: Ich hatte vorhin dargelegt, welche Auffassung wir in unserem Arbeiten haben vom geheim gehaltenen Geheimnis. Selbstverständlich hätte uns das irritiert, wenn wir die Idee gehabt hätten, dass ein deutscher Nachrichtendienst das woandershin gibt; das ist doch klar. Aber das wissen wir doch nicht und können nicht davon ausgehen wie bei Spionage oder sonst was.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da ist es ja nun so, dass Sie auch in den letzten - - Ich meine, das ist ja ein Bereich, mit dem Sie jetzt viele Jahrzehnte verwoben waren. Die Berichterstattung und die Snowden-Veröffentlichungen werden ja an Ihnen nicht vorbeigegangen sein. Deswegen frage ich Sie, ob Sie das nicht im Nachhinein massiv verwundert bis irritiert. Sie haben jahrelang damit zugebracht, dafür zu sorgen, dass hier rechtlich alles in Ordnung ist, und ganz offensichtlich wurden die sensiblen Daten eben nicht nur der deutschen Behörde, mit der Sie zu tun hatten, weitergegeben, sondern eben auch anderen Diensten.

Zeuge Wolfgang Alster: Ich war zuständig für die Post und für die Deutsche Telekom AG. In diesem Rahmen lag mein Aufgabenbereich, das Fernmeldegeheimnis zu schützen. Mein Aufgabenbereich ging nicht so weit, dass ich staatliche Behörden der Bundesrepublik Deutschland irgendwie anweisen konnte, wie sie sich zu verhalten hatten - um das mal deutlich zu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja auch mit ein Teil unserer Aufgabe, über verschiedenen Gremien, zum Beispiel das PKGr, und auch nicht zuletzt durch diesen Untersuchungsausschuss - -

Wenn es jetzt keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss auch an dieser Stelle fassen bezüglich des Ausschlusses der Öffentlichkeit für die weitere Vernehmung des Zeugen Alster. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Alster am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummern 3 und 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen oder Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse zur Sprache kommen, durch deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzt würden.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt noch ein Vorschlag - da weiß ich nicht, ob alle Fraktionen dem zustimmen -, das ist gerade im Hintergrund besprochen worden: Der Eindruck ist, dass wir jetzt mit dem Zeugen Alster in nichtöffentlicher Sitzung weitermachen, und die Frage ist, ob der Zeuge Helfrich in nichtöffentlicher Sitzung dann noch benötigt wird; sonst könnte er nach Hause geschickt werden.

(Zuruf: Noch nicht nach Hause schicken!)

- Dann würde ich in der Reihenfolge Helfrich, Alster weitermachen, weil der Zeuge Helfrich die ganze Zeit wartet. Aber wenn Alster gewünscht ist, dann machen wir mit Herrn Alster weiter, muss mir nur ein Zeichen gegeben werden.

Zeuge Wolfgang Alster: Ich habe schon vier Stunden im Keller gesessen. Es wäre vielleicht angenehmer - -

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie möchten? Dann soll Ihr Kollege im Keller sitzen, okay; so ist das Leben.

Dann würden wir jetzt, wenn das einstimmig ist, in Abwesenheit des zweiten Betroffenen es so handhaben, dass wir jetzt im nichtöffentlichen Teil mit Ihnen, Herr Alster, weitermachen. Der öffentliche Teil der heutigen Beweisaufnahme ist hiermit beendet.

Nun stehen, meine Damen und Herren von der Presse, aber auch der Öffentlichkeit, die Obleute der Fraktionen für Statements zur Verfügung. Die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen Alster wird dann in 30 Minuten fortgesetzt im zuvor bekanntgegebenen Ausschussraum.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich danke Ihnen allen für die Teilnahme und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag. Die Sitzung wird in 30 Minuten fortgesetzt. - Danke schön.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 16.55 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

ANLAGE 1

MGR

RECHTSANWÄLTE
MÜLLER · GREEVE · GARBUJO-VON AU

MGR Rechtsanwälte · Lindenstraße 5 · 60325 Frankfurt am Main

Herrn
Dr. David Aydintan
- Stellvertretender Leiter -
Sekretariat PA 25
1. Untersuchungsausschuss
der 18. Wahlperiode
Platz der Republik 1
11011 Berlin

nur per Mail: [REDACTED]

Stenografisches Protokoll der 30. Sitzung des
1. Untersuchungsausschusses am 15.01.2015
hier: Herr Wolfgang Alster

Dr. iur. Gina Greeve

Lindenstraße 5
60325 Frankfurt am Main

Fon +49 (0)69 75 60 78-0
Fax +49 (0)69 75 60 78-20
Mobil +49 (0)177 75 60 78-1
E-Mail greeve@mgr-law.com
Internet www.mgr-law.com

Frankfurt a. M., 5. Februar 2015

Sekretariat: S [REDACTED]
Durchwahl: - 22
Unser Zeichen: GG-1443/15

Sehr geehrter Herr Dr. Aydintan,

anbei übersende ich Ihnen S. 86 sowie S. 97 des vorläufigen Stenografischen Protokolls (Vernehmung Hr. Alster), in denen zwei Korrekturen direkt im Protokoll vorgenommen worden sind (fehlerhafte Wiedergabe bzw. Hör- oder Übertragungsfehler).

Dies betrifft auf S. 86, linke Spalte, letzter Absatz:

„... Man entwickelt heute in großen Netzen mit Easy-NET-Protokollen oder so was ab.“

Statt „Easy-NET-Protokollen“ muss es „ETHER-NET-Protokollen“ heißen.

Auf S. 97, linke Spalte, 10. Absatz:

Gesellschafter
Manfred G. Müller
Dr. iur. Gina Greeve
Mario Garbujo-von Au

Bankverbindung
Commerzbank AG
BLZ 500 800 00
Konto Nr. 06 996 991 00

In Kooperation mit
Capital Law Associates, PLLC. · Washington DC, USA
Dr. Šárka Fořtýnová & comp. · Prag, Tschechische Republik

„... Wir machen nun mal nichts Legales...“

Dort muss es heißen „nichts **Illegales**“.

Ich bitte, diese Korrekturen direkt im Protokoll zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gina Greeve
Rechtsanwältin

Anlagen w.v.g.